

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



23. Februar 1985
Jg. 6 Nr. 4

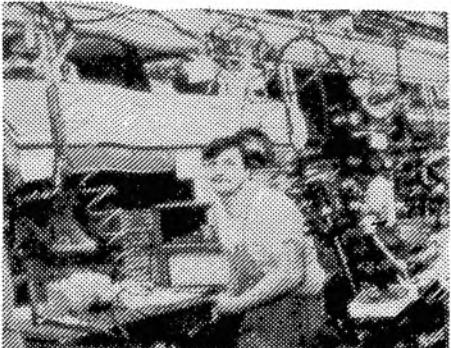
G 7756 D Preis:
2,50



CDU und Frauen: Nichterwerbstätigkeit soll sich lohnen Seite 7



Revolutionäre Sozialisten: EG-Nahrungsmittelhilfe nach Afrika als "konkrete, sofortige Hilfe"? Seite 10



Neue Montagehalle bei AUDI: Fertigung flexibilisiert – jetzt sollen die Arbeitszeiten folgen Seite 22

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Beschäftigungsförderungsgesetz: Kapitalisten fordern Aufhebung von Tarifen und Kündigungsschutz – Opposition dagegen schwach 4

CDU und Frauen: Nichterwerbstätigkeit soll sich lohnen.... 7

RCDS-Kongreß: Chancengleichheit? Jedem das Seine! 7

Politische Gefangene: Die Reaktion will jede Erörterung der Haftbedingungen verhindern 8
Reaktionäre Drohungen gegen "Unterstützer"..... 9

Revolutionäre Sozialisten: EG-Nahrungsmittel nach Afrika als "Konkrete, sofortige Hilfe"? 10

Auslandsberichterstattung

Indien: Gute Ernteergebnisse – Verelendung der kleinen Bauern und Pächter 12
Gewerkschaften zur Lage der Landarbeiter 13

Jugoslawien: Debatte über Umweltschutz 13

Griechenland: Abrüstungsvorschläge der Regierung 14

Österreich: Großdeutsche Kräfte..... 14

Großbritannien: Thatchers Probleme mit dem Anhang 15

USA/Haushalt '86: Nach Reagans Wiederwahl noch mehr Rüstung, noch weniger Soziales... 15

Internationale Meldungen..... 16

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 18

Druckindustrie: "Vier Nächte sind genug" kontra Flexibilisierungsbestrebungen 19

Drittmittelforschung: Kapitalisten benutzen Hochschulen als ausgelagerte Forschungsabteilungen..... 20

VERFAHREN GEGEN JVA-LEITER EINGESTELLT

Am 31.8.1984 wurde Anne Holling, Gefangene aus dem Widerstand gegen den Bush-Besuch im Juni 1983 in Krefeld, nackt und gefesselt von der JVA Essen zur JVA Bielefeld-Brackwede ca. 150 km weit transportiert. Vor der Fesselung in der Anstalt wurde sie nach ihren Angaben von mehreren Beamten körperlich angegriffen. Der Anwalt von Anne H. hat daraufhin Strafanzeige sowie eine Dienstaufsichtsbeschwerde gestellt und die Mißhandlungen in einer Presseerklärung veröffentlicht. Der Anstaltsleiter der Essener JVA, Eickmeier, ließ sich einen Monat später auf eigenen Wunsch hin vorübergehend nach Hamm versetzen. Am 14.2.1985 erklärte der Essener Oberstaatsanwalt Lauer, daß das Verfahren gegen den Antaltsleiter und die beteiligten JVA-Beamten eingestellt sei. Er sagte weiter: "... Sowohl die angeordnete Verlegung als auch die Maßnahmen der Beamten waren rechtmäßig." Mit dieser Einstellungserklärung unternimmt die Staatsanwaltschaft den Versuch, Mißhandlungen gegen eine politische Gefangene zu legitimieren. Zudem wird im gleichen Zug mit der Einstellung eine Anklage gegen die Beschwerdeführerin, Anne H., erwogen – wegen falscher Anschuldigung. Die noch ausstehenden Disziplinarverfahren dürften angesichts dieser Rechtsauslegung auch kein anderes Ergebnis haben. Der Anwalt von Anne H. hat Beschwerde eingelegt. – (sma)

NEUE ASYLRECHTSVER-SCHÄRFUNGEN GEPLANT

Die Landesregierungen von Baden-Württemberg und Bayern wollen im Bundesrat eine Initiative zur Verschärfung des Asylrechts einbringen. Sie fordern, daß das Arbeitsverbot für alle Asylbewerber nicht wie bisher für ein Jahr, sondern, wie in Baden-Württemberg bereits praktiziert, für die gesamte Dauer des Asylverfahrens gelten soll. Außerdem wollen sie, daß politisch Verfolgten aus anderen Staaten nur für eine beschränkte Anzahl von Jahren Asylrecht in der BRD zugestanden wird, so daß anerkannte Asylanten wieder in ihre Herkunfts länder zurückgeschickt werden können, wenn die BRD befindet, daß ihnen keine politische Verfolgung im Heimatland mehr drohe. Diesem Vorschlag hat sich der Westberliner Innensenator Lummer angeschlossen. Baden-Württemberg und Bayern fordern außerdem, daß für die Einteilung nach Westberlin von Berlin (DDR) aus eine Visumspflicht für alle Ausländer aus Nicht-EG-Staaten eingeführt werden soll. Der Westberliner Senat will durchsetzen, daß Asylanträge nur noch bearbeitet werden, wenn sie spätestens 14 Tage nach Einreise in die BRD gestellt werden. Dies würde

weitreichende Konsequenzen z.B. für Arbeiter aus der Türkei und Kurdistan haben. Mehrfach hat die türkische Regierung gegen Arbeiter, die schon mehrere Jahre in der BRD leben, politische Verfahren eingeleitet. Solche Arbeiter könnten künftig dann kein Asyl mehr beantragen.

Die Bundesländer begründen ihre Initiativen damit, daß 1984 15000 Ausländer mehr als 1983, insgesamt 35000 politische Flüchtlinge, Asyl beantragt haben. Das sind immer noch um die Hälfte weniger als 1981. Von den Antragstellern können nur 15 bis



Abschiebehaft für abgelehnte Asylbewerber in Westberlin.

20 Prozent überhaupt im Gerichtsverfahren ihren Anspruch durchsetzen, davon ein großer Teil von Flüchtlingen aus osteuropäischen Staaten, die laut Beschuß der Innenministerkonferenz bevorzugt behandelt werden. Der Hamburger Innensenator Lange hat nun gefordert, die Sonderbedingungen für osteuropäische Asylbewerber aufzuheben. Die Bundesregierung will zu den Ländervorschlägen nach dem 1. März Stellung nehmen, wenn der Bericht der Bund-Länder-Kommission zum Asylverfahrensgesetz vorliegt. – (uld)

STROESSNER VON KOHL ZUM STAATSBESUCH EINGELADEN

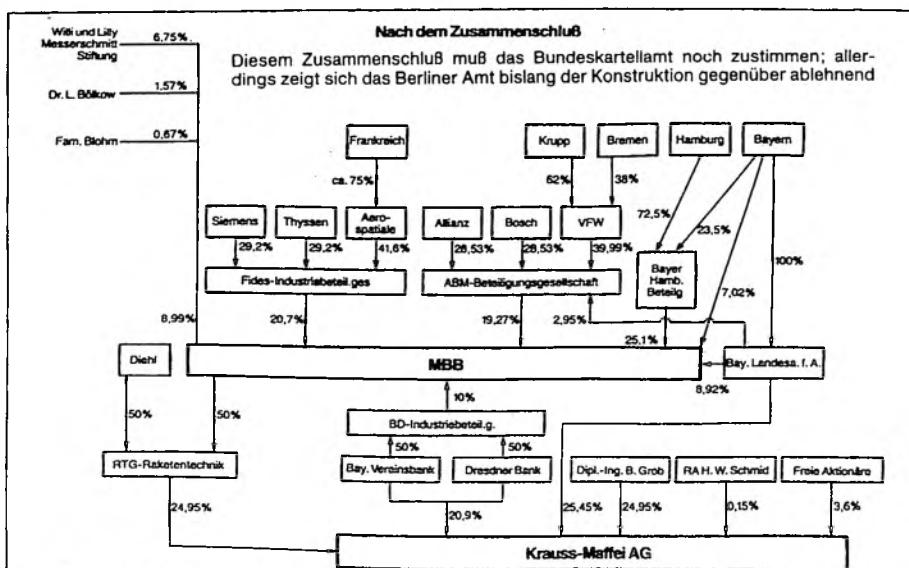
Der paraguayische Staatspräsident General Stroessner wird Anfang Juli von der Bundesregierung zu einem Staatsbesuch empfangen. Er ist bekannt dafür, daß er faschistischen Massenmördern aus Deutschland Zuflucht gibt. Der frühere Lagerarzt von Auschwitz, Josef Mengele, verantwortlich für den Tod von hunderttausenden Häftlingen und unmenschliche Quälereien bei "medizinischen Experimenten", wurde 1959 Staatsbürger von Paraguay und soll unterschiedlichen Quellen zufolge zumindest bis vor kurzem Leibarzt von Stroessner gewesen sein. Bei dem vorgesehenen Staatsbesuch in der BRD soll laut Staatsminister Mertes der "Auslieferungsfall des KZ-Arztes Mengele mit der gebührenden Intensität zur Sprache kommen". Die Initiative zur Einladung Stroessners stammt u.a.

vom "Institut für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung GmbH" des ehemaligen persönlichen Referenten des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, der wegen seiner Nazi-Vergangenheit das Amt räumen mußte. Die Verbindungen dieses Instituts zu deutschen Emigrantenkreisen in Paraguay sind ausgezeichnet. Das Wirken Mengeles in Paraguay dürfte dort jedenfalls bekannt sein. Seitdem das hessische Justizministerium die Belohnung auf Hinweise zur Ergreifung Mengeles im Januar auf eine Million DM erhöht hat und seit dem "Mengele-Tribunal" in Jerusalem häufen sich die Hinweise, daß Mengele sich nach wie vor in Paraguay aufhält. Mit dem geplanten Staatsbesuch bestärkt die Bundesregierung Stroessner darin, Mengele und andere Faschisten weiterhin zu decken. Die Bundesregierung arbeitet so den Bemühungen, Mengele zu ergreifen, direkt entgegen. Welchen anderen Schluß soll man daraus ziehen, als daß sie die Aufdeckung der faschistischen Verbrechen verhindern will? — (clm)

GANZ GROSSE KOALITION IN DER RENTENPOLITIK?

Über das jüngste Regierungsmanöver in Sachen Rentenkürzung hat sich schon kaum mehr einer erregt — außer den betroffenen Verbänden wie Reichsbund, VdK u.a. Auf "Druck" von Diepgen, Fink, Strauß u.a. hatte sich das Kabinett entschlossen, für ein paar Almosen einen dicken Reibach zu machen. Durch eine geringfügige Verzögerung der Steigerung der Krankenkassenabzüge der Rentner soll die diesjährige Rentenanpassung etwa ein Prozent ausmachen. Kurz darauf — Diepgen hatte bereits einen "Seniorenorden" eingesteckt — die Regierung. Zum "Ausgleich" sei erforder-

lich, daß die Krankenkassenabzüge dann nicht bloß auf 5,0% von den Renten gehoben würden, sondern auf 5,9%. — In dieser Situation veranstaltete nun die SPD in der zweiten Februarwoche einen "Disput" zwischen Blüm und Farthmann, SPD-Arbeitsminister NRW. Farthmann nahm Blüms "Appell zur Gemeinsamkeit" an, erklärte zur aktuellen Situation, die Rentensteigerung müsse wenigstens über der Preissteigerung liegen; zur Rentenfinanzierung forderte Farthmann die Einführung des sog. Maschinenbeitrags: "Wie sollen wir die Renten denn weiterfinanzieren? Der Unternehmeranteil an den Einzahlungen geht ständig zurück." Blüm trumpfte auf: er stellte sich als Verteidiger der "Lohnbezogenheit" der Rente dar und zog gegen "Inflationsgefahr" und "Behinderung des technologischen Fortschritts" durch Farthmanns Vorschlag vom Leder. Sämtliche bisher vorliegende Gutachten sehen in dem "Maschinenbeitrag" für sich keine Lösung, weil er allein bloß geringfügig die Verteilung der Beitragslast unter den Kapitalisten ändert. Diese SPD-Diskussion ist schlicht Ablenkung. Die SPD geht mit ihrem kürzlich vorgelegten Entwurf zur "Flexibilisierung" der Rentenformel wie die CDU davon aus, daß die Unterfinanzierung der Altersversicherung schließlich beitragszahlende Lohnabhängige und Rentner gemeinsam ausbaden sollen. — Entgegen anderslautenden Beschlüssen hat nunmehr auch der DGB "eine neue Rentenformel für notwendig" erklärt nach dem Motto der sog. gleichgewichtigen Entwicklung von Lohn und Rente. Statt nun selber auch noch zur Vernebelung von Rentenkürzungen beizutragen, wäre nötig, daß die Gewerkschaften feststellen, wieviel DM und Pfennig die Rente heute mindestens betragen muß, um nicht in Not und Elend leben zu müssen. — (haj)



Das Schaubild ("Handelsblatt", 13.2.) zeigt die Beteiligten an der Fusion von Krauss-Maffei und MBB. Das Kartellamt muß noch zustimmen. Dann kann die größte Rüstungsfusion in der Geschichte der BRD vollzogen werden. — (rül)

§ 218: In Hamburg keine Probleme? 20

Ausländische Schüler: Landesregierung: "entspannte Lage" 21

Universität Bielefeld: Demonstration gegen AStA-Durchsuchung 21

Audi: Fertigung flexibilisiert — jetzt sollen die Arbeitszeiten folgen 22

Werkzeugmaschinenbau: Beschleunigte Konzentration 23

Ausländervertreibung: Wallmann und die Faschisten 23

Burschenschaften: Die Burschen wollen die reaktionäre Regierungspolitik an der Hochschule umsetzen 24
Revanchisten aus Tradition 25

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 26

Baden-Württemberg: Regierung gegen Volksentscheid über Raketenstationierung 27

Sozialstatistik

Einkommen: (IV) Reproduktion von Lohneinkommen und Reproduktion von Vermögen 28

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

8. Mai 1945: Bücher gegen den westdeutschen Revanchismus 30

Gesundheitswesen: Vorschläge der Grünen zur Gesundheitspolitik 31

Nicaragua, Polen: Kritikpunkte der Wirkungen von Kirche und Religion 32

Aus der Diskussion des ZK des BWK: Parteibildungsprozeß und antifaschistischer Kampf 34

Spezialberichte

Niedersächsische Landtagswahlen 1986: Einiges über die Möglichkeiten, Ernst Albrecht das Lächeln vergehen zu lassen 36

Beschäftigungsförderungsgesetz**KAPITALISTEN FORDERN AUFHEBUNG VON TARIFEN UND KÜNDIGUNGSSCHUTZ – OPPOSITION DAGEGEN SCHWACH**

Am 16. und 17. Januar führte der Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales eine Anhörung zu dem von der Bundesregierung vorgelegten "Beschäftigungsförderungsgesetz" durch. Man hätte erwartet, daß die Kapitalisten sich zufrieden äußern über die von Arbeitsminister Blüm vorgesehene Ausdehnung der befristeten Beschäftigung, über die gesetzliche Verankerung der Teilzeitarbeit, über die Verschlechterung bei den Sozialplänen sowie Erleichterung der Leiharbeit. Die Kapitalistenverbände allerdings waren eher unzufrieden, wie aus den schriftlichen Stellungnahmen zur Anhörung von BDA, Einzelhandelsverband, Baugewerbe, Zentralverband des deutschen Handwerks, Gebäude-reiniger-Handwerk, Bundesverband Zeitarbeit hervorgeht. Die Kapitalisten halten den Gesetzentwurf bloß für ein "Signal, um verlorene Sicherheit und geschwundenes Vertrauen in der Personalwirtschaft wiederherzustellen" (BDA), und fordern von der Bundesregierung die Berücksichtigung zahlreicher weiterer Forderungen. Die wichtigsten sind:

Aufhebung von Tarifverträgen

Die Bundesregierung soll in das Gesetz aufnehmen, daß bei Inkrafttreten bestehende günstigere tarifvertragliche Regelungen über befristete Arbeitsverträge (sie sollen künftig bis zur Dauer von einem Jahr möglich sein) aufgehoben werden. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) schreibt:

"Aus der ... Zusammenstellung ta-

rifvertraglicher Regelungen geht hervor, daß befristete Arbeitsverhältnisse – in der Regel Aushilfsverhältnisse – überwiegend nur mit einer Dauer von nicht länger als drei Monaten abgeschlossen werden dürfen ... Aufgrund dieser tarifvertraglichen Situation würde das Gesetz ohne einen entsprechenden Vorrang in einer Vielzahl von Fällen leerlaufen ... Neben dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Neuregelung spricht für den zwingenden Charakter, daß der Gesetzgeber in dem ursprünglichen Referentenentwurf eine Tariföffnungsklausel mit der Begründung vorsah, diese Klausel solle den Parteien die Abweichung vom Gesetz ermöglichen."

Sollte der Bundestag bei der Beschlusfassung diesem Wunsch der Ka-

pitalisten Rechnung tragen, wäre das für die Gewerkschaften eine schwere Niederlage: Verträge, die die Kapitalisten zur Einhaltung von Mindestbedingungen gegenüber den Beschäftigten zwingen, stünden dann im Belieben von parlamentarischen Mehrheiten.

Beseitigung des Kündigungsschutzes

Alle Kapitalistenverbände fordern, daß befristete Arbeitsverträge nicht nur mit arbeitslos gemeldeten Beschäftigten oder Ausgelernten unmittelbar nach der Ausbildung abgeschlossen werden können, sondern auch mit jedem, "dessen mit einem anderen Arbeitgeber bestehendes Arbeitsverhältnis bereits gekündigt ist oder einvernehmlich aufgelöst wird" (BDA). Damit wäre der Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen, für die die Bestimmungen des Kündigungsschutzgesetzes nicht gelten, generell mit jedem von einem Kapitalisten neu eingestellten Beschäftigten möglich.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks fordert darüber hinaus die Anhebung der Frist, während der Kapitalist laut Kündigungsschutzgesetz einen Neueingestellten ohne Angabe von Gründen und ohne Einspruchsmöglichkeiten des Betriebsrates wieder entlassen kann, von derzeit sechs auf zwölf Monate.

Teilzeitarbeit unbeschränkt

Zu der vorgesehenen Regelung für "kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit" schreibt die BDA:



FDP-Profil: rücksichtslose Vertretung von Kapitalinteressen (Bild: Generalsekretär Haussmann)

WEHRKUNDETAGUNG: KOHL WILL INS ALL

Die Vorstellung, langfristig mit über ein Waffensystem zu verfügen, das Raketenstarts und gegnerische Truppenbewegungen sofort erkennen und die Bekämpfung sekundenschnell einleiten, das gleichzeitig eigene Waffen sicher und zentimetergenau ins Ziel bringen kann mit der Folge, daß die Bundeswehr die Vorneverteidigung ohne unkalkulierbares Risiko vortragen könnte, ließ Kohl den "philosophisch-moralischen Ansatz" des US-Forschungsprogramms zur Errichtung eines Weltraumwaffensystems (SDI) preisen. Die erste öffentliche Unterstützung durch ein europäisches NATO-Land wurde auf der Münchner Wehrkundetagung inszeniert. Die bisherige Zurückhaltung der Bundesregierung lag offensichtlich an Unklarheiten darüber, mit welchem Einfluß die BRD beteiligt wird. Zur Klärung

der Einzelfragen sei jetzt eine Arbeitsgruppe eingerichtet, erklärte Kohl und forderte für die BRD vollen Zugang zu allen Ergebnissen der Forschung. Frankreich und Großbritannien blieben skeptisch – aus technologischen Zweifeln und aus Angst vor Abwertung ihrer Atomwaffen. – (jok)

SCHLESIER: STRAFANTRAG ABGEWIESEN

Am 12.2. hat die Dortmunder Staatsanwaltschaft die durch einen Strafantrag der DKP Recklinghausen erzwungenen Ermittlungen gegen Herausgeber und Redakteur des Revanchistenblatts "Der Schlesier" (Pol. Berichte 3/85, S. 6) eingestellt. Begründung des Oberstaatsanwalts Greiser: "Aufstachelung zum Angriffskrieg" bedeute "ein gesteigertes, emotionales, propagandistisches Anreizen". Im "Schlesier" sei jedoch "nur über Modelle der Wiedervereinigung nachge-

dacht worden". Der Autor der Artikel im "Schlesier" halte sein "Modell" ohne einen Weltkrieg für möglich. Im "Schlesier" war der "Anschluß" Österreichs an die BRD, die Besetzung Polens und der CSSR sowie der Vorstoß der Bundeswehr bis weit in die UdSSR als "Lösung der deutschen Frage" propagiert worden. Die Entscheidung der Dortmunder Staatsanwaltschaft wird Kriegshetzer vom Schlag des "Schlesier"-Autors Finke weiter ermutigen. – (rül)

BUNDESDEUTSCHE RÜSTUNGSEXPORTE

1983 sind für 1,545 Mrd. DM Kriegswaffen gemäß Kriegswaffenliste aus der BRD exportiert worden und für 7,066 Mrd. DM sonstige Rüstungsgüter. Das antwortete die Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der GRÜNEN über "Umfang und Empfänger bundesdeutscher Rüstungsexporte". Diese



Derzeit finden in den Ausschüssen des Bundestags die Ausarbeitungen an Blüms Gesetzentwürfen zum Arbeitszeit- und zum Beschäftigungsförderungsgesetz statt: Gelegenheit für gewerkschaftliche Stellungnahmen und Aktionen.

"Kritik verdient nach wie vor auch § 4 Abs. 1, wonach der Arbeitnehmer bei variabler Arbeitszeit zur Arbeitsleistung nur verpflichtet ist, wenn ihm der Arbeitgeber die Lage seiner Arbeitszeit jeweils mindestens vier Tage im voraus mitgeteilt hat. Diese Regelung stellt für mittelständische und kleine Betriebe ein wesentliches Hindernis für die notwendige flexible Arbeitszeitgestaltung dar. Plötzliche Krankheitsausfälle und saisonal oder kurzfristig witterbedingte Verkaufsspitzen können mit einer solchen Regelung nicht mehr aufgefangen werden."

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks unterstützt ebenso wie der Einzelhandelsverband die vom BDA geforderte Beseitigung der Ankündigungsfrist und kritisiert zudem:

"Bedenklich ist auch die Regelung ..., wonach der Arbeitgeber verpflichtet ist, den Arbeitnehmer je-

weils für mindestens drei aufeinander folgende Stunden zu Arbeitsleistungen in Anspruch zu nehmen... Die Inanspruchnahme sollte vielmehr den Parteien überlassen bleiben."

*

Zusammenfassend: Die Kapitalisten fordern arbeitsrechtliche Bestimmungen, die ihnen "mehr Flexibilität in der Personalwirtschaft" ermöglichen. Je nach Geschäftsgang und Auftragslage sollen die Personalbüros zu einer Stammbelegschaft Beschäftigte aller Qualifikationsstufen heuern und wieder feuern können.

Die Debatte im Deutschen Bundestag über den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung am 7. Februar bot allen Parteien die Möglichkeit, zu diesen Forderungen der Kapitalisten und ihrer Propaganda, daß nur die Möglichkeit der brutalen Vernutzung der Arbeitskraft den wirtschaftlichen Aufschwung sichern könne, Stellung zu nehmen.

Aufsummierung ist unvollständig, weil sie zum Beispiel Militärlastwagen noch gar nicht enthält. Fragen nach der Ausfuhr "sensitiver Nuklear-technologie" sowie "sonstiger Güter strategischer Bedeutung" wies die Bundesregierung zurück. — (clm)

NEUE GEHEIMDIENST-GESETZE GEPLANT

Die Bundesregierung will neue gesetzliche Grundlagen für das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst schaffen. Das kündigte der Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Beauftragte für die Nachrichtendienste Schreckenberger während eines Besuchs beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln an. Ziele der Neuregelungen sind u.a. die Anpassung an die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Datenschutzbestimmungen, die Verfestigung der Zusammenarbeit von

Länder- und Bundesbehörden des Verfassungsschutzes. Zu vermuten ist, daß die Bundesregierung die Kontrollmöglichkeiten über die Schnüffeldateien der Geheimdienste einschränken will. Spranger, Staatssekretär im Innenministerium, erklärte, die Datenschutzbeauftragten dürften nicht zum "Oberkontrolleur" des Verfassungsschutzes werden. Baden-Württembergs Innenminister Schlee rügte die CDU-Datenschutzbeauftragten Leutze, weil sie die Verwendung von Personalien von Friedensdemonstranten durch den Verfassungsschutz kritisiert hatte. — (uld)

REGIERUNG SETZT BVERFG AUF STREIKRECHT AN

Bund, Länder und Gemeinden haben ihre beim Arbeitsgericht Stuttgart eingereichte Klage gegen die Warnstreiks der ÖTV zurückgezogen. Mit Berufung auf die Friedenspflicht wollten die Dienstherren erreichen,

FDP: Meutenbildung gegen Tarife und Arbeitsschutz

Die FDP profiliert sich in der Diskussion als Partei, die für das Einreißen gesetzlicher und tariflicher Schranken zum Schutz der Arbeitskraft sorgt. So der FDP-Abgeordnete und Generalsekretär Haussmann am 7. Februar vor dem Bundestag:

"Ich kann nur hoffen, daß das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz durch deutliche Verbesserungen in der parlamentarischen Beratung am Schluß auch seinen Namen verdient, denn Besitzstandesdenken, mangelnde Flexibilität und Immobilität werden immer stärker zur Beschäftigungsbremse."

Die FDP-Fraktion hat nun auch einen "Nachbesserungskatalog" zum Gesetzentwurf vorgelegt, in dem die oben beschriebenen Forderungen der Kapitalisten weitgehend enthalten sind. Zugleich sammelt sie unter den gut bezahlten Lohnabhängigen Anhang, indem sie die dort vorgesehene schubweise Vernutzung der Arbeitsleistung zu versüßen verspricht: Privat versicherte Angestellte sollen beim Übergang zur Teilzeitbeschäftigung nicht gezwungen werden können, sich gesetzlich zu versichern.

Union: "Sozialflügel" signalisiert Zustimmung

Wer erwartet, daß vielleicht der sog. "Sozialflügel" der Unionsparteien Einspruch gegen den Gesetzentwurf Blüms oder wenigstens gegen die von den Kapitalisten verlangten weiteren Verschärfungen erhebt, sieht sich getäuscht. Der CGB erklärte in seiner Stellungnahme zur Anhörung über das Beschäftigungsförderungsgesetz z.B. zu den befristeten Arbeitsverträgen:

"Bei einer Befristung bis zu einem Jahr ist der Kündigungsschutz in den letzten sechs Monaten beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung sollte aber

Streiks während noch nicht abgeschlossener Tarifverhandlungen unter Strafe zu stellen. Ein Sprecher des Innenministeriums begründete diese Entscheidung damit, daß aufgrund neuerer, jedoch bereits vor dem Verfassungsgericht angefochtener Urteile des Bundesarbeitsgerichts keine Klärung der Rechtslage vor dem Arbeitsgericht zu erwarten sei. Die Zurückziehung der Klage bedeute aber keine Aufgabe von Rechtspositionen. Gegen die Klage der Dienstherren hat sich eine Opposition gebildet. In mehreren Gemeinderäten wurden Anträge verhandelt und z.T. verabschiedet, die das Ausscheren der Gemeinde aus der Anti-Streikfront verlangten. Die jetzige Entscheidung der Bundesregierung ist ein Auftrag an das BVerfG, Verfassungsgrundsätze gegen das Streikrecht der Lohnabhängigen Bevölkerung geltend zu machen. Das Urteil soll Grundlage von Gesetzesvorhaben für Streikverbot sein. — (kar)



Zielpunkte der Flexibilisierung: Nacht-, Schicht- und Samstagsarbeit in den unteren Lohnzonen, schubweise Ausdehnung der Arbeitszeit über alle Maßen bei hoch qualifizierten Tätigkeiten

aus der Zielsetzung des Gesetzes hingenommen werden."

Nachdem zudem im Wirtschaftsausschuß des Bundestags die Unionsabgeordneten bereits gemeinsam mit der FDP beschlossen haben, die vorgesehene Befristung von Arbeitsverträgen auf zwei Jahre auszudehnen und die Möglichkeiten für Leiharbeit auszuweiten, ist von Seiten der Reaktion die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit für eine weitere Verschärfung des Blümschen Gesetzentwurfs bereits weit vorangeschritten.

SPD: Ja zu Flexi

GRÜNE: "alternativ ..."

Daß die Regierungskoalition recht ungeniert die Forderungen der Kapitalisten zur Beseitigung von Arbeitsschutzrechten in Gesetzesform gießen kann, hängt gewiß mit der Haltung der parlamentarischen Opposition zusammen. Auf die unverschämte Propaganda, daß die Arbeiter gedrückt werden müssen, um die Wirtschaft zum Blühen zu bringen, antwortete

die SPD-Abgeordnete Anke Fuchs:

"Schauen Sie sich doch einmal die Veränderung der Lohnstruktur an. Schauen Sie sich doch einmal die Umsetzungspolitik in den Betrieben an. Dann werden Sie feststellen, daß unsere Unternehmen die Flexibilität herstellen, ohne Menschen zu entlassen, weil sie innerhalb der Belegschaft umordnen, umschulen, umbilden und vor allen Dingen auch die Arbeitsplätze flexibel danach einrichten. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten brauchen wir also zur Flexibilisierung der Unternehmenspolitik keine Gesetze, die Entlassungen fördern, weil es in unserem System, wenigstens bisher, so gegangen ist..."

So besteht zu befürchten – da die SPD das Interesse der Kapitalisten an der Anpassung des Beschäftigtenkörpers an Markt- und Absatzlage grundsätzlich anerkennt –, daß die parlamentarische Opposition gegen das Beschäftigungsförderungsgesetz und weitergehende Absichten der Kapita-

listen schwach bleibt. Denn auch die GRÜNEN haben sich bisher in der Kritik an den gesetzlichen Flexibilisierungsabsichten zurückgehalten und stattdessen eine Gesetzesinitiative "alternative Beschäftigungsprogramme" angekündigt.

*

Ganz so trostlos müßte die Opposition gegen die Bestrebungen der Kapitalisten nach gesetzlicher Verschärfung der Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander durch Beseitigung von Kündigungsschutzbestimmung aber nicht bleiben. Sowohl SPD als auch GRÜNEN haben Arbeitszeitgesetze vorgelegt, die durch Festlegungen für den Normalarbeitstag und Verbot bestimmter Beschäftigungsverhältnisse den Kapitalisten die Flexibilisierung erschweren könnten.

Quellenhinweis: Protokolle und Drucksachen des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung über die Anhörung zum Beschäftigungsförderungsgesetz; BT-Protokoll 10/120 – (alk)

REACTIONÄRE WAHLRECHT-ÄNDERUNG GEPLANT

Zahlreiche Schikanen gegen noch nicht im Bundestag vertretene Parteien sowie eine Ausdehnung des Wahlrechts auf "Deutsche" weltweit – das sind die Schwerpunkte eines neuen Bundeswahlgesetzes, das CDU und FDP demnächst im Bundestag verabschieden wollen. Künftig müssen bei Kandidaturen von noch nicht in Bundestag vertretenen Parteien u.a. die Wahlvorschläge samt Unterschriften nicht mehr 34 Tage, sondern 52 Tage vor dem Wahltag eingereicht werden. Die zweite Änderung dehnt das Wahlrecht auf außerhalb der BRD lebende "Deutsche" aus. Sofern sie in einem der Mitgliedsstaaten des Europarats leben (wozu z.B. auch französische, niederländische oder britische Kolonien gehören), bekommen sie generell das Wahlrecht zugestanden. Sofern sie in anderen Ländern leben (Süd-

afrika, Namibia usw.), sind sie künftig wahlberechtigt, wenn sie zehn Jahre vor der jeweiligen Wahl noch in der BRD gemeldet waren. Außerdem wird – in Reaktion auf die Unterschriftensammlung gegen die Raketenstationierung bei der Bundestagswahl 1983 – erstmals auch jede Unterschriftensammlung "vor dem Zugang" zum Wahlgebäude verboten. – (rül)

JETZT DOCH VERFAHREN GEGEN THÄLmann-MÖRDER

Der frühere SS-Scharführer Otto, der 1944 im KZ Buchenwald an der Ermordung des Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, beteiligt war, wird jetzt doch noch von der westdeutschen Justiz angeklagt. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Eröffnung des Hauptverfahrens angeordnet. Die Tochter Thälmanns hatte seit 1962 versucht, die Anklageerhebung durchzusetzen, insgesamt achtmal lehnte verschiedene Gerichte das ab, zuletzt

im Juli 1984 das Landgericht Kleve. Daß jetzt Anklage gegen den Thälmann-Mörder erhoben wird, ist ein Erfolg der antifaschistischen Kräfte, die immer wieder eine Strafverfolgung des SS-Schergen forderten. Ob es allerdings je zu einem Prozeß kommen wird, steht nicht fest: Einen Termin für die Verhandlung gab das Gericht nicht bekannt und zu befürchten ist, daß das Verfahren verschleppt wird, bis der Angeklagte das Zeitliche segnet. – (alk)

UNTERDRÜCKUNG VON KURDEN IN DER BRD

Die Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD, Komkar, berichtet von der Unterdrückung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der rund 250000 hier lebenden Kurden türkischer Staatsangehörigkeit. So lehnte der Westdeutsche Rundfunk einen mit 10000 Unterschriften unterstützten Antrag auf eine Sendung

CDU und Frauen**NICHTERWERBSTÄTIGKEIT SOLL SICH LOHNEN**

Der Bundesvorstand der CDU unter Federführung von Heiner Geißler hat den Antrag "Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" für den 33. Bundesparteitag vom 20. bis 22.3. 1985 veröffentlicht. Blüms "neue Mütterlichkeit" ist damit nicht perdu. Vielmehr werden die Spaltungslinien erkundet, die zwischen denen zu ziehen sind, die kein anderes Schicksal vor sich sehen als die Lohnabhängigkeit, und denen, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse die Möglichkeit haben, die Ehefrau im Hause walten zu lassen. Einerseits werden Vorstellungen hervorgekehrt, die die CDA schon vor Jahren entwickelt hat. In ihrer Entschließung 1981 in Mannheim "Schritte zu einer familiären Gesellschaft" hieß es: "Der Arbeitsbegriff muß alle Tätigkeiten umfassen, die Anstrengung erfordern und Nutzen bringen. Ein Arbeitsbegriff, der sich auf materiell honorierte Leistung reduziert, diskriminiert große Bevölkerungsgruppen." Die CDA forderte Flexibilisierung der Arbeitszeit und Zahlung von Erziehungsgeld. Andererseits kommt Geißlers Produkt den aktuellen Vorstellungen der Kapitalisten nach Ausschlachtung der hohen Arbeitslosigkeit und dem Bedarf der CDU an weiblichen Wählerstimmen nach.

"Es ist der Ausdruck überholten Denkens, die Aufgaben der Frau auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgaben des Mannes auf die der Berufstätigkeit beschränken zu wollen. Es ist der Fehler von Sozialisten, den Wert der Frau einseitig von ihrer beruflichen Tätigkeit abhängig zu ma-

chen. Es ist der Fehler von radikalen Feministinnen, sich in einen männerfreien Schonraum zurückzuziehen und vom Matriarchat zu träumen." Mit diesem Denken wendet sich Geißler an lohnabhängige Familien, die noch existieren können, wenn ein Einkommen wegfällt und durch einen Zuschuß in Form eines monatlichen Erziehungsgeldes von 600 DM ersetzt wird. Versprochen ist eine Arbeitsplatzgarantie. "Dies wird den Arbeitgebern dadurch erleichtert, daß sie zeitlich befristete Arbeitsverträge mit anderen Arbeitnehmern abschließen können." Nicht genug damit, das Erziehungsgeld soll auch eine Schranke für die Ausdehnung von Arbeitsverhältnissen wegräumen, die Frauen bisher nur im äußersten Notfall angenommen haben, nämlich Teilzeitarbeit unter 20 Wochenstunden. Diese Sorte Verschleiß der Arbeitskraft darf vom selben Kapitalisten betrieben werden, der sie zuvor zu normalen Bedingungen kaufen mußte. Die Kosten für die Weiterversicherung jedoch sollen die gesetzlichen Krankenkassen durch "beitragsfreie" Leistungen tragen. Auf die Rentenversicherung soll die Zeit des Bezuges von Erziehungsgeld angerechnet werden.

Die häusliche Pflege soll forciert werden. Fällt die Pflegerin durch "Krankheit, Entbindung oder Kur" aus, so sollen die Krankenkassen auch dafür aufkommen. Bauherren bekommen für jeden Eltern- oder Großelternteil, den sie aufnehmen, ein Familienzusatzdarlehen. Die Aufnahme von Eltern soll nicht mehr an deren Einkommenshöhe scheitern. Gegen die Finanzierung von Frauenhäusern durch eine Bundesstiftung, wie von den GRÜNEN beantragt, wandte sich Geißler am 8.2. im Bundestag.

Geißler fordert ähnlich wie die CDA

ein "neues Verständnis der Arbeit". "Arbeit ist nicht nur Arbeit und Leistung ist nicht nur Leistung, wenn sie im Rahmen der Erwerbsarbeit erbracht werden." Um die gesellschaftliche Anerkennung der Nicht-Erwerbsarbeit zu fördern, sollen bis 1987 vom Statistischen Bundesamt "Kriterien für die Bewertung der Tätigkeiten in Haushalt und Familie entwickelt und die Ergebnisse in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesen werden." Dies kann als Grundlage für die Rechtfertigung eines Hausfrauengehalts dienen, zu zahlen an diejenigen Damen, die sich für ein lebenslanges "Arbeiten" als Repräsentationsobjekt und Schafferin eines gediegenen Rahmens zur Förderung der Karriere des Eheherrn entschließen. Dieselben Nichterwerbstätigten sollen auch eine schöne Entschädigung bei Übernahme von Ehrenämtern erhalten, "die sich am Verdienstausfall für Selbständige orientiert". Quellenhinweis: Bundestagsprotokoll 10/121 vom 8.2. 1985; Bundestagsdrucksachen 10/1427, 10/2461, 10/2527, 10/2696 – (anl)

RCDS-Kongreß**CHANCE GLEICHHEIT ?
JEDEM DAS SEINE !**

Der RCDS, Studentenverband der Union, hat auf seiner 38. Bundesdelegiertenversammlung vom 8. bis 10.2. ein neues Hochschulprogramm verabschiedet. Dem RCDS kommt wie den Jungen Liberalen und den Burschenschaften einer großen Bedeutung für die Pläne der Kapitalisten, der Unionsregierungen und der Professoren an den Hochschulen zu. Er soll dazu beitragen, eine christlich-liberale



Unter den Forderungen "Weg mit dem § 218! Weg mit der Bundesstiftung 'Mutter und Kind'! Weiterhin Finanzierung von Abtreibung auf Krankenschein! Kostenlose und unschädliche Verhütungsmittel für alle! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!" ruft die "bundesweite Koordination der Frauengruppen gegen den § 218" zu einer bundesweiten Demonstration gegen den § 218 am 23. Februar 1985 in Köln anlässlich des 10. Jahrestages des BVG-Urteils auf. Bild: DGB-Demonstration am 18.9.83 in Bonn. – (clm)

in Kurdisch ab. Komkar schreibt: "Daß dahinter jedoch nicht zuletzt Druck von offizieller türkischer Seite steht, beweisen auch die immer wieder gemachten Versuche türkischer Stellen, Sendungen über Kurden oder kurdische Kulturveranstaltungen zu verhindern." Komkar berichtet weiter: "Zudem machen sich z.B. deutsche Standesämter zum Büttel nationalistischer türkischer Interessen, indem sie die Eintragung von kurdischen Vornamen ablehnen und sich dabei auf die von den türkischen Konsulaten herausgegebenen offiziellen Namenslisten stützen." Komkar fordert Bundes- und Landesregierungen auf, folgende Forderungen zu erfüllen: "– Muttersprachlicher Unterricht für kurdische Kinder! – Rundfunk- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache! – Soziale Betreuung in unserer Muttersprache! – Anerkennung kurdischer Namen durch deutsche Standesämter!" – (alk)

bis faschistische Meute unter den Studenten zu sammeln, die die von den Kapitalisten gewünschte Unterwerfung von Studenten und Wissenschaftlern unter ihre Interessen erleichtert. Wie will er das erreichen?

Vor allem durch die offene Propaganda der Kapitalisteninteressen. "Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft ist ... weiter voranzutreiben", heißt es in dem neuen Hochschulprogramm. Die Wissenschaftler sollen lernen, sich vor ihrem Brotgeber zu bücken, Drittmittelerforschung, befristete Arbeitsverträge und Teilzeitbeschäftigungen sollen aufblühen. Die so erzwungene Unterwerfung von wissenschaftlichen Angestellten, Doktoranden usw. unter die Wünsche der Kapitalisten soll auch die Studenten einschüchtern und ausrichten helfen.

Diesen offenen Einsatz für Kapitalistenwünsche verbindet der RCDS mit der Unterdrückung jeder Kritik an der Regierungspolitik. So hat die Delegiertenkonferenz einen Abschnitt im Entwurf des hochschulpolitischen Programms, in dem u.a. die Wiedereinführung staatlicher Stipendien für Studenten aus Familien mit geringerem Einkommen gefordert worden war, ersatzlos gestrichen. Ebenso verhinderten die Delegierten jede Festlegung für Vertretungsrechte und Vertretungsorgane der Studenten, für Versammlungsrechte der Studenten usw. Wichtigster Gegner des RCDS, so der neue Vorsitzende Brand nach der Konferenz, seien "in den nächsten Jahren die grün-alternativen Listen an den Hochschulen".

Welche Perspektiven die Unionsstudenten damit anstreben, geht aus zwei Anträgen hervor, die zurückgezogen bzw. an die nächste Konferenz verwiesen wurden. Im einen Antrag propagiert der LV Baden-Württemberg "persönliche Beziehungen" zwischen Studenten(innen) und Professoren als ideale "Studiengemeinschaft". In dem anderen Antrag forderte der LV Hessen, die Forderung nach "Chancengleichheit" aus dem Grundsatzprogramm des RCDS zu streichen: Diese bedeute "eine Angleichung von gewissen Startbedingungen auf monetärer Basis. Mehr ist aufgrund der genetischen sowie umweltbedingten Unterschiede zwischen den Individuen nicht zu leisten. Somit kann es sich keinesfalls um 'wirkliche Chancengleichheit' handeln, sondern nur um einen gerechten Ausgleich, so weit ein solcher ... überhaupt möglich ist." Die Propaganda von "Jedem das Seine" und von "genetischen und umweltbedingten Unterschieden" zwischen "Individuen" ist faschistisch und bereitet den Boden für die Propagierung von "Herrenrassen". Offenbar gewinnen im RCDS Leute Einfluß, die daran anknüpfen.

Quellenhinweis: Anträge und Ergebnisse der 38.o. BDV des RCDS – (rül)

Politische Gefangene

DIE REAKTION WILL JEDE ERÖRTERUNG DER HAFTBEDINGUNGEN VERHINDERN

Der Bundestag beriet am 7. Februar u.a. über einen Gesetzentwurf der GRÜNEN, der darauf abzielt, alle Bestimmungen über "terroristische Vereinigungen" aus den entsprechenden Gesetzen zu beseitigen. Am selben Tag fand in München die Beerdigung des von der RAF erschossenen Vorsitzenden der Motoren- und Turbinen-Union (MTU), Ernst Zimmermann, statt. Alle politischen Gefangenen hatten zu diesem Zeitpunkt ihren Hungerstreik für Haftbedingungen gemäß der Genfer Konvention für Kriegsgefangene beendet. Bemühungen der GRÜNEN, die Bundestagsdebatte auf den nächsten Tag zu verschieben, scheiterten am Widerstand der Unionsparteien. Die Reaktion erhoffte sich von ihrem Vorgehen, daß die GRÜNEN angesichts der Beerdigung ihre Gesetzesinitiativen gegen unmenschliche Haftbedingungen und die sogenannten Antiterrorgesetze fallen lassen würden.

Obwohl die Abgeordnete der GRÜNEN Christa Nickels eine durchaus rechtsstaatliche Rede zur Begründung des Gesetzentwurfes hielt, reagierten die Regierungsparteien äußerst schroff. Allein schon, daß die Sprecherin der GRÜNEN sich nicht zu von der Staatsräson verordneten Beileidsbekundungen treiben ließ und die Isolationshaft beim Namen nannte,

reichte Bundesjustizminister Engelhard hin, den GRÜNEN im Bundestag mit dem Verbot zu drohen. Auch der Sprecher der SPD, Bachmaier, distanzierte sich von den Gesetzesentwürfen der GRÜNEN und beschwore die spätestens seit 1977 erprobte "Gemeinsamkeit der Demokraten" gegen den "Terror". Die GRÜNEN haben sich in diese schlimme Allianz nicht einfach einvernehmen lassen.

Bundesregierung und Länderregierungen sind entschlossen, keine Verbesserung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen zuzulassen und die öffentliche Erörterung darüber zu unterbinden. Mehrere tausend Leute haben während des Hungerstreiks der politischen Gefangenen öffentlich gegen die Isolationsfolter Stellung bezogen und die Absicht des Staates, die politischen Gefangenen zu brechen, angegriffen. Mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN gegen unmenschliche Haftbedingungen sind die Möglichkeiten, die öffentliche Erörterung der Haftbedingungen fortzuführen, günstig. Das will die Regierung auf jeden Fall verhindern.

Zimmermann droht jedem, der die übelsten Grausamkeiten in den Haftbedingungen der politischen Gefangenen angreift, damit, daß er den Boden des "freiheitlichen Staates" verläßt und die Konsequenzen zu tragen hat.

REAKTIONÄRE DROHUNGEN GEGEN "UNTERSTÜTZER"

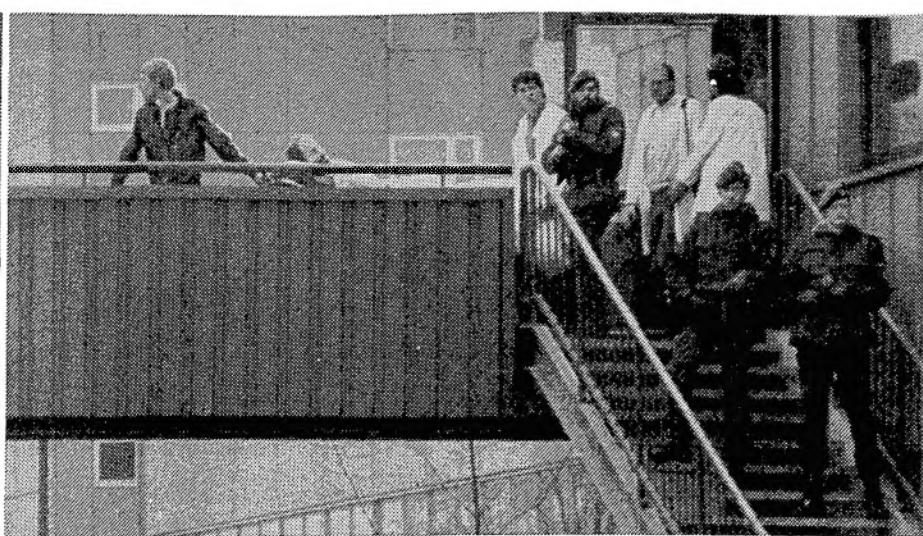
Bundestagsdebatte am 7. Februar zur Abschaffung von "Antiterrorgesetzen" – Auszüge

Abgeordnete Nickels, GRÜNE: "Bundeskanzler Kohl hat gestern einen öffentlichen Appell an die Presse gegeben, in dem er die GRÜNEN aufforderte, ihr makabres Ansinnen aufzugeben. Damit meinte er unser Ansinnen, am Tage der Beerdigung von Dr. Zimmermann eine Initiative zur Streichung der Antiterrorgesetze einbringen zu wollen ... Der Bundeskanzler hat auch auf Pietät und Mitgefühl mit den Verwandten von Herrn Dr. Zimmermann verwiesen. Ich habe Verständnis dafür. Darum habe ich auch den anderen Geschäftsführern vorgeschlagen, diese Debatte auf morgen zu vertagen ... Wir lehnen Gewalt ab. Mord bleibt Mord; Gewalt erzeugt immer nur Schmerz, Leid, Trauer und neue Gewalt ... Ebenso wahr bleibt aber auch, daß die Prinzipien des Rechtsstaats für alle Bürger un-

terschiedlos zu gelten haben, ganz gleich, was sie denken, was sie planen, was sie tun oder getan haben ... Der Rechtsstaat ist unteilbar ... Dazu zählen für uns: der Schutz allgemein anerkannter bedrohter Rechtsgüter, das Prinzip eines gerechten Verfahrens für jeden Beschuldigten und menschenwürdige Haftbedingungen ... Es hat sich gezeigt, daß es keine Ausnahmeverordnungen für bestimmte Tätergruppen geben kann, ohne daß das Recht insgesamt leidet ...

Hochsicherheitstrakte neben den Antiterroristengesetzen waren das zweite Standbein für den Staat im Kampf gegen die terroristische Gewalt ... Verschärfte Einzelhaft über Jahre hinweg, schallisolierte Einzelzellen, Trennscheiben bei Besuchen, andauernde entwürdigende körperliche Durchsuchung, Zerstörung der menschlichen Kontakte nach außen, Isolierung innerhalb der Gefangenen und die permanente, Tag und Nacht währende Kontrolle jeder Lebensäußerung sind geeignet, die Persönlichkeit eines Menschen zu brechen."

Bundesjustizminister Engel-



Ernst Zimmermann mit dem bayerischen Verdienstorden (links). Im Bundestag klagte der CDU-Abgeordnete Saurin, daß die RAF nun schon "gewöhnliche Bürger" bedrohe. Rechts: Um 1000 Bundesgrenzschützer bewachten die Medizinische Hochschule Hannover, als Knut Folkerts dort lag – "keine Sonderbedingungen" nennt das die Landesregierung.

Strauß führt außer dem schon jetzt gerichtlichen Verfolgung unterliegenden "Sympathisantenkreis" das "Sympathisantenumfeld" ein, das der Strafverfolgung unterworfen werden soll. Seiner Beschreibung ist zu entnehmen, daß damit große Teile der Friedensbewegung gemeint sind. Übereinstimmend fordern Strauß und Zimmermann den Ausbau der europäischen Zusammenarbeit der staatlichen Unterdrückungsorgane – und zwar umfassend, gegen jede nicht-staatstragende politische Opposition gerichtet. Baden-Württembergs Justizminister Eyrich fordert die Strafverfolgung von Anwälten der politischen Gefangenen, weil sie die Forderungen der Gefangenen unterstützen.

hard: "Wer dann so spricht wie Sie, Frau Nickels, und dem Worte wie 'Sonderhaftbedingungen', 'Isolationstrakte' so locker von den Lippen gehen, der wird sich fragen lassen müssen, wie er zu diesem Staat steht. Er wird den Bürgern Rede und Antwort stehen müssen, und er wird sich fragen lassen müssen, in welcher Welt er eigentlich lebt ... wir werden Sie fragen und zwar deutlich und ganz gnadenlos, wie Ihr Verhältnis zu diesem unserem Gemeinwesen und der Gemeinschaft seiner Bürger ist. Sie dürfen sicher sein, daß dieser Rechtsstaat ein starker Staat ist und daß diese Bundesregierung und die Mehrheit dieses Parlamentes in der ganzen Breite dieser vorhandenen Mehrheit dafür Sorge tragen werden, daß dieser Rechtsstaat in Abwehr von Schwerst-kriminalität bereitsteht ... Glauben Sie mir, daß es Ihnen bei dieser Auseinandersetzung nicht möglich sein wird, sich so vorbeizudrücken, wie sie dies belieben."

Auszüge aus Reden zur Beerdigung des MTU-Geschäftsführers Zimmermann am 7. Februar:

Die Absicht, die GRÜNEN von ihren Positionen herunterzuprügeln, wenn nötig im Verein mit der europäischen Reaktion, ist unübersehbar.

In Hamburg und Baden-Württemberg haben die Bürgerschaftsfraktion der GAL und die Landtagsfraktion der GRÜNEN einen ähnlichen Entwurf wie die Bundestagsfraktion eingebracht. In Baden-Württemberg konnte die CDU die GRÜNEN dahin bringen, auf eine Behandlung des Antrags vorerst zu verzichten. In Hamburg wurde die für den 13.2. geplante Behandlung des Gesetzentwurfes auf den 27.2. verschoben. Die Behandlung des Gesetzentwurfes der Bundestagsfraktion steht noch aus, am 5. März wird eine Anhörung der Fraktion zu den Gesetzen

entwürfen gegen die "Antiterrorgesetze" stattfinden. Bislang sind uns nur wenige Körperschaften der GRÜNEN bekannt, die ihre Unterstützung für den Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion erklärt haben (1). Ange-sichts der Anstrengungen der Reaktion, die GRÜNEN zur Aufgabe ihrer Vorhaben zu drängen, ist Unterstü-zung von innerhalb und außerhalb der GRÜNEN für den Gesetzentwurf gegen unmenschliche Haftbedingungen dringlich nötig.

(1) BWK-Nachrichten Kommunalverbände, Landwirtschaft, Selbständige, Woche 08/85; Quellenhinweis: Bun-destagsdrucksachen Nr. 10/2396 (§§ 129, 129 a) und 10/2819 (Haftbedin-gungen) – (uld)

Bundesinnenminister Zimmermann: "Jeder, der sich unserem Staat, dem freiheitlichsten Staat auf deutschem Boden in der Geschichte, verpflichtet fühlt, ist aufgerufen, diese barbarischen Täter zu bekämpfen. Es kann kein Verständnis für die Feinde der Freiheit, die Feinde jeder Zivilisation geben. Es wird... keine Fehleinschätzungen des Terrors geben..."

Die Bundesregierung weiß sich mit allen Demokraten im Inland und im Ausland einig in der Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die böse Saat des Terrorismus nicht aufgeht. Dies gilt um so mehr, als die vorliegenden Informationen darauf hindeuten, daß wir es über die Grenzen hinweg mit einer 'Terror-Internationale' zu tun haben. Die Terroristen dürfen in keinem zivilisierten Staat auf Freiräume hoffen können.

Wir werden den Kampf gegen den Terrorismus mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln weiterführen."

Ministerpräsident von Bayern Strauß: "Jetzt muß die längst überfällige Konsequenz aus der Erkenntnis

gezogen werden, daß der enge terro-ristische Kern sich fortwährend aus dem gewalttätigen Protestpotential erneuert, das sich in den letzten Jahren in unserem Land wie bei unseren europäischen Nachbarn angesam-melt hat. Der Kampf gegen den Ter-rorismus kann – und zwar europa-weit – nur dann erfolgreich sein, wenn auch dieser Sumpf des Sympa-thisantenumfelds ausgetrocknet wird..."

Die Bundesrepublik Deutschland ist weder ein Militär- noch ein Polizeistaat. Sie ist der freieste Staat, den Deutsche je besessen haben. Wer für die Wirtschaft dieses Staates arbeitet, verdient hohe Wertschät-zung, denn er trägt zum inneren Frieden bei. Wer für die Sicherheit dieses Staates arbeitet, macht sich um Frieden und Freiheit verdient. Das törichte Schlagwort vom Rüstungsmanager ist schon ein Reiz-wort aus der semantischen Sprache der Feinde unserer Demokratie."

Quellenhinweis: Bundestagsproto-koll 10/120 v. 7.2.85; Pressemitte-lung des Bundesinnenministerium v. 7.2.85; Bayernkurier v. 16.2.85

Revolutionäre Sozialisten

EG-NAHRUNGSMITTEL NACH AFRIKA
ALS "KONKRETE, SOFORTIGE HILFE"?

Am 8. Februar haben die am "Tag für Afrika" beteiligten Organisationen ein erstes Fazit gezogen. Sie sind zufrieden. "Die jetzt vorliegenden Berechnungen der Hilfswerke bestätigen, daß der 'Tag für Afrika' den höchsten Spendenbetrag in der Geschichte der Bundesrepublik erbracht hat ... steht heute fest, daß auf den Konten der Hilfswerke eine Gesamtsumme von 110,4 Millionen Mark eingegangen ist ... Viele Bürger haben es nicht bei Einzelspenden belassen, sondern sich zu einem dauerhaften Engagement mit Geld, aber auch mit persönlicher Mitarbeit in den Hilfswerken entschlossen."

Reicher Segen für die Pfaffen also? Zweifellos ist die Kampagne von Regierung, Kirchen, Kapitalisten usw. erfolgreich verlaufen, können sich die zumeist kirchlichen "Hilfs"organisationen zahlreicher Spenden zwecks Ausweitung ihres Wirkens in Afrika erfreuen. Zugleich haben diese "Afrika-Freunde" eine Debatte anzetteln können, "wie Europa Afrika helfen kann."

Diese Debatte hat Wirkung gezeigt bis in die Reihen der revolutionären Sozialisten. Die KPD hat am 25. Januar im "Roten Morgen" einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift "Hilfe tut Not". Darin heißt es u.a.: "Wenn ... deutsche Banken, Konzerne, die Medien und Regierungsvertreter sich dem verbreiteten Wunsch der Bevölkerung stellen müssen, konkrete, sofortige Hilfen zu organisieren, um den Hunger zu stoppen, so ist das für die Herrschenden auch eine Niederlage." Der "Rote Morgen" behauptet weiter, "daß es einfach nicht ausreicht, dem Elend in der Dritten Welt allein mit Systemkritik zu begegnen, wie es große Teile der Linken tun." Als eigene Kritik schreibt sie dann: "... mit dem, was in den EG-Kühl- und Lagerhäusern gespeichert wird, könnte auch hunderttausendfacher Tod heute und morgen verhindert werden. Das Augenmerk auf diese Tatsache zu richten, ist auch eine Aufgabe in diesen Tagen, da der Hungertod in Afrika so breit diskutiert wird."

Die MLPD, die den "Tag für Afrika" als scheinheilig angreift, fordert ebenfalls Nahrungsmittelhilfe der EG: "Kostenlose Lieferung des Überschüßgetreides aus der EG an die hungernde Bevölkerung!" und "Finanzierung des Transports der EG-Überschüsse in die Hungergebiete auf Kosten der Monopolprofite!" heißt es in der "Roten Fahne" 3/85 und 5/85.

Wir halten solche Forderungen für falsch und gefährlich. Die Nahrungs-

mittelhilfe der EG ebenso wie die der USA ist eine Waffe der Imperialisten. Sie dient dazu, die Bauern in den mit Nahrungsmitteln belieferten Staaten weiter ins Elend zu drücken und die Abhängigkeit dieser Staaten zu erhöhen. In welchem Umfang viele afrikanische Staaten schon heute auf diese Nahrungsmittelleinfuhren angewiesen sind, zeigt die Tabelle. 1978 importierten Staaten wie die Elfenbeinküste, Ghana, Zaire, Senegal und Nigeria ein Fünftel bis ein Drittel ihres Getreidebedarfs. Seitdem ist diese Abhängigkeit weiter gestiegen.

Über die Gründe dieser Entwicklung findet man selbst in kirchlichen

Preise für solche "cash crops" gesenkt. Die Folge: Die Schulden der afrikanischen Staaten steigen weiter. Die Regierungen, wohl wissend, daß sie im Fall einer drastischen Besteuerung der städtischen Bevölkerung – der Beamten, Soldaten sowie der Lohnabhängigen in den imperialistischen Fabriken – mit Aufständen und Militärrevolten rechnen müssen, erhöhen die Steuerlast der Bauern weiter. Die in vielen Gebieten noch vorherrschende Subsistenzproduktion wird weiter vernichtet, die Bauern noch mehr ins Elend gedrückt. Hinzu kommt die zunehmende Wanderarbeit vieler afrikanischer Bauern. In Westafrika, in der Sahel-Zone und im südlichen Afrika wandern heute Millionen von Bauern jedes Jahr zu den Plantagen, Bergwerken und Fabriken der Imperialisten, um sich und ihre Familien ernähren zu können. Die Reste von Kooperation in den Dörfern werden so



Ackerbau im Norden Äthiopiens. Die Imperialisten und das 1974 gestürzte Regime Selassie sowie die äthiopische Kirche – sie besaß ein Viertel des Landes – haben die Bauern ausgeplündert und landwirtschaftlichen Investbau jahrelang verhindert. Jetzt sind die Kirchen wieder da – als "Wohltäter".

Schriften Hinweise. Imperialistische Plantagenkonzerne steigern Jahr für Jahr die von ihnen für die Produktion von Südfrüchten, Kaffee usw. in Besitz genommenen Bodenflächen. Schon in den 70er Jahren beuteten diese Konzerne nach Angaben der ILO in Kamerun 37000 Plantagenarbeiter aus, in der Elfenbeinküste 200000, in Kenia 250000, in Liberia 25000, in Uganda 63000. Zugleich steigt die Zahl der Bauern, die auf ihrem eigenen Land solche Exportprodukte anbauen. Die Regierungen zwingen sie durch wachsende Steuerlasten zur Produktion dieser "cash crops" (zu deutsch: Geldfrüchte), um so die für den Zinsdienst an die Imperialisten benötigten Steuern und Devisen zu bekommen. In den letzten Jahren sind die Zinszahlungen der Staaten südlich der Sahara an die Imperialisten auf das Zehnfache gestiegen: von 212,3 Mio. \$ 1972 auf 2,399 Mrd. \$ 1982.

Zugleich haben die Imperialisten die

zerstört, Frauen, Kinder und alte Leute müssen die Landarbeit bewältigen. In einzelnen Gebieten Obervoltas etwa sind heute 70% der 20- bis 40-jährigen Männer "Wanderarbeiter".

Die "Nahrungsmittelhilfe" der USA und der EG treibt diese Verelendung der Bauern weiter voran. Die eingebrachten Nahrungsmittel sind billiger als die der afrikanischen Bauern, werden vorrangig in den Städten verkauft und rauben so den Bauern auch noch die Absatzmärkte in den Städten. Ist dann die Eigenversorgung der afrikanischen Staaten hinreichend eingeschränkt bzw. vernichtet, gehen die Imperialisten dazu über, Zahlung für ihre "Hilfe" zu verlangen, und erhöhen so die Schuldenlast weiter. Die periodisch ausbrechenden Hungersnöte gerade auf dem Land sind die gesetzmäßige Folge. Jede Dürre treibt die Verarmung der aller Reserven beraubten Bauern weiter voran, beschleunigt die Landflucht und vergrö-

Bert das Heer der Armen in den Städten, aus dem die Imperialisten ihre Lohnarbeiter rekrutieren.

Dieser Prozeß, der sich gegenwärtig in fast allen afrikanischen Staaten vollzieht und an dessen Ende die Imperialisten im Besitz des Bodens, der Fabriken wie auch der Lebensmittel für die afrikanischen Bauern und Lohnabhängigen sein wollen, hat viele Ähnlichkeiten mit der ursprünglichen Akkumulation in den heutigen imperialistischen Ländern – und einen entscheidenden Unterschied: Der akkumulierte Reichtum wird von den Imperialisten außer Landes geschafft.

In den durch dadurch hervorgerufenen Widersprüchen finden die christlichen Kirchen mit ihren "Hungerhilfe"-Projekten zahllose Betätigungsfelder. Mehlspeise und Milch für arme Wanderarbeiter: Das erlaubt den Plantagenbesitzern, die Löhne niedrig zu halten – was zum Überleben fehlt, liefert die Kirche! Ein Brunnen oder eine Mühle für arme Frauen in ihrem Dorf: Das hält die Frauen zur Arbeit an, stärkt den Glauben und hinterläßt am Ende auch einen – der Kirche und den "Sendern" ergebenen – privaten Besitzer! Eine christliche Genossenschaft für Erdnußanbau, eine christliche Schule: das freut den Bankier, so lange der Zins gezahlt wird, die neuen Arbeitskräfte willig sind und die Erdnußbillig bleibt! Der kirchliche Apparat, der christlich-europäische Einfluß auf Bauern, Wanderarbeiter, aber auch auf die Staatsorgane in den afri-



Anfang 1983 wies die nigerianische Regierung zwei Millionen westafrikanische Wanderarbeiter aus. Diese seien "illegal eingewandert". Die Wanderarbeiter waren aus Kamerun, Benin, Togo, Niger und Ghana auf der Suche nach Arbeit zu meist in das Gebiet um Lagos und in die Erdölfördergebiete im Süden Nigerias gekommen. Millionen afrikanischer Bauern sind heute zur Wanderarbeit gezwungen, um sich und ihre Familien ernähren zu können.

kanischen Staaten blüht so mit der Hungerhilfe auf.

Befreien können sich die unterdrückten afrikanischen Nationen aus dieser Lage nur durch eine Revolution gegen die Imperialisten, die vor allem die Interessen der Bauern befriedigen muß. Ohne eine solche Revolution wird auch die Abhängigkeit der afrikanischen Staaten von den Imperialisten weiter zunehmen und wird eine Eigenversorgung mit Lebensmitteln nicht zu erreichen sein. KPD und

MLPD sind bei anderen Gelegenheiten sehr empfindsam für die "nationale Frage". Warum trampeln sie dann hier, wo eine nationale Befreiung durch Revolution wirklich ansteht, so blind darauf herum?

Quellenhinweis: Roter Morgen, 25.1. 1985; Rote Fahne 3 und 5/85; G. Elwert, R. Fett, Afrika zwischen Subsistenzökonomie und Imperialismus; Weltbank, Jahresberichte 1980 bis 1984; Misereor u.a., "Ein Tag für Afrika" – (rül)

Getreideimporte afrikanischer Staaten, 1972–1978, in Tonnen
Getreideproduktion derselben Staaten, 1978, in Tonnen

Land	1972	1973	1974	Importe				Produktion 1978
				1975	1976	1977	1978	
Äthiopien	–	15333	5512	4106	19454	16014	–	4041000
Benin	37881	19260	8864	4442	7647	12168	–	419000
Burundi	–	9197	11168	11083	13234	13768	16665	404000
Elfenbeinküste	–	–	183686	90795	131886	288142	309358	846000
Ghana	119619	168562	190857	96193	110637	116441	221468	540000
Kenia	–	–	13103	81943	10001	33035	90968	2778000
Madagaskar	85721	99113	112817	71439	–	120930	184327	1975000
Malawi	–	20685	13409	37917	37918	30788	11017	1590000
Mali	–	–	268317	26078	4414	17399	–	1419000
Mauretanien	44058	–	–	–	–	–	–	26000
Niger	18955	31285	25591	13843	4744	–	–	1538000
Nigeria	–	1134942	373176	485514	857788	1415090	1926321	8936000
Obervolta	26616	42808	107775	33167	–	64069	89099	1253000
Sambia	188463	78609	98914	183937	119691	114796	55400	1058000
Senegal	289663	435693	342582	204556	–	–	468490	1006000
Sierra Leone	39304	88522	463898	33695	35041	–	–	535000
Somalia	56563	50451	27356	47235	102661	122739	17117	285000
Sudan	219957	203136	118975	122868	–	132792	167914	2896000
Tansania	–	28558	430807	457064	186298	161380	131743	1736000
Togo	19621	20850	10576	8223	17391	56969	9221	331000
Tschad	8241	17376	12880	9304	–	–	–	650000
Uganda	–	3989	23317	12799	20685	–	–	1476000
Zaire	287809	238777	300525	219174	256698	270776	261691	771000
Zentralaf. Rep.	–	12031	6944	9615	9286	8352	3957	93000
SUMME	1442471	2737892	3151049	2274881	1945474	2995648	3964756	36602000

– = keine Angaben; Quellen: United Nations, International Trade Statistics, 1977 und 1981; United Nations, Statistical Yearbook 1981

Indien

GUTE ERNTEERGEBNISSE –
VERELENDUNG DER KLEINEN BAUERN UND PÄCHTER

In seiner Anfang des Jahres gehaltenen Ansprache zum Amtsantritt als neugewählter indischer Ministerpräsident hat Rajiv Gandhi betont, daß er verstärkt gegen Armut und Korruption zu kämpfen gedenke. Seinen Sieg über die Opposition hat er nicht zuletzt der Unterstützung aus dem Bereich der Bauernschaft zu verdanken. Dabei spielt in Indien vor allem eine Rolle, wem die reiche Bauernschaft die Stange hält. Als Indira Gandhi sich 1975 in den Ausnahmezustand rettete und gleichzeitig zaghafte Landverteilungsreformen ankündigte und durchführte, wurde sie 1977 abgewählt, und die Janata-Partei kam für drei Jahre an die Regierung. Jetzt läuft der sechste Fünf-Jahresplan aus (1980-1985), und es wird sicherlich entsprechend den Plänen der Regierungsmannschaft von Rajiv Gandhi nichts Grundsätzliches geändert werden. Eher wird er auch hier sein propagiertes Ziel der Stärkung des privaten Sektors weiterführen. In den Fünfjahresplänen werden für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche Produktionsziele festgelegt und versucht, sie mit zentralen Stützungsmaßnahmen zu erreichen.

Es steht fest, daß es Indien gelungen ist, durch Verbesserung der Getreideproduktion extreme Dürrejahre wie 1979/80 relativ unbeschadet zu überstehen. Das letzte Jahr konnten 152 Millionen Tonnen Getreide geerntet werden (zum Vergleich: in dem sehr guten Jahr 1970/71 waren es 96,6 Millionen Tonnen). Wie kommt es dann, daß die Zahl der Menschen, die unter der offiziellen Armutsgrenze leben (1984: 350 Millionen), zunimmt, vor allem aber die Zahl der landlosen Bauern steigt, die sich zu Tagelohn oder Kontraktarbeiten verdingen müssen? Die Ursache ist hauptsächlich in den Planfestlegungen der letzten Fünfjahrespläne zu suchen, die auf die reichen Bauern ausgerichtet waren. In einer heftigen Kritik an euphorischen Lobpreisungen der Ergebnisse des letzten Fünfjahresplans schreibt das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Indiens (New Age, 20.1.85): "Kleinproduzenten wurden doppelt durch die Preisschere getroffen. Während Bauern zum Beispiel übersteigerte Preise für Düngemittel, Dieselkraftstoff, Salz, Zucker, Zement usw. auf dem Schwarzmarkt zahlen müssen, müssen sie ihre Ernteerträge zu niedrigeren Preisen als in den Planfestlegungen der Regierung verkaufen." Durch diese Entwicklung werden die Bauern zu neuen Schulden getrieben, die sie zumeist nicht zurückzahlen können.

Nicht selten werden sie dann direkt beim Grundbesitzer aufgenommen, der dann häufig neben dem Land auch noch die Arbeitskraft verpfändet bekommt. Eine Untersuchung des Arbeitsministeriums 1974/75 vermittelt ein klares Bild des Prozesses, der die landbesitzenden Bauern und Pächter auf den Status eines Landarbeiters herab sinken läßt. Dieser Vorgang findet der Studie zufolge in ganz Indien statt. 1964/65 umfaßte die betroffene Gruppe 43,9% aller in der Landwirtschaft beschäftigten Haushalte. In den landwirtschaftlich zurückgebliebenen Ostregionen machten sie sogar 55% und somit die Mehrheit der Haushaltungen aus, während im Norden (Punjab, Haryana) ihre Zahl nur 24,9% betrug. Von 1964/65 bis 1974/75 wuchs diese Gruppe auf 49,2% aller Haushalte in der Landwirtschaft. Dabei ist interessant, daß sie häufig noch etwas Land besitzen, wobei festgestellt wird, daß in der Regel nicht mehr als ein halber Hektar Besitz in diesen Haushalten zu finden ist. Sicherlich ist bei einer solchen Unter-

"Grüne Revolution" bezeichnet wurde. Dabei wurden hochertragreiche, widerstandsfähige Getreidesorten eingeführt, Kunstdünger und Bewässerungsanlagen (Motorpumpen usw.). Aber nur die Großgrundbesitzer und Großbauern konnten sich die mit entsprechenden Krediten bezuschußten agrartechnischen Neuerungen leisten. Außerdem wurde zu diesem Zeitpunkt die Untergrenze für Kredite auf eine Höhe festgelegt, daß die Masse der Bauern, die ca. 5 acre Land besitzen (1 acre = 4046 qm), gar nicht davon profitieren konnte. Lediglich im Punjab konnten größere Teile auch der kleinen Bauernschaft mit Krediten finanziert werden. Das dadurch verbilligte Getreideangebot veranlaßte dann in der Folge viele Bauern zum Aufgeben. Die Bedingungen, die der Internationale Währungsfonds bei seiner Kreditvergabe an Indien 1982 stellte, wurden hier vorbereitet. Indira Gandhi steht insofern für diese Politik, als "Indiens hundertprozentige Abhängigkeit für seine Landwirtschaft von auswärtigen Krediten, auswärtigen Spenden, fremder Unterweisung und Kontrolle über die Zulieferindustrie für die Landwirtschaft eine gerade Linie von 1951 an" gewesen ist (Frontier, 1.12.84).

Inzwischen geht zwar der Prozeß weiter, daß die kleinen Bauern aufgeben müssen, aber auf der anderen Sei-



Öhlmühle in einem indischen Dorf

suchung zu berücksichtigen, daß die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen auf dem Lande fließend sind. Aber solange noch Land da ist, ermöglicht es der Familie wenigstens, einen Teil ihres Lebensunterhalts selbst zu erwirtschaften.

Der oben angegebene Zeitraum ist insofern bedeutsam, als die Veränderungen im Agrarbereich in diese Zeit fallen. Während der Getreidekrisen 1965/67 wurde in großem Umfang Hilfe der amerikanischen Imperialisten angenommen, was später als

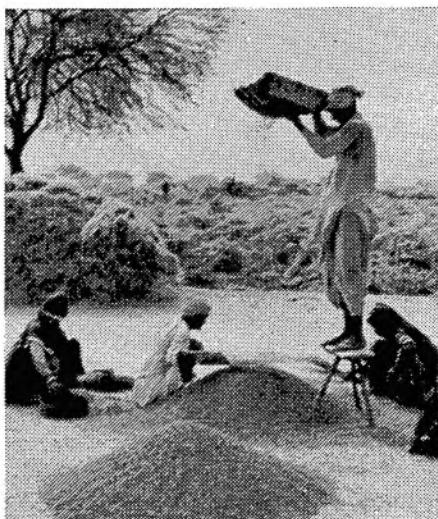
te bildet sich bei der Entwicklung eines Landproletariats ein verstärktes gewerkschaftliches Bewußtsein heraus. Die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter ist, verglichen mit der Zahl der organisierten Industriearbeiter, sehr gering. Das hängt auch mit der mangelnden Aufmerksamkeit zusammen, die die linken Organisationen diesen Fragen gegenüber haben. Dabei erreichen lediglich die Landarbeiter im Punjab Löhne, die sie zumindest statistisch über die Armutsgrenze heben. Andererseits sind

die meisten Landarbeiter ehemalige Bauern, die aufgrund von Pachtschulden nicht mehr zu den Landbesitzenden gehören. Ihr Bedürfnis geht nach einer Landreform, bei der sie eigenes Land zum Bewirtschaften erhalten.

Nach Zahlen von 1977/78 leben rd. 50% der bäuerlichen Haushalte unterhalb der Armutsgrenze. Die Annahmen basierten auf der Festlegung, daß 1977/78 pro Kopf 65 Rupies im Monat benötigt wurden, um die tägliche Menge von 2400 Kalorien zu ermöglichen. Gut die Hälfte der Landbevölkerung erreichte dieses Mindestmaß an Kalorien nicht. Dies betrifft vor allem die über 55 Millionen Landarbeiter (1961: 31,3 Millionen, 1971: 47 Millionen, 1981: 55,4 Millionen).

Da die Lebensmittelpreise steigen

und nicht etwa aufgrund der guten Ernte sinken, nimmt die Zahl derer, die auf Elendsniveau leben, stetig zu. Der IWF hat bereits Indiens Kreditwürdigkeit gelobt und auch eine gewisse Stabilität bescheinigt. Für die linken Oppositionsparteien war bislang diese gewaltige Umwälzung der Schichtung auf dem Lande kaum in den Griff zu bekommen. Die gewerkschaftlichen Forderungen bezüglich der Lage der Bauern scheiterten nach wie vor an den festen Strukturen auf dem Lande, wo in den Verwaltungseinheiten (sog. Panchayats) die reichen Bauern dominieren, die auch für Kreditvergabe zuständig sind. Die Hoffnung auf Land und damit die Möglichkeit, dem Elendsdasein zu entrinnen, hegen Millionen landlose Pächter und



Weizenernte bei einem Großgrundbesitzer

GEWERKSCHAFTEN ZUR LAGE DER LANDARBEITER

(Aus: *The Indian Worker*, Organ der INTUC, 22.10.84) Die INTUC ist die größte der indischen Gewerkschaftsverbände und stark an den Interessen der regierenden Kongress-I-Partei orientiert. "Die von der INTUC geführte Indian National Rural Labour Federation (INRLF, Landarbeitergewerkschaft) drängte auf seiner Konferenz am 14. Oktober die Regierung zur baldigen Formulierung von sicheren grundlegenden Festlegungen zur Durchführung des Programms zur Verbesserung der bäuerlichen Armut und Arbeitslosigkeit. Die Erklärung wurde einstimmig auf der dreitägigen Konferenz am 12. Oktober angenommen... und unterstrich die Notwendigkeit einer Politik, die eine Beschäftigungsgarantie für mindestens eine Person eines landwirtschaftlichen Haushalts bietet und die notwendige Unterstützung von staatlicher Seite für die Verwirklichung.

Die Erklärung schlägt die Bildung eines nationalen Wohlfahrtsfonds für die Landarbeiter mit zweifacher beratender Unterstützung vor, um solche unentbehrlichen Notwendigkeiten wie Unfallschutz, Alterssicherung, Unterstützung von genossenschaftlichen Organisationen, die über Notzeiten hinweghelfen, Saatgut und Geldmittel für gemeinsame Projekte der armen Bauern und Organisationen, die mit Fachentwicklungsplänen befaßt sind, zu sichern. Eindringlich wird festgestellt, daß die Vernachlässigung einer klaren Politik der Verteilung von Verbrauchsgütern und die Bereitstellung von Krediten dazu führt, daß die armen Bauern auf Gedeih und Verderb ihren Arbeitgebern ausgeliefert sind...

Gefordert wird eine aktive Entwicklung von Interessenvertretun-

gen wie INRLF, um die eigenen Interessen der armen Bauern selbstständig zu vertreten... In Zusammenhang mit dem ernstesten und schwierigsten Problem der armen Landbevölkerung, das latent und tief verwurzelt ist, hat die Erklärung festgestellt, daß der Haushalt armer Bauern mit fünf Mitgliedern als erste Gruppe angesehen werden sollte, für die oben angeführten Grundbedürfnisse und Einkommen gesichert sein sollte.

Weitere Vorschläge, die in der Erklärung gemacht worden sind: umfassende Einschätzung der Situation, der Entwicklungen und Möglichkeiten in den Gebieten, um Pläne zu machen, die sowohl traditionelle und nicht-traditionelle Beschäftigung und eigenständige Wirtschaft ermöglichen; Gründung eines Verbandes und Konsultationskomitees von kompetenten Personen in der Hauptstadt und den Städten des Landes, um Entwicklungsprogramme zu führen; Feststellung, welchen Beitrag die armen Landfrauen zum Haushaltseinkommen leisten und Ergründen aller Möglichkeiten der Erleichterung der täglichen Hausarbeit; Sicherung einer besseren Beschäftigung für die Kinder, ohne ihre Erziehung zu vernachlässigen; Einleitung einer systematischen, effektiven und langandauernden Kampagne, um den armen Bauern eine positive Sicht für ein gemeinschaftliches Herangehen an die Probleme zu bringen und Überwachen der Verkündungen von Landreformen und Auflösung von Leibeigenschaft durch genaue Kontrolle der Vergabe von notwendigem Saatgut und Maschinen für die landwirtschaftliche Produktion... Der Kongreß verabschiedete weiter eine Erklärung, in der ein Schutzgesetz für die landlosen Landarbeiter über Arbeitsstunden, Löhne und andere soziale Absicherungen gefordert wird."

auch Landarbeiter. Forderungen nach einer Landreform müßten dieses Interesse berücksichtigen. Dabei wird jetzt auch verstärkt der Kampf um Schutzgesetze mit Minimalgarantien geführt.

Quellenhinweis: *Census of India 1981*, Neu Dehli; *Frontier*, div. Ausgaben; *Economic Review*, Berlin, DDR, Dez. 1984 (The socio-economic profile of Indias emergent rural proletariat, P. Heidrich); *New Age*, Organ der CPI, 12.1.85; *Indian Worker*, Organ der INTUC, 22.10.84. — (cog)

Jugoslawien

DEBATTE ÜBER UMWELTSCHUTZ

Jugoslawien ist eines der wenigen Länder, in denen Umweltschutz in der Verfassung verankert ist. Danach sind Betriebe und öffentliche Einrichtungen zum "Schutz der menschlichen Umwelt" verpflichtet

Die schnelle Industrialisierung des Landes führte aber dazu, daß die zahlreichen gesetzlichen Bestimmungen nicht immer eingehalten wurden. Im Sommer 1984 fand eine im Parlament abgehaltene Wissenschaftskonferenz über Umweltfragen statt, die u.a. zu einem Gesamtprogramm führen soll, das bis zum Jahre 2000 den Schutz des menschlichen Lebensraumes sichern soll.

Zwar waren sich alle Teilnehmer dieser Konferenz über die Bedeutung des Umweltschutzes einig. Streit gab es aber darüber, wieviel an Geldern tatsächlich dafür investiert werden soll.

Bisher betragen die Ausgaben für umwelterhaltende Maßnahmen in Jugoslawien nur ca. 1 Prozent der gesamten Investitionsaufwendungen. Dieser Prozentsatz soll nach den Plänen der Konferenz mindestens verdoppelt werden. Ein Teil des Betriebs-

managements stellt sich gegen diese Forderungen. Denn schon bisher bewirkte die äußerst gespannte Finanzlage der meisten Betriebe, daß sie alle im Zusammenhang mit dem Umweltschutz stehenden Investitionen möglichst herauszögerten.

Außerdem werden die bereits installierten Anlagen wegen ihrer hohen Betriebskosten oft abgeschaltet. Aufgrund des Widerstandes der Betriebsdirektoren und der anhaltenden wirtschaftlichen Krise steht zu befürchten, daß ein Großteil der beschlossenen Umweltschutzmaßnahmen nicht durchgeführt wird.

Die Befürworter größerer Schutzinvestitionen, v.a. für Gewässer- und Luftschutz, machen in der Debatte darauf aufmerksam, daß die Folgekosten der Verschmutzung letztlich größer sind als die Kosten für Schutzmaßnahmen. Und es müsse in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sein, "nicht nur für den Gewinn", sondern für längerfristige Ziele zu planen, darin liege gerade die Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus. Sie fordern mehr Investitionen im Gewässer- und Luftschutz, wozu sich Jugoslawien mit den anderen Anliegerstaaten der Adria zusammensetzen wird. Ferner soll künftig darauf geachtet werden, daß bei Errichtung neuer Kapazitäten v.a. beim Rohstoffabbau (Kohle, Eisenerzabbau) die Umweltschutzeinrichtungen von vornherein eingebaut und beim Arbeitsprozeß eingehalten werden. Die entstehenden Kosten sollen auf die Preise aufgeschlagen werden.

Quellenhinweis: Mehrere Nummern *Ekonomika Politika* vom August/September 1984. — (Isc)

Griechenland

ABRÜSTUNGSVORSCHLÄGE

Papandreou und die Panhellenistische Sozialistische Bewegung (PaSoK) waren vor den Wahlen im Jahr 1981 dafür eingetreten, daß Griechenland im Falle eines Wahlsieges der PaSoK aus der NATO und der EG ausscheiden sollten. Die imperialistischen NATO-Staaten hatten auf diese Ankündigung mit Drohungen verschiedenster Art, bis hin zu den jüngst bekanntgewordenen Übungsplänen eines NATO-Einmarsches im Falle revolutionärer Erhebungen in Griechenland reagiert. Die griechische Regierung hält zwar die Forderung aufrecht, Schritte für einen Austritt aus der NATO hat sie bislang nicht unternommen.

Als einziger NATO-Mitgliedstaat beteiligte sich Griechenland aber an einigen Initiativen, die den Kriegsvorbereitungen der westlichen Imperialisten Schranken setzen sollen. Im Februar letzten Jahres sprach sie sich

auf einer Balkan-Konferenz, an der Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und zeitweilig auch die Türkei teilnahmen, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Staaten für eine atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan aus.

Am 29. Januar dieses Jahres beendeten die Staats- und Regierungschefs von Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden und Tansania ihre zweite gemeinsame Konferenz in Neu Dehli mit einer Deklaration gegen weitere atomare Rüstung. Sie verlangen die unverzügliche Einstellung der Entwicklung, Produktion und Erprobung von Kernwaffen und Trägersystemen. Die Konferenz war u.a. auf Initiative der griechischen Regierung zustandegekommen. Im Anschluß an die Regierungskonferenz führte die griechische Regierung in Athen eine "Internationale Friedenskonferenz" durch, auf der über 50 Politiker, Wissenschaftler und Künstler die Forderungen der sechs Staaten von Neu Dehli bekräftigten.

Innerhalb der NATO lehnt die griechische Regierung als einzige Regierung die Stationierung der Mittelstreckenraketen nach wie vor ab. Ebenso hat sie bei jeder NATO-Konferenz gegen die dort beschlossenen Embargo-Maßnahmen gegen Polen, die UdSSR und andere Staaten des Warschauer Paktes protestiert und die entsprechenden Erklärungen nicht mitunterzeichnet.

Ihre jetzt erfolgte Ankündigung, sie werde an keinem NATO-Manöver mehr teilnehmen, steht jedoch in einem anderen Zusammenhang. Griechenland hat in den letzten drei Jahren bereits die Teilnahme an NATO-Manövern in der Ägäis verweigert. Die Regierung Papandreou versucht damit, die anderen NATO-Staaten zur Parteinahe gegen die Türkei zu bewegen. Die Türkei beansprucht einen Teil des kleinasiatischen Festlandskokels in der Ägäis und wendet sich gegen den militärischen Ausbau griechischer Inseln in der Ägäis. Die griechische Regierung wirft der Türkei vor, sie plane die militärische Besetzung einiger Inseln, und führt als Beweis die starken Truppenkonzentrationen der Türkei vor den Inseln an. Sie erklärt, Griechenland stehe zur Zeit unter keinem militärischen Druck von Norden, d.h. von Bulgarien und den Staaten des Warschauer Paktes, sondern die militärische Bedrohung käme aus dem Osten, d.h. von der Türkei.

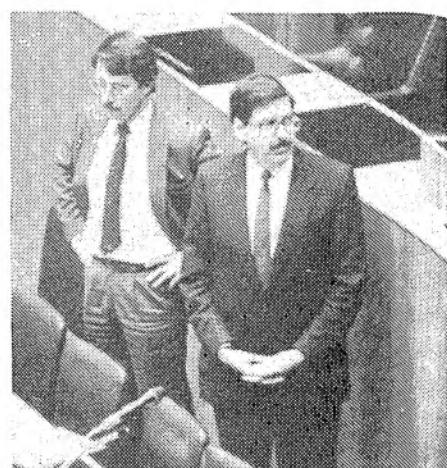
Griechenland wie auch die Türkei suchen in ihren strittigen Grenzfragen den Rückhalt der Imperialisten in der NATO. Das schwächt die griechischen Bemühungen, den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten entgegenzutreten.

Quellenhinweis: Spotlight, Hrsg. Institute for political Studies, Athen, Nr. 14, 15, 16/1985; *Unsere Zeit*, 29.1.-1.2.85 — (uld)

Österreich

GROSSDEUTSCHE KRÄFTE

"In meiner Amtszeit hätte wahrscheinlich kein Minister so etwas getan, ohne mit mir zu reden," kommentierte Alt-Bundeskanzler Kreisky lapidar den Empfang, den Heeresminister Frischenschlager (FPÖ) dem aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrecher Reder am 24.1. in Graz bereitete. Wie jetzt bekannt wurde, wurde Reder zu Beginn der Amtszeit Kreiskys im Jahre 1970 eine Rente nach dem Kriegsopfersversorgungsgesetz zuerkannt, die heute umgerechnet rund 1000 DM monatlich beträgt und weit über dem Rentendurchschnitt liegt.



FPÖ-Politiker Frischenschlager und Steger im Parlament

Die FPÖ hat ihrem Parteigenossen inzwischen volle Unterstützung zugesichert. Die SPÖ hat in der Furcht, bei Neuwahlen Stimmen sowohl nach links wie nach rechts zu verlieren, den Misstrauensantrag der ÖVP gegen Frischenschlager abgelehnt. Einziger Vorwurf der SPÖ ist, daß die "Öffentlichkeit" vom Empfang Reders erfahren hat.

Die "Öffentlichkeit" ist allerdings besorgt über die Form der "Vergangenheitsbewältigung", die seit dem Eintritt der FPÖ in die Regierung betrieben wird. Frischenschlager allein gibt Grund genug zur Besorgnis: seit 1983 Heeresminister, ließ er an Allseelen 1983 auf dem Salzburger Kommunalfriedhof die "Kameradschaft IV" — ehemalige WaffenSSler — an sich vorbeidefilieren. 1984 sprach er beim 3. Bundesjugendtreffen dem Österreichischen Turnerbund, der sich vehement für das Deutsche Reich in den Grenzen von 1943 einsetzt, die Dankesschuld der Nation aus und betonte: "Wir lassen uns eben nicht die Zugehörigkeit zum deutschen Sprach- und Kulturräum absprechen." Im Fe-

bruar dieses Jahres erklärte er: "Ich sage immer, die Eigenstaatlichkeit Österreichs und das Absichern auf die ethnische Separation nach 1945 sind ein Nachvollziehen der Nationalstaatsidee zu einem Zeitpunkt, wo das nicht mehr notwendig gewesen wäre."

Die FPÖ ist entschiedener Verfechter der deutschnationalen Ideologie. Seit ihrer Regierungsbeteiligung werden die Stimmen lauter, die – sei es im Rahmen der EG – einen Anschluß an (West-)Deutschland propagieren.

Auch die ÖVP tut sich schwer mit der Vergangenheitsbewältigung. Unter ihrer Alleinregierung wurde 1967 der Traditionserlaß des Bundesheeres verabschiedet. Darin heißt es: "Österreich hat eine tausendjährige Geschichte ... Dieses Österreich ist dasselbe Land, das einst als 'Ostmark' des Frankenreichs Karls des Großen gegründet wurde ... Es ist dasselbe Land, das Jahrhunderte den Kampf gegen alleseitige mächtige Anstürme geführt hat, die letztendlich alle auf die Vernichtung des christlichen Abendlandes abgezielt hatten." Dieser Text entspricht wortgetreu dem Traditionserlaß von 1931 mit den Änderungen, daß damals die "Ostmark" nicht in Anführungsstrichen stand und statt des "christlichen Abendlandes" das Deutschtum gepriesen wurde.

Vergangenheitsbewältigung hat allerdings auch die SPÖ nie betrieben. Allein unter Kreisky waren fünf Minister im Amt, die nachweislich Mitglieder der NSDAP gewesen waren, unter ihnen Frischenschlagers Vorgänger Otto Rösch. Beim Amtsantritt Kreiskys liefen mehrere hundert Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen. Sie wurden 1971/72 zum größten Teil eingestellt. Seit 1975 gab es in Österreich überhaupt keine solchen Verfahren mehr.

Quellenhinweis: Profil 20/83, 4/85, 5/85, 6/85; Wochenpresse 5/85. – (rua)

Großbritannien THATCHERS PROBLEME MIT DEM ANHANG

Entgegen einer juristischen Darlegung des Gerichtsvorsitzenden sprach am 11. Februar eine Jury aus zwölf Geschworenen in London den Beamten Clive Ponting vom Vorwurf des Verrats von Staatsgeheimnissen frei. Die Entscheidung einer Jury gegen die Weisung des Berufsrichters ist äußerst selten.

Ponting war hoher Beamter des Verteidigungsministeriums. Ihm war Verrat vorgeworfen worden, weil er ein internes Memorandum über die Versenkung des argentinischen Kreuzers Belgrano im Malvinenkrieg einem

Oppositionsabgeordneten geschickt hatte.

Das britische U-Boot Conqueror hatte am 2. Mai 1982 den Kreuzer völkerrechtswidrig versenkt, obwohl er sich außerhalb der von den britischen Kolonialisten um die Inseln erklärten "Ausschließlichkeitszone" befand und – als Ausbildungsschiff mit Marinerekruten an Bord – einen Hafen anlaufen wollte.

Über die Rechtmäßigkeit der Versenkung und die Verantwortung dafür gibt es seit Monaten in Großbritannien eine heftige Debatte. Passend verschwand das Logbuch des U-Boots aus der fraglichen Zeit, und die beteiligten Minister gaben dubiose Erklärungen im Parlament ab. Clive Ponting lieferte dafür Vorlagen, er ist auch immer noch der Auffassung, die Belgrano sei rechtmäßig versenkt worden. Als Minister Heseltine dem Parlament mehrfach Unwahrheiten auftrichtete, verschickte Ponting eine interne, umfassende Darstellung des Falls an den Labour-Abgeordneten Tam Dalyell.

Margret Thatcher reagierte emp-

findlich auf die Niederlage, die das Urteil bedeutet. Sie behauptet seitdem steif und fest, mit der Entscheidung, Ponting anzuklagen, nichts zu tun gehabt zu haben. "Ich glaube das nicht", antwortete Labour-Führer Neill Kinnock im Parlament, und seitdem beschäftigt dieser Vorwurf die britische Politik. Das eigentliche Verbrechen, die Versenkung der Belgrano, wird nicht behandelt.

Die Regierung spürt, daß ihre Unterstützung in den Mittelschichten und insbesondere in der Intelligenz abnimmt, obwohl sie doch – in ihrem eigenen Sinn – "erfolgreich" ist, gegen die Bergleute etwa. Bisher schmerzlichstes Beispiel: Seit dem 2. Weltkrieg verleiht die Universität Oxford allen Premierministern, die dort studiert haben, die Ehrendoktorwürde. Als jedoch am 29.1. Margret Hilda Thatcher, die in Oxford Chemie studiert hatte, zur Ehrung anstand, lehnten die Hochschullehrer dieser Eliteeinrichtung mit 738 Stimmen zu 319 die Verleihung ab.

Quellenhinweis: Financial Times, Guardian, Versch. Ausgaben – (hef)

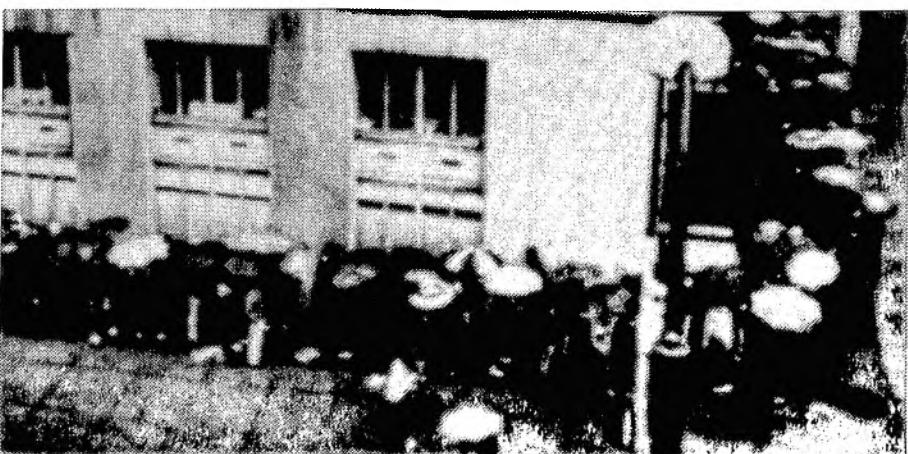
USA/Haushalt '86

NACH REAGANS WIEDERWAHL NOCH MEHR RÜSTUNG, NOCH WENIGER SOZIALES

Am 6.2. hat Präsident Reagan dem Kongreß seinen Haushaltsentwurf 1986 vorgelegt. Er sieht Ausgaben in Höhe von 479 Mrd. Dollar und ein Defizit von 180 Mrd. Dollar vor. An Militärausgaben sind 286 Mrd. Dollar projektiert. Schon seit mehreren Wochen hatte die bürgerliche Presse einen Propagandawirbel um Streichungen in Höhe von 50 Mrd. Dollar veranstaltet: Der Beelzebub sei das Defizit. Die Haushalte der USA sind fast ausnahmslos defizitär gewesen. Reagan hat das Defizit seit 1983 bewußt durch

umfangreiche Steuersenkungen, die hauptsächlich den Unternehmen und den Reichen zugutekommen, und durch starke Steigerung der Militärausgaben verdoppelt. Er hat schon 1981 viele Sozialprogramme gestrichen, und seither werden jedes Jahr weitere Sozialausgaben auf dem Altar der Defizitbekämpfung geopfert.

Der jetzt vorgelegte Haushalt 1986 ist um 18 Mrd. Dollar niedriger, als in Reagans Haushaltsvorlage 1985 projektiert. Er ist 50 Mrd. Dollar niedriger, als die Projektierung in dem vom



Der von Reagan vorgelegte Haushaltsentwurf für 1986 verschärft den Druck auf die Armen in den USA weiter. Bild: Arbeitslose warten vor dem New Yorker City-County-Gebäude, nachdem 170 6-Monats-Jobs ausgeschrieben wurden.



Am 10. Februar ließen Nelson Mandela und einige andere gefangene Mitglieder des ANC veröffentlichen, daß sie die Bedingungen nicht annehmen, die ihnen die südafrikanische Regierung für ihre Freilassung aufzwingen wollte. Mandela sitzt seit 1961 im Gefängnis und ist zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Regierung hat ihm und anderen Gefangenen Haftentlassung angeboten, wenn sie die Garantie übernahmen, daß der ANC künftig auf den bewaffneten Kampf gegen das Siedlerregime verzichte. Den Gefangenen sollte nach ihrer Entlassung alle politische Tätigkeit und Entfernung vom zugewiesenen Wohnort verboten sein. Bild: Demonstration im Jahr 1961 für die Freilassung Mandelas und anderer politischer Gefangener. – (uld)

IRAN: STREIKER FOLG VON EISENHÜTTENARBEITERN

Mit einem Teilerfolg endete ein Streik von mehreren tausend Arbeitern des Eisenhüttenwerks von Isfahan im Iran. Das meldete am 7.2. die "UZ". Die Arbeiter streikten seit Ende November, nachdem Pläne zur Entlassung von 5000 Lohnabhängigen bekanntgeworden waren. Das Direktorium und die Staatsmacht versuchten, den Streik durch Entlassung von "Rädelsführern" und den Einsatz von Sicherheitsmilitärs zu brechen. Die Regierungssender hetzten, die Streikenden seien Religionsfeinde. Die Hetze hatte keinen Erfolg. Das Direktorium mußte die Kündigungspläne zurücknehmen und der festen Einstellung zahlreicher Ta-

gelöhrer zustimmen. Gewerkschaftliche Vertretungsorgane der Arbeiter bleiben aber weiter verboten. – (rül)

DISK WIRD EGB-MITGLIED

Der Exekutivausschuß des Europäischen Gewerkschaftsbundes hat sich einstimmig für den Beitritt des von der Militärjunta in der Türkei verbotenen Gewerkschaftsbundes DISK ausgesprochen. Die DISK hatte schon vor dem Militärputsch in der Türkei 1979 einen Beitrittsantrag beim EGB gestellt, dessen Behandlung bisher immer verschoben worden war. Der EGB hatte sich für die Freilassung aller DISK-Gewerkschafter aus türkischen Gefängnissen eingesetzt. – (eve)

SÜDKOREA: "DEMOKRATISCHER ÜBERGANG"?

Vor zwei Wochen kehrte der südkoreanische Oppositionspolitiker Kim Dae Jung (Bild), der Jahre in Gefängnissen der Militärdiktatur verbrachte, 1980 zum Tode verurteilt wurde und auf Intervention der US-Regierung ins US-Exil gehen durfte, nach Südkorea zurück. Bei den Parlamentswahlen vor einer Woche, die der Militärdiktator Chun Doo Hwan angesetzt hatte, konnte die gerade gegründete und von Kim Dae Jung unterstützte "Neue Demokratische Partei" 30%, in den großen Städten sogar die Mehrheit der Stimmen gewinnen – trotz massiver Wahlbehinderungen und Einschüchterungen. Die Partei, die die bürgerliche Opposition gegen die Militärdiktatur sammeln konnte, führte den



Wahlkampf gegen die Diktatur, gegen die Vereelung und gegen die Korruption der Militärs. Kim Dae Jung erklärte nach der Wahl, seine Partei wolle "kein politisches Chaos", und forderte Chun Doo Hwan angesichts der "Gefahr für die Sicherheit" durch Nordkorea zur Zusammenarbeit auf. – (wom)

Kongreß verabschiedeten Haushalt 1985, der einige von Reagans Kürzungen an Sozialausgaben zurückgenommen hatte. Die Propaganda der Defizitbekämpfung stimmt nur für die Sozialprogramme. Der Rüstungshaushalt soll um 12,6% gegenüber 1985 steigen, 3,5% weniger, als im September 1984 vorgesehen, 8,5% weniger, als von Reagan Anfang 1984 vorgesehen.

Um von der Tatsache abzulenken, daß die Streichungen sich hauptsächlich gegen die Armen und Rentner richten, behauptet die Presse unisono, daß die Streichungen besonders die "Mittelklasse" trafen, und die "Experten" ergehen sich in "Analysen", warum wohl Reagan seine Wählerbasis verprelle. Die Tatsachen sind: Mindestens 6,4 Mrd. Dollar Kürzungen treffen direkt die Armen, davon 1 Mrd. Dollar Medicaid (Krankheitskostenbeihilfe), 3,6 Mrd. Dollar bei Mietsubventionen, 0,6 Mrd. Dollar bei Beihil-

fen zur Kinderernährung. Den Rentnern sollen 4,1 Mrd. Dollar an Eigenleistungen zur Krankenversicherung (Medicare) aufgebürdet werden. Den zivilen Beschäftigten der Bundesregierung soll eine Lohnkürzung von 5% geboten werden, und 125000 (gleich 12%) sollen entlassen werden, den Pensionären der Bundesregierung soll die Rente eingefroren werden, das bringt 1,5 Mrd. Dollar. Die Streichungen bei den Sozialausgaben würden sich auf real 9,5% belaufen.

Die sogenannte "Middleclass" sind Familien mit Durchschnittseinkommen (ca. 25000 Dollar pro Jahr). Infolge weiterer Kürzung der Studienkredite wird es ihnen noch schwerer fallen, ihren Kindern eine qualifizierte Berufsausbildung zu finanzieren (Eliteuniversitäten kosten ca. 11000 Dollar pro Jahr). Die Kleinunternehmer werden durch Subventionsstreichungen in Höhe von 2 Mrd. Dollar betroffen. Die Subventionen an die Bauern

sollen um 5,6 Mrd. Dollar (ca. 30%) gestrichen werden.

Von der Demokratischen Partei ist zur Zeit wenig bezüglich Budget und schon gar nichts gegen die Militärausgaben zu hören. In der "Washington Post" wird folgende Überlegung gepflegt: Die Demokraten lassen das Budget passieren, um für die 1986er Kongreßwahlen Munition zu haben. Der AFL/CIO hat den Budgetvorschlag abgelehnt und will eine "alternative Lösung" des Defizitproblems auf der Sitzung des Exekutivrats am 18.2. ausarbeiten. Die Gewerkschaft der Regierungsangestellten AFGE plant eine nationale Kampagne gegen die Lohnkürzungen und Entlassungen und für die Erhaltung der sozialen Funktion des Staates. Verschiedene Organisationen der Rentner, auch die mehr konservativen, werden aktiv und suchen eine Koalition mit Arbeiter-, Konsumenten-, Gesundheits-, Kirchen- und Jugendorganisationen. Die

OK TEDI-MINE: DROHUNGEN DER IMPERIALISTEN

Im Februar verfügte die Regierung von Papua-Neuguinea die Schließung der Ok Tedi-Mine, an der BRD-Kapital zu 20% beteiligt ist, binnen 28 Tagen. Grund: Die ausländischen Konzerne zögern wegen des Preisverfalls mit dem Kupferabbau. Premier Somare erklärte, die Schließung könne durch den Beginn des Kupferabbaus verhindert werden. Die australische Presse droht jetzt mit Streichung der Entwicklungshilfe, weil Interessen des australischen Konzerns BHP verletzt würden. — (wom)

"LAND" FÜR DEN FRIEDEN

Die Anerkennung dieses Prinzips ist der erste Punkt der Übereinkunft von Amman, in der Yassir Arafat und König Hussein von Jordanien den Rahmen für die gemeinsame Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz aller betroffenen Parteien erarbeitet haben. Die PLO soll in einer gemeinsamen arabischen Delegation teilnehmen, explizit als die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes. Alle UN-Resolutionen werden anerkannt, darunter die von der PLO bisher stets abgelehnte Resolution 242 ("Flüchtlingsproblem"); betont wird noch einmal das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. "Ein unabhängiger palästinensischer Staat soll im Rahmen einer Konföderation mit Jordanien geschaffen werden." Der von allen arabischen Staaten (mit Ausnahme von Libyen) unterstützte Fes-Plan vom September 1982 (Sicherheit der Grenzen aller Staaten in Nah-Ost, einschließlich eines palästinensischen Staates unter Führung der PLO mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt) soll Grundlage der ge-

meinsamen Handlungen von PLO und Jordanien sein. PLO und Jordanien bestätigen ihre Verpflichtung, das gesamte israelisch besetzte Gebiet zurückzugewinnen (Quelle: Palästina-Bulletin). — (bar)

ANZUS-PAKT: WACKELT US-PAZIFIKFRONT?

Das US-Verteidigungsministerium hat die Teilnahme von US-Truppen am Frühjahrsmanöver des ANZUS-Paktes (Australien, Neuseeland, USA) abgesagt, weil die Labour-Regierung von Neuseeland dem mit Atomwaffen ausgerüsteten US-Zerstörer "Buchanan"

die Anlegeerlaubnis verweigert hat. Bei den Parlamentswahlen im letzten Jahr hatte die Labour-Partei u.a. mit Forderungen nach einer atomwaffenfreien Zone im Südpazifik gesiegt. Der australische Premier Hawke (Labour) billigte zwar nicht die Entscheidung Neuseelands, zog aber seine Zusage zurück, daß die US-Armee ihre Tests im Südpazifik mit der Interkontinentalrakete MX von Australien aus beobachten dürfe. Das US-Verteidigungsministerium befürchtet jetzt auch in Japan Maßnahmen gegen die Operationsfreiheit der US-Marine. — (wom)



800 Delegierte diskutierten am 9.2. auf dem ersten Kongreß der Befreiungsfront Neukaledoniens (FLNKS) seit der Proklamierung der Republik Kanaky am 18.11.84 (Foto) über die weitere Strategie des Kampfes für nationale Unabhängigkeit. Die einmütig verabschiedete Resolution fordert, "den Druck im ganzen Land zu erhöhen, um die Verhandlungen voranzubringen" und weist den örtlichen Kampfkomitees die Aufgabe zu, "Aktionen zur wirtschaftlichen Destabilisierung kolonialer und neokolonialer Interessen zu organisieren". Sie betont, daß "der Kampf nur gewonnen werden kann, wenn das Portemonnaie der ökonomisch Herrschenden attackiert wird." Daneben sollen die Komitees mit dem Aufbau melanesischer landwirtschaftlicher und Handelskooperativen beginnen. Der Plan des Regierungsbeauftragten Pisani, der eine Abstimmung über ein formal unabhängiges, jedoch mit Frankreich assoziiertes und von dort beherrschtes Neukaledonien vorsieht, wurde als "neokolonial" qualifiziert, jedoch als Verhandlungspunkt angenommen. Die französischen Siedler reagierten auf die Beschlüsse mit Provokationen, wie dem Versuch, in melanesischen Dörfern zu demonstrieren und der Forderung nach Auflösung der FLNKS. — (pel)

Bauernorganisation AAM plant einen Protestmarsch nach Washington vom 4. bis 8.3. Die Regenbogenkoalition, eine der wenigen Organisationen, die am Tag von Reagans Amtseinführung eine Demonstration gegen seine Politik durchgeführt hat, wird dieses Jahr eine nationale Organisation aufbauen und will sich an den Kongreßwahlen 1986 beteiligen. J. Jackson wies darauf hin, daß die Minderheiten von den Kürzungen besonders betroffen sind.

Bei der Vorstellung des Budgets werden immer grafische Darstellungen veröffentlicht: Woher kommt es? (das Geld) und: Wohin geht es? Die Zahlen bei dem 1986er Entwurf sind bei den Einnahmen: Einkommenssteuer 37%, Sozialabgaben 30%, Unternehmenssteuern 8%, Leihen 18%. Bei den Ausgaben: Militär 29%, Leistungen an Individuen 41%, Nettozinsen 15%. Das Budget enthält also die Sozialversicherungsbeiträge bei den Einnahmen und die Versicherungsleistungen bei

den Ausgaben. Das sind eigentlich keine Bestandteile des Bundeshaushalts, sondern Treuhandmittel. Die Tatsache der Einbeziehung zeigt schon, wo hin es gehen soll. Bereinigt man das Budget von den Treuhandgeldern (Leistungen = 286 Mrd. Dollar), so ergibt sich folgendes Bild: Einnahmen: Einkommenssteuern 52%, Unternehmenssteuern 11%, Leihen 26%, Transfer aus Treuhandfonds 9%. Ausgaben: Militär 43%, Soziales 22%, Nettozinsen 21%. Die gleiche Berechnung für die letzten 40 Jahre (1947 bis 1986) zeigt, daß die Unternehmenssteuern beständig von 30% auf 10% und darunter gefallen sind, der Transfer aus den Treuhandfonds anfang der 60er Jahre sprunghaft bis auf 8% angestiegen ist und unter Reagan verstärkt angezapft wird. Die Beiträge in die Sozialversicherungen relativ zum Haushalt betrugen 1947 ca. 5%, 1961 21%, 1981 42%, und sollen unter Reagan auf 49% für 1988 steigen. Die Forderungen der Lohnab-

hängigen nach sozialer Sicherung haben also dazu gedient, gewaltig steigende Abgaben neben den Steuern einzuführen, die mehr und mehr zur Finanzierung der Rüstung abgezweigt werden. Seit 1981 übersteigen die Zinszahlungen an die Bankkapitalisten die Unternehmenssteuern, d.h. die Werktätigen allein finanzieren den gesamten Haushalt.

Die Militärausgaben im bereinigten Budget betrugen 1952 68%, sie fielen bis 1981 auf 34% und steigen unter Reagan auf 43% für 1986. Bei aller Gefährlichkeit der Entwicklung weiterer Interkontinental- und Weltraumwaffen darf man nicht übersehen, daß die konventionelle Rüstung unter Reagan überproportional angestiegen ist, was der Interventionspolitik der Reagan-Regierung und ihrem Ziel der Revision der Folgen des Vietnamkriegs entspricht. Quellenhinweis: Budget 1986, Washington 1985 — (ger, her)

DEMONSTRATION GEGEN SS-TREFF GEPLANT

Augsburg. In Nesselwang im Allgäu soll vom 3. bis 13. Mai ein Treffen des "SS-Kameradschaftsverbandes I. Panzer-Korps Leibstandarte Adolf Hitler" stattfinden. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) hat für den 11. Mai eine Großkundgebung dagegen in Nesselwang angekündigt und hat eine Materialsammlung über den Faschistenverein herausgegeben. DGB, Grüne und SPD unterstützen den Protest. Im September soll noch ein SS-Treffen dort stattfinden.

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten von Kempten schrieb einen Leserbrief, in dem sie darauf hinwies, daß der Gastwirt des Restaurant "Krone" in Nesselwang mit "einschlägigen Annoncen in gewissen Publikationen ... mit dem Hinweis wirbt, er sei 'ehem. Angehöriger der SS-Div. Das Reich Rgt. Deutschland, II. Btl., 7.Kp.'", und sprach von "Brechreiz". Beim diesjährigen Treffen wird mit 800 bis 1 000 Teilnehmern gerechnet, für die ein Festzelt aufgestellt werden soll. Der Bürgermeister von Nesselwang will bis zu den Pressemeldungen Anfang Februar keine Ahnung vom Umfang der Veranstaltung gehabt haben. — (ael)

MUSTERPROZESS GEGEN POLIZEIKOSTENGESETZ

München. Am 19.12.84 fand die zweite Verhandlung vor der ersten Instanz des Verwaltungsgerichts München wegen des Polizeikostengesetzes gegen die "Dombesetzter" des "Förderkreis zum Aufbau der feministischen Partei" statt. Sie wollten am 11. November 1983 durch ein dreiwöchiges Fasten im Münchner Liebfrauendom unter der Parole "Helft den Müttern im Kampf gegen die Gewalt: Endlich die Waffen nieder" auf die Kriegsvorbereitungen in der BRD aufmerksam machen. Die Fastenden wurden auf die Anzeige des Pfarrers hin in Polizeigewahrsam genommen. Die Angeklagten sollen die Kosten des Polizeieinsatzes tragen, wogegen sie Klage erhoben. Der dadurch begonnene Musterprozeß wurde im Dezember insoweit erstmal gewonnen, als der Verwaltungsrichter die Sache an das Oberlandesgericht München verwies, also ein Strafprozeß nach der Strafprozeßordnung geführt werden soll. D.h.: Der Klage wurde somit stattgegeben, weil die Erstattung der Kosten des Polizeieinsatzes nur vor dem Verwaltungsrichter durchgehen kann. Der Polizeipräsident und der Freistaat Bayern haben Berufung eingelegt, sonst wären die nachfolgenden Polizeikostengesetz-Urteile rechtsfähig geworden. Die Angeklagten wollen bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Spenden: PschA München, Ktnr.: 28035-804, an: "Der Feminist" — Polizeikostengesetz! — (heg)



Ca. 40000 Gegner der geplanten Wiederaufbereitungsanlage kamen am 16.2. zur Demonstration nach Schwandorf. Die Kundgebungsredner (Schily, SPD-Landrat Schuirer, Bund Naturschutz, u.a.) griffen vor allem die Gefährlichkeit und die Gesundheitsgefährdung durch die WAA an. Der Widerstand soll mit allen legalen und gewaltfreien Mitteln weitergeführt werden. — (mpu)

HPVG: ERFOLG FÜR DGB-UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

Frankfurt. Der hessische Landeswahl hat ein Verfahren vor dem Staatsgerichtshof gegen das neue Personalvertretungsgesetz (HPVG) eingeleitet, da Passagen darin (die Mitbestimmungsrechte des Personalrats bei Rationalisierung, Personalinfosystemen, personellen Maßnahmen ...) unvereinbar mit der Landesverfassung seien. Um dem Verfahren beitreten zu können, führte der DGB eine Unterschriftensammlung durch. Statt der notwendigen 40757 Unterschriften kamen fast dreimal soviele zusammen: 121690. "... Diese Mitbestimmungsrechte sind trotz des Widerstands der Arbeitgeber beschlossen worden ... Arbeitgebern und ihren politischen Freunden paßt das nicht ... Wir müssen die Auseinandersetzung gewinnen." Jochen Richert, hessischer DGB-Vorsitzender, äußerte, eher solle die Verfassung geändert werden, zumal "... die Verpflichtung zum Ausbau der Arbeitnehmerrechte (daraus) abgeleitet werden müsse." (FR, 16.2.85) — (rst)

VORBEREITUNGEN ZUM 8. MAI

Westberlin. Zur Vorbereitung des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai arbeitet die Volksfront in Westberlin an einer Ausstellung, die sich mit Zielen und den Organisationen der Revanchisten sowie der Vertreibungslegende befassen soll. Gemeinsam mit dem "Westberliner Unabhängigen Plenum" (WUP) wird eine Veranstaltung gegen die revanchistischen Ziele von Regierung und Vertriebenverbände vorbereitet. Von der Friedenskoordination in Westberlin wird zu einer Kundgebung am 8. Mai aufgerufen, die auch von der Volksfront unterstützt wird. Die Volksfront in Westberlin plant paral-

l el dazu gemeinsam mit anderen Organisationen, ein antifaschistisches Informationsblatt für Westberlin herauszugeben. Bisher beteiligen sich daran folgende Organisationen:

Die Volksfront, die Autonomen aus dem Georg-von-Rauch-Haus, die SEW und wahrscheinlich die ATIF. — (gug)

REAKTIONÄRE OFFENSIVE IN DER KIRCHE

Elmshorn. CDU-Politiker haben zusammen mit reaktionären Kräften in der Kirche einen "Nordelbischen Aufruf" gegen "Linkstendenzen in der Kirche" verfaßt. Federführend dabei sind CDU-MdB Ingrid Roitzsch und das Pastorenehepaar Motschmann (J. Motschmann, Hrsg. "Rotbuch Kirche" 1978; seine Frau ehem. 2. Vorsitzende der Konservativen Aktion). In dem Aufruf heißt es: "Wir fragen ... Ist der Staat nicht mehr gnädige göttliche Ordnung, in dem auch Rechtsgehor sam geschuldet wird?" Der Nordelbischen Kirche wird vorgeworfen: "1. Amtsträger der Kirche betreiben öffentliche Staatshetze." Die Kirche verteile Publikationen, in denen es heiße, "die Bundeswehr sei durchsetzt mit unbelehrbaren Kriegstreibern und diene der Vorbereitung auf 'Angriffs kriege für die NATO'." "2. Amtsträger der Kirche fordern zum Rechtsbruch auf. 27 Pastoren aus Nordelbien appellieren ..., 'jede Form des Kriegsdienstes zu verweigern'." "3. Die Kirche duldet Angriffe auf Ehe und Familie", auf die "traditionellen Wertvorstellungen unseres christlichen Kulturkreises (wie zum Beispiel Nächstenliebe, Gehorsam, Ordnung)", sie dulde und fördere die feministische Theologie. — Die Synode "mißbilligte" zwar den Aufruf, die Kirchenleitung beeilte sich aber, darauf zu verweisen, sie habe den "Brief zur Verweigerung aller Kriegsdienste" scharf verurteilt. — (chb)

Arbeitszeitverkürzung Druckindustrie

"VIER NÄCHTE SIND GENUG" KONTRA FLEXIBILISIERUNGSBESTREBUNGEN

München. "Achtung! Flexibilisierungsorgien unternehmerseits geplant", so ist die Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung der IG Druck München überschrieben, wo es um die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung geht.

Den Rundschreiben der regionalen Druckkapitalistenverbände ist die ganze Palette der Flexibilisierungsabsichten zu entnehmen. Sie reicht von der Bündelung zu freien Tagen (z.B. Heiligabend, Sylvester) bis hin zu wechselnden Tages- oder Wochenarbeitszeiten: Montag bis Mittwoch je 10 Stunden, Donnerstag 8,5 Stunden, Freitag frei. Oder eine Woche 45 Stunden, die nächste 33,5 Stunden. "Überstundenzuschläge entfallen", frohlockt der Verband. Einziges Hindernis: Solche Arbeitszeiten müssen über einen längeren Zeitraum festgelegt und mit dem Betriebsrat vereinbart sein.

Die IG Druck stützt sich in ihren Vorschlägen an die Belegschaften auf das Argument, daß im neuen Manteltarif weder individuelle Flexibilisierung noch Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Maschinenlaufzeiten vereinbart ist. So soll im Ein- und Zweischichtbetrieb die Arbeitszeit freitags um 1,5 Stunden verringert werden, so hätten die Spätschichtarbeiter 3 Stunden eher Schlaf. Im Dreischichtbetrieb soll die Arbeitszeitverkürzung zu freien Tagen gebündelt werden. Ende Dezember einigten sich Betriebsräte aller 18 Tiefdruckereien im Bundesgebiet auf die Parole: "Vier Nächte sind genug". Neun freie Tage aus der Arbeitszeitverkürzung und 6 zusätzliche Urlaubstage für Tiefdrucker sollen so geregelt werden, daß jeweils die Nachschichten von Freitag auf Samstag entfallen.

Auf welch erbitterten Widerstand

diese Forderung bei den Kapitalisten stoßen wird, machen Auseinandersetzungen in zwei Münchener Tiefdruckereien im Vorfeld deutlich:

Tiefdruckerei Thiemig: Die Geschäftsleitung fordert seit geraumer Zeit die Zustimmung zu regelmäßiger Samstagsarbeit an der größten und modernsten Rotationsmaschine. Im Streik hatte sie dafür bereits die stufenweise Einführung der 25-Stunden-Woche im ganzen Betrieb angeboten. Jetzt sollen die Drucker freiwillig 3900 DM Grundlohn (Tarif 2900) erhalten, den Helfern wurde nichts geboten. Mit jedem zusätzlichen Produktionstag überträgt die Maschine etwa 10000 DM ihres Werts auf die Produkte, der Extraprofit wäre erheblich. Die versprochene Lohnerhöhung wirkt auf die Maschinenbesatzung, die Front gegen die Samstagsarbeit bröckelt. Und ist sie bei Thiemig erst einmal eingeführt, werden andere Tiefdruckereien mit Hinweis auf drohende "Wettbewerbsnachteile" (Mantelta-

rifvertrag) nachziehen wollen.

Tiefdruckerei Bruckmann: Die Geschäftsleitung hat beim Betriebsrat generell Zustimmung zu Schichtausweitung im gesamten Produktionsbereich beantragt, um sich alle Flexibilisierungsmöglichkeiten offenzuhalten. Der Betriebsrat hat widersprochen, aber in zwei konkreten Fällen schwere Niederlagen eingesteckt: Er erreichte zwar eine einstweilige Verfügung gegen die einseitige Schichtausweitung in zwei Abteilungen, aber die Geschäftsleitung schlug brutal und erfolgreich zurück: Abspaltung einer der betroffenen Abteilungen zu einer selbständigen Firma innerhalb des Betriebs, 10 Kündigungsanträge für die zweite Abteilung, den Offsetdruck. Auf einer unmittelbar folgenden Abteilungsversammlung gelang es dem Betriebsrat nicht, den Widerstand gegen die Schichtausweitung aufrechtzuerhalten, der Betriebsrat gab nach.

Trotz erheblicher Propaganda über die Auswirkungen der Schichtarbeit auf Gesundheit und Lebensbedingungen durch den Vertrauensleutekörper gelang es somit nicht, der gekonnten Mischung aus finanziellen Anreizen, Kündigungsdrohungen und angeblichen "Sachzwängen" erfolgreich entgegenzutreten. — (chs)



Knochenarbeit, Schicht, Lärm und Dämpfe: Helfer in der Rotation.

ÄRZTE LEHNEN ERFASSUNG FÜR DEN KRIEGSFALL AB

München. Mehr als 450 Mediziner kamen zur außerordentlichen Mitgliederversammlung des "Ärztlichen Kreis- und Bezirksverbandes München" im Januar. Tagesordnungspunkte waren die "Katastrophenmedizin" und der Referentenentwurf zum Zivilschutzgesetz, der gravierende Maßnahmen für die Ärzte im "Ernstfall" vorsieht. Mit großer Mehrheit verurteilten die Ärzte "die positive Stellungnahme der Bundesärztekammer zu diesem Entwurf". Nach diesem Entwurf würden z.B. Ärzte im Kriegsfall zwangsverpflichtet. Die Ärzte lehnen das geplante Gesetz ab, weil es

"im Kriegsfall sinnlos und im Frieden bereits politisch gefährlich ist". Abgelehnt wurde auch die Verpflichtung zum Bunkerbau, da dieser "medizinisch nutzlos, politisch gefährlich und eine Verschwendug von Steuergeldern" sei. Der Münchener Stadtrat wurde aufgefordert, den "weiteren Ausbau von Bunkerkapazitäten in München zu stoppen". Außerdem wollen die Ärzte u.a. folgende Fragen beantwortet wissen: "Gibt unser Verband oder die Landesärztekammer — wie bereits in Hessen geschehen — Daten von Ärzten an die Wehrbereichsbehörden weiter? Liegen bereits Pläne zur Dienstverpflichtung von niedergelassenen Ärzten vor?" Im letzten Antrag lehnten die Ärzte eine Fortbildung in

der sogenannten "Katastrophenmedizin" ab, statt dessen wollen sie die Bevölkerung über Wirkungen und Folgen von ABC-Massenvernichtungswaffen auf einer großen Veranstaltung aufklären.

Der ÄKBV-Vorstand, der gegen die Anträge war, will nun die Beschlüsse der Mitgliederversammlung von der Regierung von Oberbayern überprüfen lassen.

Auf einem Vorbereitungstreffen zu dieser Mitgliederversammlung hatten 30 Münchener Ärzte mit ihrer Unterschrift die Forderungen nach Aufhebung der Isolationshaft und für Zusammenlegung der politischen Gefangenen in einer Resolution unterstützt. — (kag)

Drittmittforschung

KAPITALISTEN BENUTZEN HOCHSCHULEN ALS AUSGELAGERTE FORSCHUNGSASTELUNGEN

Mannheim. Eines der Hauptziele der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) ist die "Befreiung der Drittmittforschung von administrativen Schwierigkeiten". Drittmittel sind Gelder, die den Hochschulen außerhalb der ordentlichen Landesmittel zufließen. Die Drittmittegeber sind in der BRD hauptsächlich bundes- oder ländereigenen Einrichtungen und Stiftungen sowie Ministerien. 1982 erhielten die westdeutschen Hochschulen 1,57 Mrd. DM Drittmittel, wovon 809 Mio. durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert wurden. Insgesamt stammten 90 % der Drittmittel aus öffentlichen Haushalten und – das wird als "bedenklich gering" bezeichnet – 10 % aus der Wirtschaft (Zitate und Zahlen aus einer Broschüre des Bundesbildungministeriums).

Was ist das besondere an Drittmitteln? Diese werden für einen bestimmten, genau festgelegten Forschungsauftrag vergeben, der Zeitraum der Finanzierung ist begrenzt. Danach bestehen für den Drittmittegeber keinerlei finanzielle Verpflichtungen mehr (etwa Aufkommen für Personalkosten u.ä.). Drittmittel sind flexibel einsetzbar und abziehbar, je nach Erfordernissen der kapitalistischen Konkurrenz. Je nach Qualität (im Sinne des Auftraggebers) kann ein Drittmittauftrag verlängert werden oder nicht. Über Drittmittel wurde in der BRD seither vor allem die Grundlagenforschung abgewickelt, künftig soll mehr für die Kapitalisten direkt verwertbare Forschung geleistet werden (Stichwort Technologietransfer).

Nach alter HRG-Vorschrift mußte der Drittmittelempfänger (gewöhnlich ein Professor) von der Universitätsleitung die Genehmigung zur Forschung mit Drittmitteln einholen. Meist wurden die Gelder von der Universität verwaltet, in manchen Bundesländern wurden die Drittmittel in den Haushaltsplänen der Hochschulen ausgewiesen. Diese "administrativen Schwierigkeiten" fallen im neuen HRG weg. Der Empfänger muß lediglich anzeigen, daß er Drittmittel erhält. Eine irgendwie geartete öffentliche Kontrolle und Rechenschaftslegung soll nicht mehr stattfinden. Wohin das führt, mag folgender Vorfall zeigen:

Als der Tübinger DGB wissen wollte, mit welchen Unternehmen die dortige Universität forscht, erhielt er vom Wissenschaftsministerium zur Antwort: "Die Zusammenarbeit von Unternehmen mit der Universität ... bedarf von der Natur der Sache her, einer vertraulichen Behandlung ... Es

ist deshalb nicht möglich, Außenstehenden, in dieser Hinsicht ist auch der DGB ein Außenstehender, über bestehende Kooperationen mit Industrieunternehmen zu unterrichten" (Erziehung und Wissenschaft 2/85).

Ein fortgeschrittenes Beispiel für die Zusammenarbeit Industrie-Hochschule bietet die Universität Karlsruhe. Die Karlsruher Universität ist technisch-naturwissenschaftlich ausgerichtet, ihre größten Fakultäten sind die Wirtschaftswissenschaften, der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Informatik. Von den 250 Mio. DM Haushaltssmitteln 1985 sind 70 Mio. über Drittmittel gedeckt. "Ohne diese Gelder könnte – gerade bei der gegenwärtigen Stagnation der öffentlichen Mittel für die Universitäten – der erreichte Standard in Forschung



IBM-Vorsitzender Sparberg wird zum Ehrensenator der Karlsruher Uni

und Lehre nicht mehr aufrecht erhalten werden", erklärte der Karlsruher Rektor bei der Vorlage des Haushaltstes.

Der Schwerpunkt der Karlsruher Forschung liegt im Bereich der Mikroelektronik und Informatik. Ende 1983 schloß die Universität mit der IBM ein Übereinkommen, "in der wissenschaftlichen Förderung der Informatik und ausgewählter Anwendungsbereiche, die von besonderer industrieller und volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, zusammenzuarbeiten". Die IBM stellt Grundausstattung in Hard- und Software zur Verfügung, mit der die Universität in die gewünschte Richtung forschen kann. Zum einen geht es um die "Schaffung eines zukunftsweisenden Universitätsrechnernetzes als Prototyp für vernetzte Multirechner-Systeme", zum anderen soll die Ausbildung in Informatik und den an-

grenzenden Fachbereichen praxisnäher gestaltet werden. Gemeinsam mit der IBM wurden zu diesem Zweck neue Lehrplaninhalte ausgearbeitet. Selbstverständlich kann IBM kostenlos die Ergebnisse dieser Forschung benutzen.

Im Februar 1984 wurde das Fachinformationszentrum Informatik eröffnet. Alle Kapazitäten, die Karlsruhe in der Informatik aufzubieten hat, wurden unter einem Dach zusammengefaßt. Anfänglich arbeiten dort 50 Wissenschaftler, später soll deren Zahl auf 100 erhöht werden. "Schwerpunkt der Arbeiten ist die Entwicklung von Methoden, Techniken und Werkzeugen der Informatik für die Anwendung im Produktions- und Dienstleistungsbereich, deren Bereitstellung für Gewerbe und Industrie und die Beratung bei deren Einsatz." Ministerpräsident Späth sieht darin den Abbau des "Defizits bei der raschen Umsetzung von Erkenntnissen der Grundlagenforschung in anwendungsnahe und industrielle Entwicklungen". Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch den Verkauf der Ergebnisse (das garantiert die Orientierung am Interesse der Kapitalisten), wie durch kostenlosen Rückgriff auf die Ressourcen der Universität.

Quellenhinweis: HRG-Novelle – 22 Fragen und Antworten; Erziehung und Wissenschaft; div. Ausgaben Uni-Mitteilungen Karlsruhe. – (thh)

§ 218

IN HAMBURG KEINE PROBLEME?

Hamburg. Zur bundesweiten Demonstration gegen den § 218 in Köln am 23. Februar rufen in Hamburg neben zahlreichen Frauengruppen und Fraueninitiativen u.a. auf: HBV Ortsfrauenausschuß, GEW Ortsfrauenausschuß, Deutsch-Ausländische Begegnungsstätte St. Pauli, INCI, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Jusos, DKP Frauenausschuß, SDAJ, Mädchengruppe der GAL, KB, Pro Familia Landesverband.

In Hamburg gehen die ärztlichen Standesorganisationen gegen die Beratungsstellen von Pro Familia und Arbeiterwohlfahrt und gegen deren Familienplanungszentrum (FPZ) vor. Im FPZ werden sowohl Schwangerschaftsberatung als auch Abbrüche durchgeführt. Die dort arbeitenden Ärzte haben keine Sonderstellung, sie sind den Schwestern und Sozialarbeitern gleichgestellt. Die Beratung charakterisiert die Geschäftsführerin des FPZ in einem Interview: "Wir gehen von dem Prinzip aus, daß eine Frau weiß, was sie will ... Die Beratung über soziale Hilfe für den Fall einer Mutterschaft machen wir immer. Das

ist unser gesetzlicher Auftrag. Im übrigen reden wir mit den Frauen darüber, wie der Abbruch verläuft, über ihre Ängste, über frühere Erfahrungen mit Schwangerschaftsabbrüchen etc. Wir lehnen den Beratungszwang ab."

Solche Praxis rief den "Berufsverband der Frauenärzte e.V.", in dem die meisten Hamburger Frauenärzte Mitglieder sind, auf den Plan. In einem Rundbrief wird u.a. vor folgenden "Gefahren" gewarnt: "Da wir ausreichend qualifizierte Ärzte in diesem Bereich haben, die neben Schwangerschaftsabbrüchen auch die Genehmigung zur sozialen Beratung haben (jetzt über 400!) geben wir zu bedenken, ob Überweisungen an Pro Familia-Stellen und das Familienplanungszentrum überhaupt notwendig sind; denn diese Einrichtungen sind Pilotprojekte zur Einführung der Staatsmedizin ... Inzwischen ist uns nach persönlicher Aussage bekanntgeworden, daß Frauen in der Konfliktsituation im Familienplanungszentrum nur dann beraten werden, wenn sie es wünschen, und das ist eindeutig kontralegal. Dem ... Arzt kann strafrechtliche Verfolgung drohen, wenn er trotzdem einen Schwangerschaftsabbruch durchführt. Erklärt er sich aber mit dieser Arbeitsweise einverstanden, dann macht er sich außerdem zum Befehlsempfänger von Sozialarbeiterin in einem staatlichen Modell und begibt sich seiner ärztlichen Freiheit." — (bab)

Ausländische Schüler

LANDESREGIERUNG: "ENTSPANNTE LAGE"

Hildesheim. Oktober 1984 legte die Landesregierung eine Antwort auf eine große Anfrage der SPD im Niedersächsischen Landtag vor. Kultusminister Oschatz nahm dies zum Anlaß auf die "beachtlichen Leistungen der niedersächsischen Schulen hinsichtlich der Eingliederung der ausländischen Kinder und Jugendlichen" hinzuweisen. Daß die Schulen diese Leistungen erbringen, mag sein, daß die Landesregierung dies erleichtert hätte, geht aus dem Bericht nicht hervor. Die Gesamtkonzeption zu ändern, sieht er keinen Anlaß, obwohl er einräumt: "Hier und da hören Schule und Schulverwaltung den Vorwurf, die schulischen Maßnahmen zur Eingliederung der ausländischen Schüler seien unzureichend." Aber dafür gäbe es ja z.B. Vermittlung islamischer Glaubensinhalte im muttersprachlichen Unterricht.

Was die Landesregierung mit Zufriedenheit hervorhebt: Die Zahl der ausländischen Schüler hat sich verringert. Im Schuljahr 1984 ist die Zahl der Schüler gegenüber dem Vorjahr um ca. 10% gesunken. In der Tat: ras-

sistische Hetze, politische Unterdrückung, der Druck des Arbeitsmarktes haben ihre Wirkung gezeigt. Eine weitere "Leistung": Die Zahl der Schüler ohne Hauptschulabschluß habe sich von 53,7% im Schuljahr 77/78 auf 37,1% verringert. Die Drohung, das Nachzugsalter auf sechs Jahre zu senken, habe die Zahl der Seiteneinsteiger gesenkt. Tatsache aber: die absolute Anzahl der Schüler, die ohne Hauptschulabschluß abgehen, hat sich von 1977/78 (709) auf 1982/83 (1223) fast verdoppelt. Das Hauptproblem dürfte nach wie vor die mangelnde sprachliche Ausbildung der ausländischen Schüler sein. Dies wäre lösbar. Immerhin können Diplomaten in Schnellkursen ausländische Sprachen in wenigen Monaten erwerben. Hier will aber die Landesregierung keinen Handschlag mehr tun als bisher. Zur Begründung ihrer ausreichenden "Leistungen" weist die Landesregierung auf die "niedrige" Klassenfrequenz der Grundschulen mit 21,7 hin.

Eine Einführung von Nationalitätenschulen oder zweisprachigen Klassen beabsichtigt die Landesregierung zwar nicht, immerhin fördert sie die Zahl der Schüler, die ihre Muttersprache als erste Fremdsprache wählen. Dies sind vorwiegend türkische Schüler. Die Landesregierung räumt selbst ein, daß solche Abschlüsse "de facto nicht als gleichwertig betrachtet werden können".

Gut ist dagegen die Zusammenarbeit mit den faschistischen Kräften: Ausländische Lehrer, also auch z.B. die türkischen, werden "im Benehmen mit den Konsulaten eingestellt". Kurdische Schüler werden nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet, weil "die keine Amtssprache der Türkei ist". Die Koranschulen werden nicht geschlossen, obwohl im "Einzelfall rechts-extremistische Beeinflussung der Kinder" verzeichnet wurde. Die Idealistenvereine (Graue Wölfe) werden ausdrücklich nicht als faschistisch, sondern als nationalistisch und antikommunistisch bezeichnet, und müssen daher nicht verboten werden. Quellenhinweis: Ausländerkinder in Niedersachsen, Oktober 1984 — (wop)

Universität Bielefeld DEMONSTRATION GEGEN ASTA-DURCHSUCHUNG

Bielefeld. Am 31.1. demonstrierten etwa 700 Studenten der Bielefelder Universität gegen die Novelle des HRG und forderten die Einstellung sämtlicher Kriminalisierungsmaßnahmen gegen die verfaßte Studentenschaft. Vorausgegangen war am 31.12.84 die Durchsuchung der ASTA-Räume, wobei die Staatsanwaltschaft Bielefeld zahlreiche Akten, u.a. Finanzunterlagen, Flugblätter, Sit-

zungsprotokolle, Plakate und Notizbücher beschlagnahmte. Gegen etwa 40 Mitglieder der ASTA der vergangenen fünf Jahre (nicht gegen die derzeitigen) wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen Veruntreuung studentischer Gelder, d.h. wegen Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats. Die ASTA, getragen vom MSB, Jusos, SHB und Egal (Grüne), nahmen teil u.a. an Aktivitäten der Friedensbewegung, verurteilten die US-Angriffe auf Nicaragua und unterstützten die Gewerkschaften beim Kampf um die 35-Stunden-Woche. Hätte die Durchsuchung einen Tag später stattgefunden, wären die



Demonstration von 700 Studenten in Bielefeld am 31.1.

"Delikte" gegen den ersten der beschuldigten ASTA verjährt gewesen.

Der Durchsuchung und den Ermittlungsverfahren war eine Kampagne vorausgegangen von einer Koalition der Reaktionäre: Der RCDS wurde immer wieder beim Rektor vorstellig, um Aushänge von linken Studentengruppen in der Uni-Halle verbieten zu lassen. Vor der Rektorwahl im November nötigte die bei Wahlen kandidierende Professorenliste "Offene Mitte" den Rektor u.a. zu der Zusage, die "politische Ausgewogenheit ... (im) äußeren Erscheinungsbild des Universitätsgebäudes, vor allem seiner zentralen Halle" sicherzustellen; das wurde inzwischen durch eine "Zensur"richtlinie zur Plakatierung erfüllt. Der Landesrechnungshof, den Beschäftigten wegen seiner — gescheiterten — Abgruppierungspläne in schlechter Erinnerung, prangerte in seinem Bericht den ASTA wegen Veruntreuung von Geldern und Wahrnehmung des politischen Mandats an und die Uni-Leitung wegen "ungenügender Rechtsaufsicht". Die faschistoiden Vereinigung Western Goals erstellte ihr Pamphlet "Bielefeld auf dem Weg ins rot-grüne Abseits?" Die rechten "Reservisten an der Uni Bielefeld" wagen sich hervor. Das Ganze wird in der Presse unterstützt von der CDU/CSU-Propaganda des Westfalenblatts. — (elb)

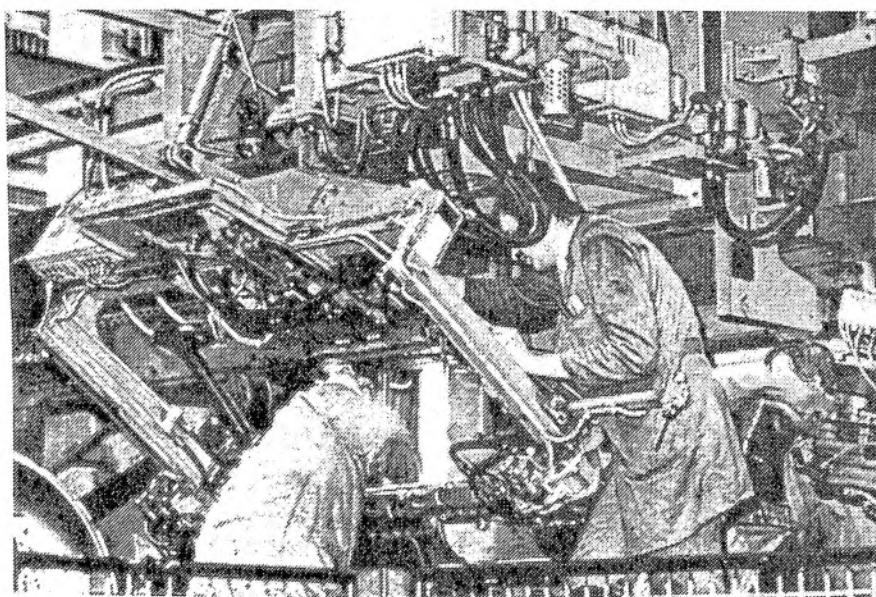
Neue Montagehalle bei AUDI

FERTIGUNG FLEXIBILISIERT – JETZT SOLLEN DIE ARBEITSZEITEN FOLGEN

Heilbronn. Seit einem knappen halben Jahr ist bei Audi in Neckarsulm eine neue Montagehalle in Betrieb. Mit diesem 230 Millionen-Projekt sei das Werk eine der modernsten Autofabriken der Welt. Zur Bedeutung schreibt Audi: "Die Montage ist ein Werksbereich, der noch einen relativ hohen Anteil manueller Tätigkeiten aufweist. So stellt die Montage in dem noch längst nicht abgeschlossenen Prozeß der Neustrukturierung von Fertigungsanlagen einen Bereich mit großem Innovationspotential dar. Das vorhandene Mechanisierungspotential auszuschöpfen – das ist eine Zielsetzung, die den Weg zeigt, den Audi na-

Rechnung getragen. Diese werden bei VW bereits in Serie für den Golf getestet. Schätzungsweise die Hälfte der jetzt 4000 zweischichtig Beschäftigten in der Montage wird dann bei voller Kapazitätsauslastung ausreichen.

Ein weiteres Ziel ist die "Flexibilisierung der Produktion". Der Aufbau der Fahrzeuge geschieht nicht in großen Serien bestimmter Typen, sondern als Auftragsfertigung nach vorliegenden Bestellungen. Hunderte von verschiedenen Ausstattungsversionen samt verschiedenen Länderausführungen laufen bunt gemischt übers Band. Aus EDV-Ausdrucken, die an



Arbeitsetze bei Störungen in der automatisierten Produktion – das Band darf nie stillstehen.

türlich auch in der Montage gehen wird."

Nicht minder interessiert an einer neuen Montagehalle war der Betriebsrat. Auf mehreren Betriebsversammlungen wurde versucht, den Vorstand dazu zu "überreden", und baldiger Baubeginn gefordert. Das Interesse des Betriebsrates war dabei: Sicherung der Arbeitsplätze des kleinsten Werkes im Konzern, Ende der wirklich unerträglichen Enge in der alten Montage sowie eine Entspannung bei Hochkonjunktur durch erhöhte Tageskapazität. Statt früher 400 sind nun über 600 Fahrzeuge pro Tag möglich. Nach Inbetriebnahme der neuen Halle kündigte der Betriebsrat eine gegenüber früher härtere Haltung zu Sonderschichten an.

Die neuen Montagebänder sind länger und breiter geworden. Damit wurde dem Platzbedarf später zur Verfügung stehender Montageroboter

den Wagen hängen, müssen die Beschäftigten den jeweiligen Montageumfang entnehmen.

Was für Audi flexibles Reagieren auf Händlerbestellungen darstellt, ist für Beschäftigte und Zulieferer eisernes Regime. Die durch EDV erstellten Produktionsprogramme müssen erfüllt werden. Jede Störung in der Produktion, jeder Qualitätseinbruch müssen durch Mehrarbeit ausgeglichen werden. Für Nacharbeit, Endkontrolle, Einfahrer usw. sind freie Wochenenden eine Seltenheit. Bei zusätzlichem Bedarf wurden Nachschichten und Sonntagsarbeit eingerichtet.

Mehrere Milliarden DM wird der Konzern einsparen durch verkürzte Umschlagzeiten des Kapitals. Nach dem Vorbild der japanischen Autoindustrie wurde der Lagerbestand drastisch eingeschränkt. Mit den Produktionsprogrammen werden auch die

Liefereinteilungen der Zulieferer organisiert, flexibel nach den jeweiligen Marktschwankungen. Der Leiter der IG-Metall, Abteilung Automation und Technik, kennzeichnet dieses System der Autokonzerne: "Das setzt eine Vielzahl von Klein- und Kleinstbetrieben voraus, in denen rund um die Uhr unter ausbeuterischen Bedingungen und unter Strafe des Unterganges gearbeitet wird".

Mit der neuen Montage ist die Teileanlieferung neu organisiert worden. Sie erfolgt nun direkt zur Montagehalle in automatisierte Lager, die über Förderzeuge mit den Bändern verbunden sind. Direkt unter den Bändern ist der größte Teil der Vormontage aufgebaut, ebenfalls über Förderzeuge verbunden.

Nach Flexibilisierung der Produktionstechnik fordert Audi die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Fakten sind gesetzt. Trotz sechs Wochen Produktionsausfall durch Aussperrung fiel die Zahl der produzierten Fahrzeuge nur um 4% im Jahr 1984. Durch Sonderschichten und einschichtige Produktion während der Werksferien wurde der größte Teil der 46000 "ausgefallenen" Fahrzeuge wieder nachgearbeitet.

Dazu wurden auch befristete Arbeitsverträge abgeschlossen. Die damals getätigten Neueinstellungen sollen bereits den zum 1.4. nötigen Personalausgleich darstellen. 40% der verkürzten Arbeitszeit sollen durch Erhöhung der Produktivität herausgeholt werden. Die Gleitzeit in den "unproduktiven Bereichen" ist inzwischen auf Lohnempfänger ausgedehnt worden. Die vom Betriebsrat geforderte Regelung von neun freien Tagen will der Vorstand allenfalls im Akkordbereich und als Einteilung nach den Erfordernissen des Betriebes. Wie weit der Vorstand gehen will, machte er Ende 1984 durch einen "Ideenwettbewerb" deutlich: In der Umfrage sollten neue Ideen zu Arbeitszeit und Vorruestand abgegeben werden. Die Hinfeststellungen im Fragebogen waren dabei u.a.: "Man kann ja z.B. täglich etwas mehr arbeiten, um die angesparten Stunden im Block frei zu nehmen; montags frei haben, dafür am Samstag arbeiten; im Winter (Sommer) länger arbeiten, um im Sommer (Winter) mehr Freizeit zu haben." Der Rücklauf der Fragebögen war äußerst gering. Auch die Fragen zum Vorrueststand waren direkt gegen die Forderung des Betriebsrates nach einer 59er-Regelung gerichtet. Alle "Anregungen" gingen von voller Lohn- und Rentenminderung bei Vorruestandsmodellen aus. Der Betriebsrat kritisierte die Umfrage als "schlechten Stil", hat aber nichts Wirkliches in der Hand gegen die Forderung nach uneingeschränkter Nutzung der betrieblichen Kapazität und weitergehender Flexibilisierung. – (bes)

Werkzeugmaschinenbau BESCHLEUNIGTE KONZENTRATION

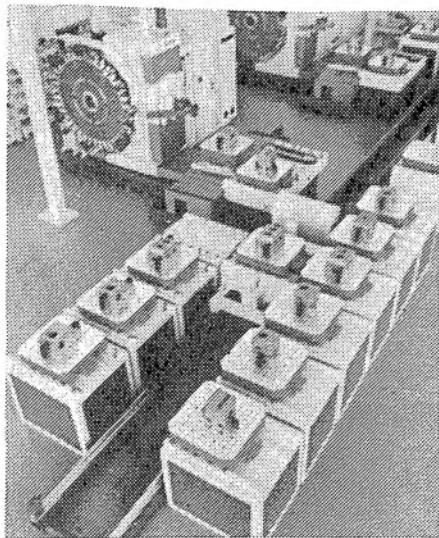
Westberlin. In einem Brief an den Aufsichtsrat der DIAG hat der Bundeswirtschaftsminister diesen aufgefordert, alle Schritte der Geschäftsführung zu unterstützen, die auf eine Privatisierung der Werke Fritz Werner in Westberlin und Kolb in Köln im Rahmen einer Kooperation mit Gildemeister, Schieß und Pittler abzielen.

Zum Verständnis des Hintergrunds dieser Entwicklung. Die Hauptabnehmer des Werkzeugmaschinenbaus sind die Kfz-Industrie und der Maschinenbau. In beiden Industriezweigen haben sich die Anforderungen an die Werkzeugmaschinen entscheidend erhöht. In der Kfz-Industrie führt ein Ansteigen der Modell- und Variantenzahlen, sowie das Bestreben Lager abzubauen, um den Kapitalumschlag zu beschleunigen, zur Fertigung kleinerer Losgrößen. Im Maschinenbau werden mit der Komplexität der Maschinen die Teilezahlen höher, die Seriengrößen kleiner und die kundenspezifische Fertigung nimmt zu, so daß auch hier die Losgrößen der einzelnen Teile sinken. Dies führt bei der Produktion mit herkömmlichen Werkzeugmaschinen zu einer Erhöhung der Stillstandszeiten, bedingt durch Rüstzeiten für Werkzeuge und -stücke.

Diese Entwicklung macht für diese Kapitalisten den Erwerb flexibler Fertigungssysteme (FFS) notwendig. Mit diesen FFS werden mehrere CNC-Bearbeitungszentren verknüpft, mit einem gemeinsamen Werkstück- und Werkzeugversorgungssystem versorgt. Die Maschinenlaufzeiten werden dadurch von den Rüstzeiten für Werkzeuge und Werkstücke abgekoppelt. Auch die Fertigung kleiner Losgrößen führt nicht mehr zu Stillstandszeiten der Bearbeitungszentren.

Die Entwicklung und der Bau dieser FFS setzen im Werkzeugmaschinenbau wegen der hohen Entwicklungs- und Systemkosten eine weiter steigende Kapitalkonzentration voraus, die bereits mit dem Bau von CNC-Maschinen sprunghaft anstieg. Trotzdem ist die Konzentration in der BRD im Vergleich zum Hauptkonkurrenten Japan schwächer entwickelt. Während in der BRD 22% der Werkzeugmaschinen in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten gebaut werden, sind dies in Japan 53,1%. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß die BRD seit 1980 nicht mehr der größte Werkzeugmaschinenhersteller in der Welt ist und die hohe Exportquote von 60% um 8% gesunken ist.

In der BRD und Westberlin hat bisher nur Werner und Kolb gestützt auf das Kapital der DIAG Flexible Fertigungssysteme entwickelt, ist aber auch nicht in der Lage, alleine die



Palettenstation des FFS.

Entwicklung und den Bau dieser Systeme weiter zu bewältigen. Deshalb streben Banken und BRD-Regierung den Zusammenschluß mit Gildemeister, Pittler, Schieß an, möglichst angelehnt an Messerschmidt-Bölkow-Blohm zu einem großen Konzern.

Für die Belegschaften in den einzelnen Werken zeichnen sich in diesem Zusammenhang, einschneidende Veränderungen der Arbeitsbedingungen ab. Als erstes soll die mechanische Fertigung spezialisiert werden. Für das Fritz Werner Werk hat die Betriebsführung bereits die Anschaffung neuer Maschinerie angekündigt, verbunden mit Entlassungen und Einführung einer dritten Schicht. — (kla)

Ausländervertreibung WALLMANN UND DIE FASCHISTEN

Frankfurt. "Frankfurts Ausländerproblem liegt in ihrer Hand" — ein Aufruf zum Ausländerprogramm? Eine Wahlanzeige für den CDU-OB. "Festigkeit mit Wallmann", heißt es weiter, "Wallmann ist dagegen, jugendliche Straftäter unter 21 Jahren nicht mehr auszuweisen ...". Wallmann ist gegen ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ... Der Erlass des hessischen Innenministers wird auch in Zukunft nicht befolgt, weil es unmenschlich ist, daß 16- bis 18jährige Ausländer, die nicht deutsch sprechen, zu uns nachziehen dürfen. Denn sie werden weder einen Ausbildungs- noch Arbeitsplatz bekommen und deshalb auf der Straße liegen..."

Von den Kirchen, verschiedenen deutsch-ausländischen Initiativen, dem DGB zusammen mit ausländischen Organisationen, der SPD und den GRÜNEN gibt es eine breite Front der Empörung und Kritik an der Anzeige unter dem Motto "Wehret den Anfängen". Richtig wird darauf hingewiesen, daß die CDU die Faschisten

formlich dazu einlädt, tätig zu werden. Was auch geschieht: Abgesehen davon, daß zwei faschistische Listen zu den Kommunalwahlen kandidieren — FAP und SVP — ruft die FAP zu einer überregionalen Demonstration am 23.2. in Frankfurt "Gegen Ausländerkriminalität" auf. "Ausländer raus! Damit Frankfurt sicherer und sauber wird. Da sowohl die Rauschgift- als auch die Bandenkriminalität ein bevorzugtes Betätigungsgebiet krimineller Ausländer aller Nationalität sind, stellt es kein Problem dar, diese Art der Kriminalität zum Verschwinden zu bringen ..." (Flugblatt der FAP). "Alle deutschdenkenden Menschen aus ganz Mitteleuropa" werden im österreichischen Faschistenblatt "Sieg" zur Teilnahme an der Demonstration aufgefordert.

Bei einer solchen Offensive reaktionärer und faschistischer Kräfte ist es schlecht, daß die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer von der SPD nicht erhoben wird. Aktuell sind in Frankfurt 24% der Bevölkerung über 18 Jahre nicht wahlberechtigt, weil sie Ausländer sind. Die Forderung könnte die Front gegen die reaktionäre Ausländerpolitik vereinheitlichen und Chauvinismus bekämpfen. Die GRÜNEN ihrerseits stellen diese Forderung auf, treten im Wahlaußschuß aber nicht gegen eine Kandidatur von FAP und SVP auf, da sie den Faschisten gleiche demokratische Rechte zugestehen.

Gegen die Demonstration der Faschisten, die von Peter Müller, führendes Mitglied der inzwischen verbotenen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands und der ANS/NA, angemeldet wurde, hat sich inzwischen eine Aktionseinheit gebildet. Die Demonstration genauso wie die Stände der FAP wurden zwar inzwischen vom Ordnungsamt verboten, nachdem an einem Samstag 15 ausländische Jugendliche die FAPler verprügelt hatten, man weiß jedoch aus Erfahrung, daß mittels einstweiliger Verfügung solche Aufmärsche doch durchgeführt werden, zumal die FAP ja zur Kandidatur zugelassen wurde.

Zu- und Wegzüge von Ausländern in Frankfurt

Herkunfts-/ Zielgeb.	Zugezogene	Weggezogene	Bilanz
1981			
Ausland	12292	11004	1288
unbek.	503	895	- 392
1982			
Ausland	8344	11868	- 3524
unbek.	645	1494	- 849
1983			
Ausland	6870	8652	- 1782
unbek.	784	3936	- 3152

Das bedeutet, in den Jahren 1982 und 1983 sind insgesamt bereits 9307 Ausländer weggezogen, was 6,7% der ausländischen Wohnbevölkerung Frankfurts 1981 entspricht. — (udi)

Burschenschaften

DIE BURSCHE WOLLEN DIE REAKTIONÄRE REGIERUNGSPOLITIK AN DER HOCHSCHULE UMSETZEN

Regensburg. Im Wintersemester 1984/85 traten an der Universität Regensburg Burschenschafter verstärkt auf. Mit dem Werbeslogan "Dies ist ein alter Hut, wir tragen ihn immer noch" versuchte z.B. das "Corps Franconia Jena" Studenten für ihre schlagende Verbindung zu gewinnen. Werbung unter den Studenten läuft in der Regel immer zuerst scheinbar unpolitisch ab: Studentenverbindung, die an der alten Tradition festhält, gemütliches Beisammensein, gemeinsam durchs Studium, Kameradschaft fürs Leben, demokratiefreundlich ... So werden die Studenten dann meist zu den Semesterfeiern eingeladen. Mit dem Köder der billigen Wohnung im corpseigenen Haus arbeitet man sich dann näher an die Erstsemester heran.

Andere Burschenschaften, wie z.B. die "Prager Burschenschaft Teutonia" gehen offensiver heran und verteilen Flugblätter: "Wir sind konservativ – deshalb treten wir ein für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und fordern zur Verwirklichung das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen!" Dazu gibt es dann die Deutschlandkarte in den Grenze vom 1.9.39, herausgegeben von der "Notverwaltung des Deutschen Ostens", einer Vereinigung, die sich zur "Exilregierung" über die Ostgebiete ernannt hat. In den Burschenschaftlichen Blättern, dem Zentralorgan der Prager Teutonen, wird für den Beitritt zu dieser "Notverwaltung" geworben.

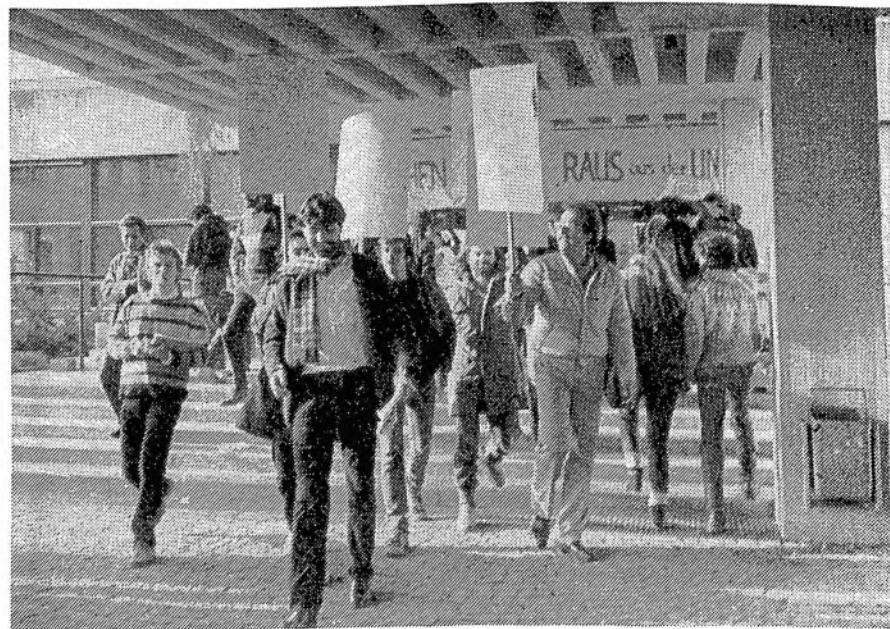
Die Regensburger Studentengruppe "Liste stärkt den AStA" (LISA – Kommunistischer Hochschulbund, Studentenorganisation des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, und Unorganisierte) gebot dem ruhigen, gemütlichen Treiben der Burschen Einhalt. Sie sammelten die Flugblätter der Teutonen von den Mensativen, die diese von Arbeitslosen verteilen ließen, wieder ein, der Büchertisch der Franconen wurde abgeräumt und ein Flugblatt über die faschistische Vergangenheit und die reaktionäre Gesinnung der Burschen verteilt. Das Corps Franconia Jena brachte daraufhin Flugblätter im "Stürmerstil" heraus, in denen die LISA-Mitglieder wegen kleinen Rempeleien gleich zu Gewalttätern gemacht und dann als Faschisten abgestempelt wurden. Nach der Methode "Linke wenden Gewalt an" "Nazis wandten Gewalt an", also sind Linke und Nazis gleich, schrieben sie zur LISA: "Sie sind wie Adolf Hitler und Josef Stalin überzeugt von der seligmachenden Richtigkeit ihrer Idee und ist insoweit auch konsequent, daß jeder, durch den sie ihre Idee gefährdet sehen, von ih-

nen mit Gewalt unterdrückt werden muß. Da drängt sich schon die Assoziation auf: LISA – li SA – linke SA."

Aufgrund einer einstweiligen Verfügung wurde den Burschen das Verteilen eines Flugblattes untersagt, in dem sie aus einem angeblich gefundenen Tagebuch eines KHB-Mitgliedes berichteten. Diese Burschen, nicht dumm, haben sich gleich bei dem Rassisten F.C. Schroeder juristischen Rat geholt und verteilten ähnliche Flugblätter, jetzt als "Satire", weiter und

glieder wegen Nötigung und Körperverletzung zu Geldstrafen verurteilt, während gegen die Burschen erst gar kein Prozeß geführt wurde.

Die zweite Auseinandersetzung bahnte sich im Wintersemester 1980/81 an, als in der Regensburger Mensa der Kössener SC (Dachverband der Corps) seinen Bundeskongreß abhielt. In der Begrüßungsrede unterstützte der Universitätspräsident das Bestreben der Burschenschaften, wieder mehr ins Licht der Öffentlichkeit



Protestaktion an der Regensburger Universität: Ein Burschenschaftler wird gerade aus der Mensa begleitet!

zeigten zwei Mitglieder der LISA wegen Nötigung etc. an. Im Zuge der Hetzkampagnen seitens der Burschen kam es zu einer Aktionseinheit aller Linken (außer MG) an der Uni und die Burschen wurden von dieser Aktionseinheit beim nächsten Verteilen aus der Mensa herausgeführt.

In der Geschichte der sehr jungen Universität Regensburg gab es bisher zwei größere Auseinandersetzungen mit Burschenschaftlern. Mitte der siebziger Jahre versuchte die faschistische Burschenschaft Thessalia der Burschenherrlichkeit ein würdigeres Ansehen zu verleihen, indem sie in der Mensa in Farben speisen wollte. Der Vorläufer der LISA, die Demokratische Front (DF), verhinderte dies damals mit einer Mensablockade gegen die Burschen. Im Höhepunkt dieser Auseinandersetzung holten sich die Thessalia-Faschisten den Regensburger NPD-Schlägertrupp zur Hilfe, angeführt vom NPD-Vorsitzenden Kerscher, und es kam zu einer Schlägerei vor der Mensa. Im gerichtlichen Nachspiel wurden mehrere DF-Mit-

zu rücken, und das Bekenntnis zur Elite. Und der Corpsvorsitzende der Franconia Jena: "Ich will, daß der Corpsstudent wieder das wird, was er traditionell war: nicht unbedingt die fachliche, aber die geistige Elite der Universität." Dazu wurde in der Mensa das Deutschlandlied mit allen drei Strophen abgesungen. Dem Präsidenten wurde dann von der LISA vorgeworfen, daß er durch sein Auftreten als Repräsentant der Regensburger Universität rechtsradikale Elemente in den Corps hofiere. In einer LISA-Broschüre wurde das Demokratieverständnis der Franconen ins "Rechte" Licht gerückt: In einem Pressebericht verherrlichte ein Regensburger Francone, der 1975 zu Besuch bei den "Deutschen Burschenschaften" in Chile war, das faschistische Pinochet-Regime und hob besonders hervor: "Das Militär hat nicht geputsch, sondern seinen verfassungs- und gesetzmaßen Auftrag erfüllt, durch die Machtübernahme Ordnung, Sicherheit und Ruhe im Lande wiederherzustellen."

Die LISA hat zwar durch ansatzweise Aufklärung neuerer Geschichte über Burschenschaften eine punktuelle Aktionseinheit erreicht, aber um die sich jetzt formierenden Burschenschaften zurückzudrängen und sie bei ihrem Versuch unter der Studentenschaft mehr Anhänger und Einfluß zu gewinnen, zu isolieren, ist es dringend notwendig, eine Front aller linken Kräfte gegen die Burschenschaften zu bilden und sich hierbei, anstatt fast immer nur auf der faschistischen Vergangenheit der Burschen herumzureiten, mit der aktuellen Politik der Burschenschaften zu beschäftigen. Hierbei gibt es zwei Punkte, an denen eine breite Aktionseinheit möglich wäre und in denen die Burschenschaften zudem mit der Regierungspolitik übereinstimmen.

1. Die Revanchismuskampagne (s.a. Kasten). In einer Presseerklärung vom 4.1.82: "Die Deutsche Burschenschaft verlangt von der Sowjetunion die unverzügliche Einstellung ihrer ständigen Einmischung in polnische Angelegenheiten. Sie fordert die Völker der freien Welt und deren Regierungen

mit Nachdruck auf, das Unrecht beim Namen zu nennen und ihren Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes östlich von Elbe und Oder zu leisten." – Im Klartext: Die Sowjetunion soll die Finger von den ehemaligen deutschen Ostgebieten lassen, damit "wir" sie wieder "heim ins Reich" holen können und wie das geschehen soll, kann man im "Schlesier" vom 25. Januar 1985 nachlesen.

2. Die Frage der Elitebildung. Die Burschenschaften haben die Gesetzesnovelle zum HRG begrüßt, die die Elitebildung an den Universitäten verlangt. Academia, die Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen beschäftigt sich in Nummer 6/84 ausführlich mit der Frage der Elitebildung und entwickelt die dazugehörige Ideologie der Unterwerfung unter die Klassengesellschaft.

Erwartet wird von denjenigen, die Elite werden wollen, "Leistungsbesessenheit", "Besessenheit von ihrer Aufgabe". Die Aufgabe des Volkes bei dieser "Eliteaufzucht" wird dann folgen-

dermaßen charakterisiert: "Es gilt also, den Eliten das Leben in der Heimat angenehm und förderlich zu machen, und zwar in zweierlei Hinsicht: erstens, und das ist besonders wesentlich und unabdingbare Voraussetzung: den Eliten, den Menschen, die Spitzenleistungen anstreben und auch bewirken, sollten die denkbar besten Möglichkeiten für ihre Arbeit gewährt werden. Und zweitens, das sollte man nicht vernachlässigen, denn auch Eliten sind Menschen, sollte unser Volk in seinem ureigensten Interesse unseren Eliten auch einen herausragenden sozialen Status, einen überdurchschnittlichen Lebensstandard zuerkennen, und zwar neidfrei, ja nicht nur neidfrei, sondern in deutlicher Mitfreude, daß es unseren Eliten gutgeht." – Also für die einen Besitz, Reichtum und Macht und für die anderen Armut, Ergebung ins Schicksal und dann sollen sie darüber auch noch Freude – "Mitfreude" – empfinden.

Quellenhinweis: Academia, Burschenschaftliche Blätter, Braubuch, LISA-Broschüre: "Mit Blut geadelt" – (dax, rew)

REVANCHISTEN AUS TRADITION

Seit 1920 durften Burschenschafter der "Deutschen Burschenschaften" nicht der KPD oder SPD angehören, seit 1929 auch nicht dem Zentrum, so daß nur DNVP und NSDAP übrigblieben. Burschenschaften gehörten zu den Reichswehr-Freicorps, die die Räterepubliken 1919/1920 niederschlugen. 1920 und 1921 nahmen sämtliche Burschenschaften rassen- und antisemitische Bestimmungen in ihre Satzungen auf, Studenten jüdischer Abstammung wurden nicht mehr aufgenommen. 1931 gewannen die Nazis im Hauptausschuß der "Deutschen Studentenschaft" (DSt) durch Koalitionen und Wahlausprachen mit den Korporationen die Mehrheit. 1933 wurde die studentische Selbstverwaltung der NSDAP unterstellt. Die Korporationen lösten sich schließlich selbstständig im nationalsozialistischen Hochschulgremium NSDStB auf. Die "Deutsche Burschenschaft" bekannte sich "rückhaltlos zum Geist der nationalsozialistischen Revolution". – Demgegenüber behaupten heute vor allem die im "Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen" (CV) organisierten Burschenschaften, von den Nazis unterdrückt worden zu sein und zum Widerstand gegen sie beigetragen zu haben. Daß z.B. der Freiburger Bischof Gröber Mitglied der SS wurde, oder der Bischof von Osnabrück in den Staatsrat Hitlers ging, wird als Verfehlung einzelner interpretiert. Passagen in der Satzung, wie der da-

malige Art. 3: "Heirat mit nichtarischen Frauen führt zum Ausschluß aus dem Verband" seien nur zur Tarnung dagewesen und nicht praktiziert worden. Ein Telegramm der Führung an Hitler: "An den Volkskanzler Adolf Hitler, den der CV wegen seiner großen, gewaltigen Willenskraft, seiner lauterer Gesinnung und seiner erhebenden Zuversicht bewundert" ..., sei eben eine Pflichtübung gewesen. Inhaltlich bestanden aber keine Differenzen zu den großdeutschen Eroberungsplänen. In Art. 1 der CV-Satzung hieß es damals: "Der CV ist ein Bund deutscher Studenten katholischen Bekenntnisses zur Erziehung seiner Mitglieder im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung."

Heute werden in der "Academia", CV-Organ, Altnazis geehrt (Beispiel: der ehemalige Richter am Sondergericht und heutige Bundesverfassungs-



Regensburger Heldedenktag 84: Die Burschen maschieren stramm im Vollwichs hinter der Bundeswehr.

richter a.D. Prof. Dr. W. Geiger) und wird keine Gelegenheit ausgelassen, um die Rückerobierung der "verlorenen Ostgebiete" mit und ohne Europa zu propagieren. So wurde auf der Cartellversammlung 1984 u.a. eine "Patria Resolution" verabschiedet, in der "ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa" gefordert wird. Das Treiben der Burschenschaften heute als Sammelbecken für revanchistische und reaktionäre, auch neofaschistische Bestrebungen gibt ein Zitat aus den "Burschenschaftlichen Blättern" 2/83 (Organ der "Deutschen Burschenschaften") wieder: "Es ist und bleibt das Ziel der Deutschen Burschenschaften, den Gedanken der Deutschen Einheit in Freiheit wachzuhalten, und sie wird am vermeintlich Unmöglichen festhalten. Denn die Geschichte schreibt keine letzten Worte, alle Geschichte ist offen. Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind und können nicht das letzte Wort sein, denn nicht nur diese Tatsachen, auch Gefühle, Leidenschaften und unaufgegebene Ansprüche zählen, sind geschichtliche Fakten: ein Deutschland ist, soll sein und bleiben." Dazu will man sich auch schon wieder mit den Österreichischen Burschenschaften zusammentreten. – Auch hochschulpolitisch vertreten die Burschenschaften die Ziele der Reaktion: Förderung einer Elite. Die Gründung von Schülerverbindungen wird derzeit vom CV zur Basisverbreiterung angestrebt. Die revanchistische Propagandakampagne der CDU/CSU zum 8. Mai 1985 gibt sichtlichen Auftrieb.

TARIFFORDERUNG METALLHANDWERK

Bielefeld. 1.2.85. Die Tarifkommission für das Metallhandwerk Nordrhein-Westfalen hat die Tarifforderung beschlossen. Danach soll die Wochenarbeitszeit mit dem "Ziel der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich" verkürzt werden. Löhne und Gehälter sowie Auslösesesätze sollen anschließend um 3,08 % erhöht werden, die Ausbildungsvergütung in allen Lehrjahren um 20 DM. Am 2. März will die IG-Metall in der Essener Grugahalle eine zentrale Großkundgebung zur Demonstration der Kampfbereitschaft durchführen. — (roh)

HBV BANKEN: 5,8 PROZENT

Frankfurt. 5,8% Gehalts erhöhung, Anhebung der Ausbildungsvergütung um 60 DM und Verkürzung der Berufsjahrestaffel in den unteren Tarifgruppen hat die Gesamt tarifkommission Banken am 6.2. gefordert. Das Gesamt volumen betrage 6,5%. Parallel dazu wird sowohl der Einstieg in die 35-Stunden-Woche als auch ein verbesserter Vorrhe stand gefordert. Die Annäherung an die 5,5%-Forderung der DAG soll einen einseitigen DAG-Abschluß

Die Gewerkschaft Leder hat in der Schuhindustrie die Urabstimmung beschlossen. Sie fordert eine Vorrhe standsregelung von 80% des Effektivlohns ab 58 Jahren. Die Kapitalisten verlangen: einen Abschluß, daß die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 49 und 31 Stunden flexibel sein soll; bis Ende 1988 soll die Gewerkschaft auf eine Vorrhestandsregelung verzichten, dann würde der Lohn um 3% erhöht. In zwei Betrieben in Offenbach wurde je eine Stunde gestreikt. Die Schlichtung begann am 14.2. — (gba)

und damit ein weiteres Jahr tariflosen Zustand vermeiden. Anstelle einer Beschränkung der Nachtarbeit werden mehr Freischichten für Nacht- und Schichtarbeiter gefordert. Der "Umfang" der Überstunden soll durch eine neue Definition sowie durch Freizeitausgleich eingegrenzt werden. Nötig wäre auch eine Begrenzung der Höchstzahl, die bisher bei 14 Stunden pro Woche liegt. Die Gehalts runde hat laut HBV Priorität. Warum sollen dann die "realen Kosten" einer Wochenarbeitszeitverkürzung auf die Gehaltsanhebung angerechnet werden? Dies widerspricht auch dem Beschluß des HBV-Gewerkschaftstags 1984. — (gst)

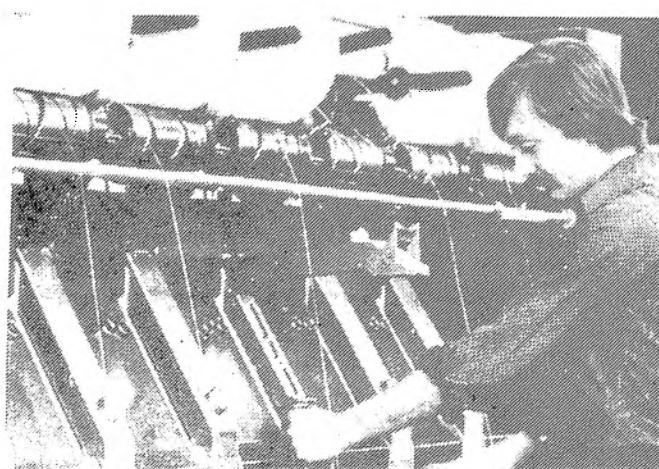


VERHANDLUNGEN GEHEN WEITER

Norderstedt. 18.02.1985 Nun wird doch um den Haustarifvertrag bei Jung heinrich weiter verhandelt. Aus Scheu vor noch mehr Produktionsausfällen durch Unruhe und weil die Kapitalisten unbedingt ein neues Lohnsystem einführen wollen, kehren sie immer wieder an den Verhandlungstisch zurück und erklären heute nicht das befürchtete Scheitern. Ein neues Lohnsystem bedeutet, daß die Jungheinrich-Kapitalisten auf die erzwingbare Mit bestimmung und die Verpflichtung zum Tarifvertrag eingehen müssen: § 87.1.10. und 77,3 Betriebsverfassungsgesetz. — (nos)

ERFOLGREICHE STREIKS

Stuttgart. Nach dem Vesper am 6.2. legten rund 500 Akkordarbeiter bei Werner & Pfleiderer die Arbeit nieder und protestierten gegen die Streichung der übertariflichen Akkordzuschläge. Die Mittagsschicht führte den Streik weiter. Die Parole hieß: "Wir streiken, bis die Kürzung zurückgenommen ist." Nach sechs Stunden Streik nahm die Geschäftsleitung die Kürzung der Akkordzuschläge er satzlos zurück und versicherte, für die Zeit der Arbeitsniederlegung würden 2,5 Arbeitsstunden bezahlt. Bereits im November 1984 war es wegen der geplanten Akkordkürzungen zu einem Warnstreik gekommen. Werner & Pfleiderer gehört zu den führenden Herstellern von Backmaschinen. — Bei der Firma Ellring, Det



56000 Textilarbeiter in Belgien sollen künftig an acht Samstagen im Jahr Samstagsarbeit leisten. Das haben die belgischen Textilkapitalisten in einem neuen Tarifvertrag durchgesetzt. Am 2. Februar billigten die Textilgewerkschaften beider großen Gewerkschaftsbünde, des ABVV und des christlichen ACV, diesen Tarifvertrag. Die Kapitalisten hatten die Forderung nach Wiedereinführung der Samstagsarbeit verbunden mit den Angebot, dafür in den ersten vier Stunden 25% und für weitere vier Stunden 50% Zuschläge zu zahlen. Nach den schweren Lohnsenkungen der vergangenen Jahre konnten sie so die Wiedereinführung der Samstagsarbeit erzwingen. — (rül)

tingen, streikte am 17.1. die Belegschaft (1030 Beschäftigte) dagegen, den Samstag als Regelarbeitszeit einzuführen. Zuvor hatten Abteilungen geschlossen den Betriebsrat aufgesucht. Die Geschäftsleitung hat darauf den Plan aufgegeben. — (gba)

SO SOLL ES IMMER SEIN — BRUTAL!

Bad Salzdetfurth. In der ersten Februarwoche wurden bei Fuba zwanzig Frauen, die noch der Probezeit unterliegen, vom Hauptabteilungsleiter der Fertigung über den Meister zu einer Doppelschicht (von 6 bis 23 Uhr) gezwungen. Ohne Unterrichtung des Betriebsrates mußten die eingeschüchterten Arbeiterinnen zwei Schichten arbeiten und erschienen am anderen Morgen um sieben Uhr wieder. Sie durften eine Stunde später erscheinen. Der Betriebsrat erfuhr erst viel später davon. Schritte gegen Hauptabteilungsleiter Keller, seit sechs Monaten im Betrieb, sind eingeleitet worden. — (mal)

TARIFVERHANDLUNG EINZELHANDEL

Karlsruhe. Ergebnislos blieb die Manteltarifverhandlung Einzelhandel Baden-Württemberg am 12.2. Die Kapitalisten erklärten, für sie sei das Spitzengespräch am 25./26. entscheidend. Die Tarifkommission der HBV beschloß, daß sie an ihren Forderungen festhält und nahm zusätzlich die Forderung "Ladenschluß um 18.30 h durch Tarifvertrag" auf. Als Lohnforderung wurden 6% beschlossen sowie Eingruppierungsänderungen. — (rub)

Baden-Württemberg**REGIERUNG GEGEN VOLKSENTSCHEID
ÜBER RAKETENSTATIONIERUNG**

Die Auseinandersetzung in Baden-Württemberg um das Volksbegehren gegen die Stationierung wird nun auch auf juristischer Ebene geführt werden. Nach der Ablehnung ihres Antrags durch das Landesinnenministerium haben die Initiativen beschlossen, Klage vor dem Staatsgerichtshof zu führen.

Der Ablehnungsbescheid des Innenministers argumentiert im wesentlichen mit zwei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts von 1958, die Volksbefragungen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, die in den Ländern Bremen und Hamburg sowie in einigen hessischen Gemeinden durchgeführt werden sollten, verboten. Auffallend ist, daß auch Bundesminister Windelen in einem Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Freiburg unter Verweis auf diese Urteile die Verfassungsmäßigkeit von Beschlüssen von Kommunen, sich zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären, anzweifelt und es ausdrücklich begrüßt, wenn von Landesregierungen im Wege der Kommunalaufsicht gegen solche Kommunen vorgegangen wird.

Die Urteile von 1958 koppeln zwei Grundsätze miteinander:

- Grundsatz 1: "Angelegenheiten der Verteidigung gehören zur ausschließlichen Kompetenz des Bundes".
- Grundsatz 2: Die Länder sind zu bundesfreundlichem Verhalten verpflichtet.

Daraus folgt: Bei der von den Richtern so genannten "staatlichen Willensbildung" in Verteidigungsfragen bleibt Ländern und Kommunen die Mitwirkung versagt, von der Bundesregierung getroffene Entscheidungen müssen sie mittragen und im Rahmen ihrer Pflicht zu bundestreuem Verhalten auch in der Praxis umsetzen. Sämtliche Sicherstellungsgesetze und auch der Referentenentwurf für ein neues Zivilschutzgesetz übertragen den Ländern und Kommunen eine Reihe von Aufgaben.

Diese verfassungsrechtliche Konstruktion hatte 1958 einen bestimmten Zweck: Die störende Opposition einiger SPD-Länderregierungen gegen die Aufrüstung der Bundeswehr zu unterbinden und der im wesentlichen von SPD-nahen Kräften getragenen Kampagne "Kampf dem Atomtod" das Wasser abzugraben.

Warum werden heute diese Urteile wieder herangezogen?

Die vor allem von den Grünen in breitem Umfang in die Gemeinderäte und Landtage hineingetragene Auseinandersetzung über die Kriegsvorbereitungen der BRD haben die öffentliche Meinungsbildung für Kriegsvorbereitungen behindert. Es hat den Anschein, als wolle die Reaktion unter Rückgriff auf die Urteile des Bundesverfassungsgerichts versuchen, diese Auseinandersetzungen in Zukunft zu unterbinden. Gelänge dies, wären die Grünen auch eines wesentlichen Standbeins ihrer Politik in Ländern und Gemeinden beraubt.

Grüne-MdL Weichert, Rechtsanwalt, hat den Ablehnungsbescheid zum Volksbegehren als "rechtlich unhaltbar" bezeichnet. Diese Ansicht kann man teilen. Denn die Urteile von 1958 bezogen sich auf Ländergesetze, die Befragungen über die Atombewaffnung der Bundeswehr in der ganzen BRD zum Inhalt hatten. Das "Volksbegehren gegen die Stationierung" bezieht sich ausdrücklich nur auf das Land Baden-Württemberg und die Kompetenz der Landesregierung.

**GESETZENTWURF FÜR DAS
VOLKSBEGEHREN**

"Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist verpflichtet, im Rahmen der ihr durch Grundgesetz und Landesverfassung zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse al-

les zu unternehmen, um Herstellung, Transport, Lagerung und Stationierung von jeglichen neuen atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen – insbesondere Pershing II, Cruise Missiles und vergleichbare Systeme – zu verhindern und darauf hinzuwirken, daß solche bereits im Landesgebiet von Baden-Württemberg gelagerten oder stationierten Massenvernichtungsmittel entfernt werden."

**AUSZÜGE AUS DEM ABLEHNUNGS-
BESCHEID DER LANDESREGIERUNG**

"Das beantragte Volksbegehren kann jedoch nicht zugelassen werden, da die Gesetzesvorlage dem Grundgesetz und der Landesverfassung widerspricht.

Die Landesregierung soll durch die Gesetzesvorlage auf eine Politik verpflichtet werden, die der verteidigungs-politischen Konzeption der hierfür allein zuständigen Bundesorgane diametral entgegengesetzt ist ... Dies ist mit ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht zu bundesfreundlichem Verhalten nicht vereinbar ... Die Verpflichtung der Landesregierung nach der Gesetzesvorlage würde zu erheblichen zusätzlichen Belastungen der anderen Bundesländer, zu einem schweren Schaden für das Verteidigungs-konzept und die auswärtigen Beziehungen des Gesamtstaates führen ...

Die Gesetzgebung des Landes ist nach Art. 25 Abs. 2 Landesverfassung an die verfassungsmäßige Ordnung in Bund und Land gebunden. Der Gesetzgeber würde durch den Erlaß des Gesetzes in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes für die Verteidigung und die auswärtigen Beziehungen eingreifen (Art. 73 Nr. 1 GG)."

**AUSZÜGE AUS DER PRESSEERKLÄRUNG
DES LANDESBÜRO VOLKSBEGEHREN
VOM 1.2.85**

"Zur Behauptung auf Verstoß gegen 'Bundeskompétenz' (Art 73 GG):

– im Unterschied zu den Initiatoren der Volksbefragung damals (SPD-Länderregierungen) haben wir nicht nur das Stimmverhalten im Bundesrat im Sinn.

– im Unterschied zum Vorgehen damals streben wir keinen Druck auf die Bundesregierung an, sondern haben den Gesetzentwurf auf die Landesregierung und Landeskompétzen eingegrenzt."

"Zur Behauptung auf Verstoß gegen die 'Bundestreue' (Bundesverfassungsgericht 1958):

Der Fall wäre dann gegeben, wenn die Landesregierung durch unseren Gesetzentwurf zu Handlungen im Rahmen ihrer Kompetenzen verpflichtet werden sollte, die das Wohl der Bundesrepublik oder anderer Bundesländer schädigten. Hier verwechselt der Innenminister ganz offensichtlich das Wohl des Bundes und der Länder mit dem politischen Erfolg der Bundesregierung und dem Wohl der CDU in diesen Ländern."

"Die Ablehnung des Volksbegehrens durch das Innenministerium war eine politische, keine rein juristische Entscheidung. In ihren juristischen Begründungen atmet sie den Geist einer einseitig-konservativen Auslegung des Verfassungsrechts. Wir sind zuversichtlich, vor dem Staatsgerichtshof dem Recht doch noch Geltung verschaffen zu können."

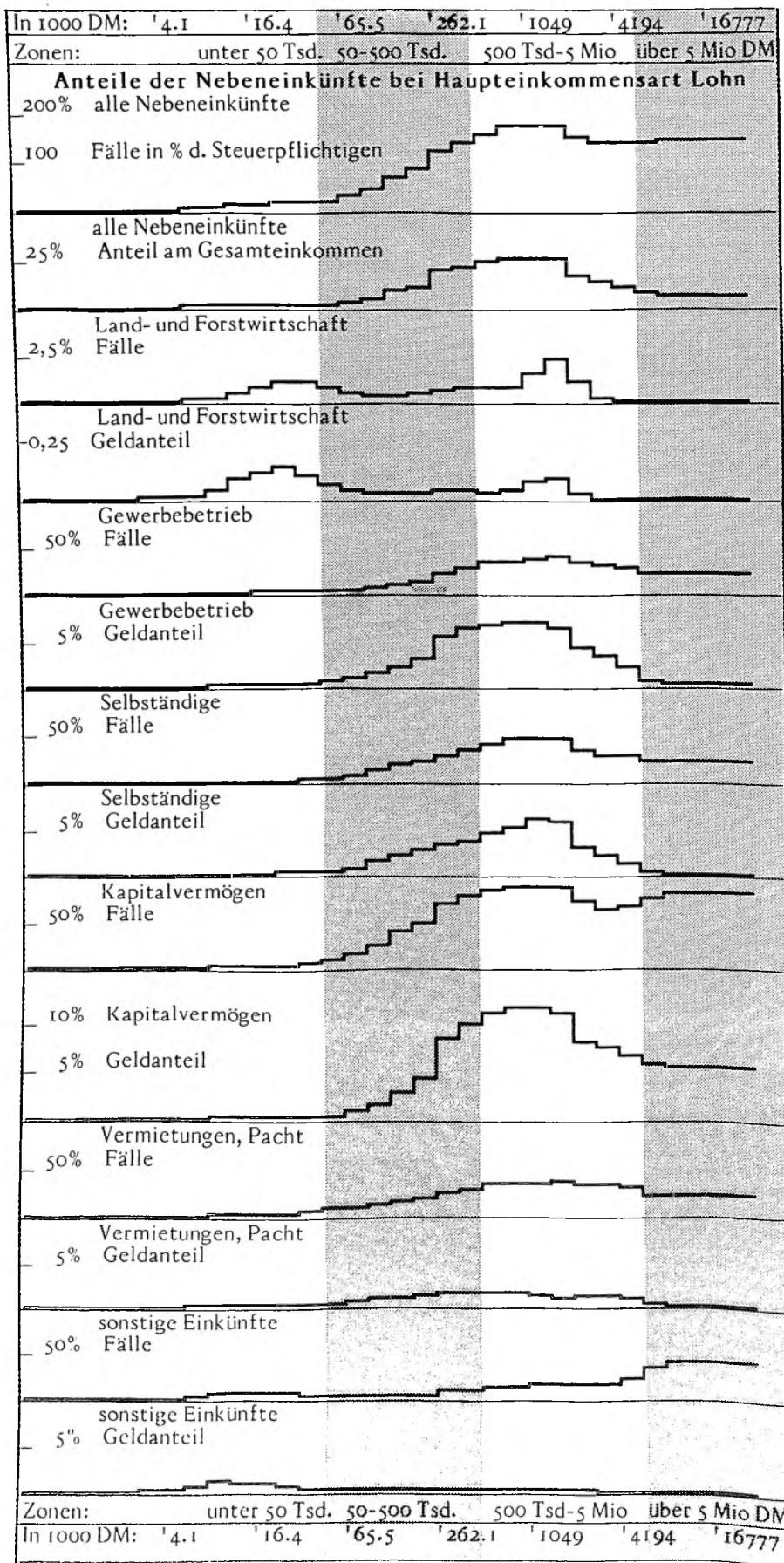
Quellenhinweise:

– Alle Unterlagen über das Volksbegehren können bezogen werden bei: Landesbüro des baden-württembergischen Volksbegehren für den Frieden, Kissingerstr. 66A, 7000 Stuttgart 50.

– Ausführliche Auszüge aus den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts von 1958 finden sich in einer Broschüre des Landesverbands Baden-Württemberg der Volksfront mit dem Titel: "Zivil- und Katastrophenschutz – Mobilma-
chung an der Heimatfront". Diese Broschüre ist zu beziehen über den Bundesvorstand der Volksfront in 5100 Aachen, Mariahilfstr. 31. – (bhe).

Einkommen

(IV) REPRODUKTION VON LOHNEINKOMMEN UND REPRODUKTION VON VERMÖGEN



Die Einkommenssteuerstatistik enthält Angaben über das Einkommen von Personen. Das Einkommen besteht immer aus Geld, die Personen sind immer Menschen, stark verschieden ist jedoch, wie die Reproduktion der Person mit der Reproduktion des Einkommens zusammenhängt.

Lohneinkommen reproduziert sich, indem der Lohnabhängige seine verkauften und vom Kapitalisten verbrauchten Arbeitskraft reproduziert. Er kann diese nur reproduzieren, indem er sich als Person, als Mensch reproduziert.

Einkommen z.B. aus Aktien reproduziert sich, indem sich die Firma reproduziert, auf die die Aktien ausgegeben sind, indem sich also ein Kapital reproduziert. Die Reproduktion des Kapitals wirft ein Einkommen ab, das Grundlage der Reproduktion des Einkommensbeziehers ist.

Der Lohn ist der Preis des menschlichen Arbeitskraft; er bestimmt sich wie bei allen Waren nach den Reproduktionskosten. Für einen beachtlichen Teil der tatsächlich gezahlten Löhne scheint dies nicht zuzutreffen. Sie sind entweder so niedrig, daß eine Reproduktion der Arbeitskraft nicht möglich scheint, oder so hoch, daß ihr volliger Umsatz in Reproduktionsmittel nicht nötig ist. Eine Bestimmung der in der Lohnform erzielten Einkommen nach ihrer Höhe ist sinnvoll.

Verkauf von Arbeitskraft findet nur statt, wenn andere Einkommensquellen nicht zur Verfügung stehen. Wird der Lohn nicht zur Reproduktion der Arbeitskraft verbraucht, scheidet er Vermögen ab, das als Einkommensquelle funktionieren kann. Nach Zonen gegliedert fließen zusätzlich zum Lohn folgende Einkommen:

Einkommen	Nebeneinkommen in Tausend DM pro Kopf
- 50	.5
50- 500	2,5
500- 5000	163,2
5000 und mehr	374,4

Die Schaubilder zeigen, daß das Nebeneinkommen in der Zone zwei unser Betrachtung sprunghaft wächst. Bei ca. 120000 DM beträgt es durchschnittlich erst 4400, bei 173000 schon 10000, bei 245000 bereits 16000. Ab da stellt das "Nebeneinkommen" eine ausreichende Basis für die persönliche Reproduktion dar, der Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft besteht nicht mehr, dieser scheint nicht Mittel zur Reproduktion, sondern zum Zusammenraffen von Vermögen. Eine Orientierung auf dieses Karriereziel ist für gewiß 100000

Fälle der Haupteinkommensquelle nichtselbständige Arbeit realistisch.

Zur Reproduktion der Arbeitskraft gehört die der Arbeitergenerationen. Die Statistik weist die Kinderzahl in den Einkommenklassen aus:

Erste Zone: Die Erwerbstätigkeit der Frau nimmt ab. In Frage kommen in diesem Bereich nur Fabrikarbeit übler Sorte oder Dienstleistungen wie Putzen, Bedienung usw. Die Kinderzahl in solchen Familien ist fast proportional zum Einkommen. Eine vollständige Reproduktion findet mit Sicherheit nicht mehr statt. Nicht der Einzelne, aber die Generationenfolge wird durch Arbeit vernichtet.

Zweite Zone: Die Erwerbstätigkeit der Frau nimmt wieder zu, es handelt sich um "qualifizierte" Tätigkeiten, die eine Laufbahn ermöglichen. Die Kinderzahl steigt zunächst nicht mehr weiter an. Wahrscheinlich ist die durch die Berufstätigkeit verbrauchte Zeit erst dann durch Geld zu ersetzen, wenn das Einkommen ausreicht, um Hilfskräfte zu heuern.

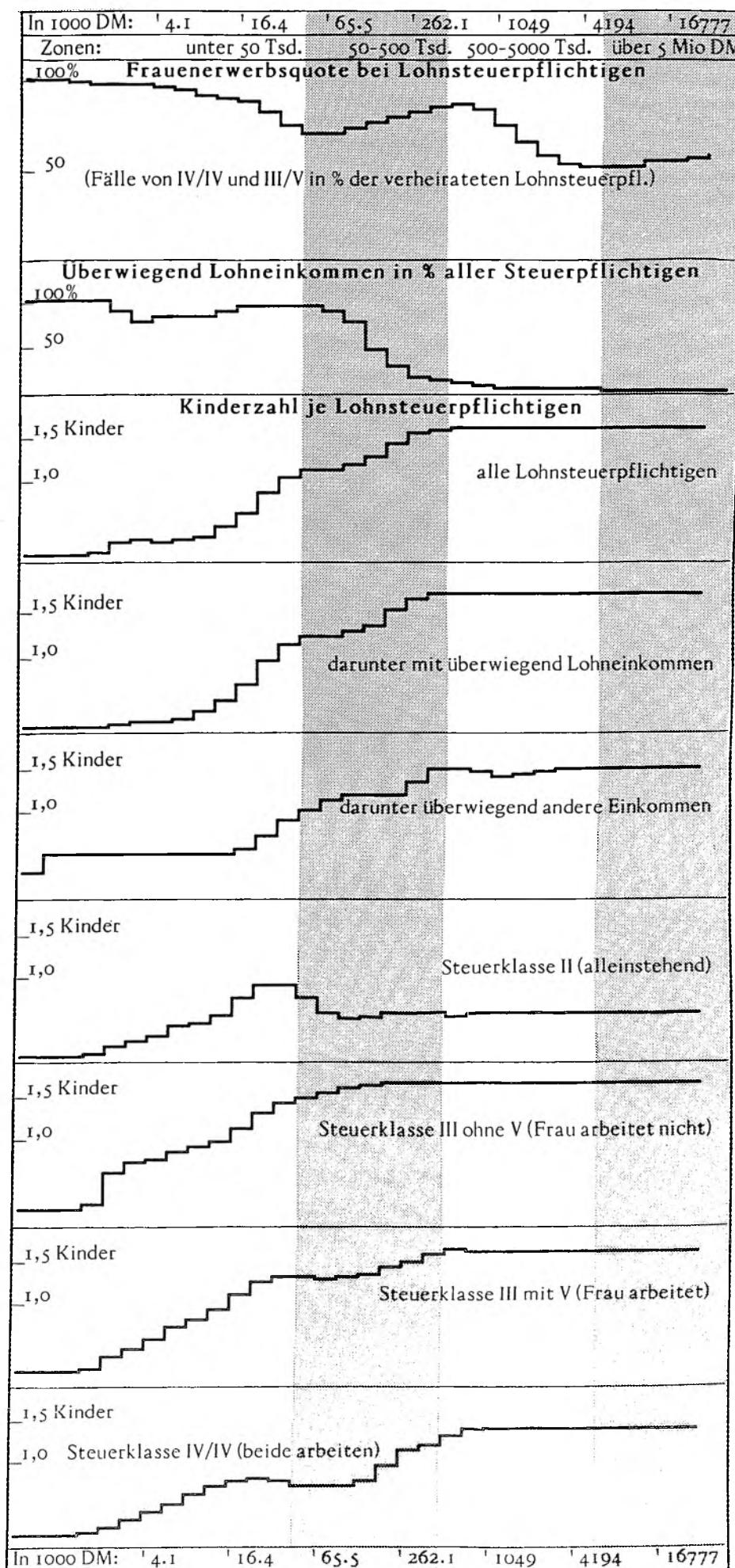
Dritte und vierte Zone: Die Erwerbstätigkeit der Frau nimmt ab, wahrscheinlich weil das nicht erwerbsmäßige Führen eines Hauses mit mehreren Dienstboten usw. jemanden "voll ausfüllen" kann. Ein Zusammenhang von Kinderzahl und Einkommenshöhe fällt nicht mehr auf.

*

Die in der BRD erzielten Löhne lassen sich ihrer Höhe nach charakterisieren:
— Lohneinkommen ermöglicht die Bildung von Nebeneinkommen, das seinerseits zur Reproduktion ausreicht. Die Reproduktion der Person ist uningeschränkt möglich.

— Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft besteht, Einkommen reicht jedoch zur vollständigen Reproduktion, Berufstätigkeit der Frau kann durch Haushaltshilfen ausgeglichen werden.
— Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft besteht, die Reproduktion der Kinder ist nur per Einschränkung der Reproduktion der Eltern möglich.
— Erlös aus dem Verkauf der Arbeitskraft reicht nicht zur selbständigen Existenz. Die Reproduktion der Person ist durch weitere Abhängigkeiten, vom Ehegatten, den Eltern, dem Sozialamt usw., gekennzeichnet.

Die Übergänge auf dieser Stufenleiter erscheinen flüssig, die Möglichkeit, ein relevantes Nebeneinkommen zu bilden, vielen gegeben. Wir hatten erwartet, daß das Nebeneinkommen z.B. aus Hausbesitz umfanglicher wäre und breiter streuen würde. Von den ca. 10 Millionen Haus- und Grundbesitzern beziehen jedoch nur 1,8 Millionen ein dementsprechendes Einkommen. Die Möglichkeit und Notwendigkeit, reproduzierbares Sachvermögen zu bilden, wird für viele Illusionen über "Vermögensbildung" ausschlaggebend sein. Damit wollen wir uns das nächste Mal befassen.— (alk, maf)



8. Mai 1945

BÜCHER GEGEN DEN WESTDEUTSCHEN REVANCHISMUS

DIE "GEFAHR AUS DEM OSTEN"

Gerhard Kade, Vizepräsident des Internationalen Instituts für den Frieden, Wien, weist nach, daß die Kapitalisten, ihre Politiker und konzeptiven Ideologen selber nicht glauben, daß die Staaten des Warschauer Pakts stärker rüsten als die der NATO. Er belegt, daß die Lüge von der "Gefahr aus dem Osten" von den Imperialisten verwendet wird seit der Oktobерrevolution in Rußland, und daß sie der Vernichtung des Kommunismus dienen soll. Sie wird immer dann belebt, wenn die Imperialisten neue Kriegsmittel vorbereiten und diese den Lohnabhängigen darstellen wollen als notwendig zur Sicherung ihrer eigenen Lebensmöglichkeiten. Von Nutzen ist der große Dokumententeil des Buches, in dem u.a. die einschlägigen Äußerungen der deutschen Faschisten, die Vorstellungen des BDI und die Dokumente der Staaten des Warschauer Pakts über ihre Ausrüstungsvorschläge vorliegen. Wenn auch Kades Argumentation, in den Ländern des Warschauer Pakts herrsche Sozialismus, nicht unbedingt beweiskräftig ist, so weist er doch die Politik der UdSSR anhand ihrer Praxis als förderlich für das friedliche Zusammenleben der Völker aus. (G. Kade, Die Bedrohungslüge, Zur Legende von der "Gefahr aus dem Osten", prv KB 147, 12,80 DM – anl)

"DIE RUSSEN KOM- MEN – PUNKTLICH"

Unter diesem Titel hat der Verlag "Marxistische Blätter" 1983 ein Taschenbuch herausgegeben mit der Fragestellung: "Wie es kommt, daß wir seit der Abkehr Washingtons vom Weg der Entspannung und der friedlichen Koexistenz eine wahre Eskalation antikommunistischer Legenden, Lügen und Provokationen, eine Woge des Hasses und der Feindschaft erleben? Sind wir nicht bereits mitten drin in

einem Psychokrieg, in dem Lügen und Fälschungen, Legenden und Provokationen zu gefährlichen Waffen werden?" Über diese Lügen etc. als Waffen der westlichen Imperialisten handelt das Buch – beginnend mit den antikommunistischen Propagandalügen gegen die Oktoberrevolution bis zu den "Sklaven" der Springer-presse "an der russischen Erdgasleitung". Wobei der Nachweis erbracht wird, daß auch zu Zeiten der "Ent-



Niederreißen von Grenzpfählen durch die Wehrmacht der deutschen Faschisten

spannung" Lügen und Fälschungen an der Tagesordnung sind. Zum Teil handelt es sich um die Entlarvung solcher Fälschungen durch die westlichen Nachrichtendienste und die Bourgeoisie, von denen heute noch DDR- und SU- "Kritik" von GRÜNEN oder revolutionären Sozialisten zehrt: z.B. die "achtzehn jungen Christen" aus der DDR, Kinder der FAZ; oder das zuerst im "Spiegel" veröffentlichte Manifest der DDR-Opposition aus der Werkstatt des BND; das "KGB-Attentat" auf den Papst; der "Mord an den Fluggästen der KAL". Das Buch ist nützlich zur Auseinandersetzung mit den Medien der Imperialisten, die tagtäglich gespickt sind mit Fälschungen und Desinformation zur ideologischen Vorbereitung des Angriffskrieges. (H. Reichel: Die Russen kommen – pünktlich; Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1983 – wom)

DOKUMENTE ZU JALTA UND POTSDAM

"Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören." Auszug aus der Churchill, Roosevelt und J.W. Stalin unterzeichneten "Erklärung von Jalta" zum Abschluß der gleichnamigen Konferenz am 11.2.1945. Heute propagiert die Bundesregierung die "Überwindung von Jalta" wieder offen als ihr Ziel. Die Erklärung von Jalta sowie zahlreiche andere Dokumente der Anti-Hitler-Koalition sind in einem kleinen Bändchen "Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition" wiedergegeben, das 1966 im Berliner Dietz-Verlag erschienen ist und das auch heute noch in einigermaßen ausgerüsteten Bibliotheken ausleihbar sein dürfte. Das Bändchen enthält u.a. die Teheraner Erklärung von 1943, die wichtigsten Passagen des Potsdamer Abkommens von 1945 sowie zahlreiche Proklamationen und Gesetze des Alliierten Kontrollrats, u.a. zur Entmilitarisierung Deutschlands, über die Auflösung und Liquidierung der Nazi-organisationen usw. Ärgerlich ist nur das Vorwort, in dem die Verfasser der westdeutschen Monopolbourgeoisie "nationalen Verrat" vorwerfen, weil diese in der BRD ihre Macht restaurierte. Eine Kritik der damit verfolgten Interessen wäre besser gewesen. – (E. Heidmann, K. Wohlgemuth, Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition, 1943 bis 1949, Berlin 1966 – rü)

DOKUMENTE ZUR ENTNAZIFIZIERUNG

Die 1984 im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienene Dokumenten- und Materialiensammlung "zur politischen Weichenstellung in den Westzonen nach 1945" bietet zahlreiche Belege dafür, daß und wie es der reichsdeutschen Bourgeoisie gelungen ist, ihre ökonomische und politische Macht unter US-, britischer und französischer Besetzung zu wahren. Das Buch ist nützlich für den, der Material

sucht über die "Entnazifizierung": Anweisungen der Besatzungsmächte, Zahlenangaben über tatsächlich aus den Verwaltungen, dem Justizapparat, den Schulen und Betriebsleitungen entlassene Faschisten, die Tätigkeit der Kirchen, die insbesondere zur Weiterbeschäftigung des größten Teils der faschistischen Lehrer führte, ergeben ein Bild von der personellen Kontinuität des wirtschaftlichen und politischen Verwaltungsapparates. Die Dokumente zur wirtschaftlichen Entflechtung und zur Bodenreform machen deutlich, wie die Bourgeoisie ihren Besitz wahren und eine Zerschlagung der großen Monopole verhindern konnte. Die Sammlung enthält auch Dokumente über die Bestrebungen der Gewerkschaften, der KPD und Teile der SPD, eine antifaschistische und demokratische Erneuerung durchzusetzen. (R. Billstein, Neubeginn ohne Neuordnung, Pahl-Rugenstein, 16,80 DM – alk)

DIE UMTRIEBE DER "5. KOLONNE"

In einer seit 1976 in der CSSR erscheinenden Reihe über den zweiten Weltkrieg ist als erster Band ein "Dokumentarbericht" über das Münchener Abkommen erschienen. Die Reihe ist 1983 in der DDR übersetzt worden und auch in der BRD erhältlich. Der Bericht über das Münchener Abkommen enthält eine detaillierte Schilderung über die Umtreibe der von den deutschen Faschisten geförderten Sudetendeutschen Partei (SdP) und das Vorgehen der Faschisten im Sudetenland vor dem Münchener Abkommen. Mit bewaffneten Banden und vom Propaganda-Apparat des faschistischen Deutschlands verbreiteten Lügen über angeblichen tschechischen Terror gegen die "deutsche Volksgruppe" in der CSR versuchten SdP und deutsche Faschisten, in der Weltöffentlichkeit zunächst Unterstützung zu erhalten für die Forderung nach Autonomie des Sudetenlandes innerhalb der CSR, dann die Forderung "Heim ins Reich" zu erheben und mit dem Münchener Abkommen durchzusetzen. Zu Recht verweisen die

Autoren darauf, daß das Sudetenland nie zum Deutschen Reich gehörte, sondern vor der Gründung der CSR im Versailler Vertrag Teil Österreichs war. Daß die Regierung der CSR das ohne ihr Mitwirken entstandene Abkommen – wenn auch unter Protest – anerkannt hat und die schon begonnene Mobilmachung rückgängig machte, sei ihrer Furcht vor einer möglichen Revolution zuzuschreiben, halten die Autoren fest. (Biman, Cilek, Der Fall Grün und das Münchner Abkommen, Verlag der Nation, 12,00 DM – clm)

"DIE ANTI-HITLER-KOALITION"

Der sowjetische Autor Issraelian schilderte 1975 in diesem Buch die diplomatische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, den USA und England während des zweiten Weltkrieges 1941 bis 1945. Gegen die Aggressionskriege des deutschen Imperialismus und des Hitlerfaschismus hatte sich seit dessen Überfall auf die Sowjetunion eine englisch-sowjetisch-amerikanische

schistischen Aggressor zurückzuschlagen. In der Folge prägte die SU sowohl das Potsdamer Abkommen wie auch die Gründungsdokumente der UNO antifaschistisch. (Viktor Issraelian, Die Antihitlerkoalition, Verlag Marxistische Blätter, 5,00 DM – clm)

ÜBER LANDSMANNSCHAFTEN

Die Dokumentation "Landschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland", zusammengestellt von Heinz Sander, erschien bereits 1969 im Dietz Verlag, Berlin. Außer in den Bibliotheken größerer Städte wird das Buch kaum zu bekommen sein. Daß es hier trotzdem vorgestellt wird, liegt daran, daß es eine der wenigen Dokumentationen über das Thema überhaupt und auch größere Beschaffungsanstrengungen wert ist. Das Buch besteht aus einer Darstellung der Gründung der Landsmannschaften und ihrer ersten Jahre sowie einem Dokumententeil. Der historische Abriß ist materialreich und enthüllend. Wer weiß denn z.B.,



Solidaritätsaktion in London gegen die Okkupation der CSR

Koalition gebildet. Dieser Koalition traten im Verlaufe des Krieges immer mehr Staaten bei. Aus ihr entwickelten sich die "Vereinten Nationen". Der Autor kann überzeugend und ausführlich darlegen, daß das antifaschistische Bündnis zwischen imperialistischen Staaten und der sozialistischen Sowjetunion vor allem deshalb Bestand hatte, weil die Sowjetunion über ausreichende politische, wirtschaftliche und militärische Stärke verfügte, um den fa-

welche Rolle die Kirchen beim Aufbau der Landsmannschaften spielten (so war Pastor Heinrich Albertz ein Mitbegründer der schlesischen Landsmannschaften). Notiert werden sollte auch, daß Helmut Kohl das Lob für die Donaumonarchie, ausgesprochen 1984 in Wien, direkt von den Führern der Vertriebenenverbände abgeschrieben hat, die seit Jahren dieses Völkergefängnis als "historisches Leitmodell für Europa" hinstellen. – (hef)

Gesundheitswesen

VORSCHLÄGE DER GRÜNEN ZUR GESUNDHEITSPOLITIK

"Gesund sein 2000" – das ist der Titel einer Broschüre, vorgelegt von den Grünen zum Gesundheitstag 1984. Der Titel lehnt sich an die globale Strategie "Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000" an, die von der 32. Weltgesundheitsversammlung 1979 verabschiedet wurde. Welche Ansatzpunkte hat dieses Programm? "Die wesentlichen Anstöße für Erneuerung und Wandel gehen bisher von unten aus: Die Kritik an der hochprofessionellen, hochtechnisierten Apparatemedizin und an einem schulmedizinisch dominierten, bürokratisierten Gesundheitssystem führten zu einer breiten Palette modellhafter Selbsthilfeprojekte im Sozial- und Gesundheitsbereich." – "Auffällig ist, in welchem Maße Kritik und Veränderungsansätze der "Gesundheitsbewegung" mit der Problematik und den Forderungen der Weltgesundheitsorganisation übereinstimmen." In dem Kapitel "Gesundheitspolitik von unten" wird leider mit keinem Wort erwähnt, daß so etwas auch von Gewerkschaften und Beschäftigten im Gesundheitswesen gemacht wird.

An zentraler Stelle in "Gesundheit 2000" steht die Auseinandersetzung mit dem Gesundheitsbegriff und der Gesundheitsförderung. An Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit u.a. wird zu Recht kritisiert, daß sie sich beschränken auf "Früherkennungsmaßnahmen, Alkohol- und Tabakkonsum und Verbrauch ausgewählter Nahrungsmittel". Daraus wird gefolgert: "Es darf in Zukunft nicht darum gehen, fragwürdige individuelle Risikofaktoren aufzuspüren und zu "therapieren". Zuerst einmal seien "die Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges und gesundheitsdienliches Leben zu gewährleisten." Gefordert wird deswegen ein staatlich organisiertes "garantiertes Mindesteinkommen".

Zwar grenzt sich die Broschüre gegen individuelle Schuldzuweisungen für Gesundheitsschäden ab. Sie bietet aber Argumentationen der Reaktion immer wieder offene Flanken, die als Grundlage für Selbstbeteiligungsmodelle dienen. Es wird z.B. versucht, die Gesundheitsdefinition der WHO "Gesundheit ist der Zustand des völligen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen" zu verbessern. Ein "subjektiver Gesundheitsbegriff" sieht dann etwa so aus: "Gesundheit ist also eine Utopie, eine Sehnsucht nach Lebensfreude. Sie ist an Kollektiverfahrung und individuelle Anstrengung gebunden... Die Voraussetzungen und Bedingungen wechseln mit dem Alltag, der sozialen Umgebung, den Umweltbedingungen ..." Wie will man dann aber Mindeststandards für die Gesundheitssicherung festlegen?

Die Vorschläge für eine neue Gesundheitspolitik, die dann entwickelt werden, sind dagegen sehr interessant: "Die Sicherstellung einer bedürfnisgerechten Gesundheitsversorgung muß Pflichtaufgabe der Kommune werden. Dazu sind folgende Änderungen nötig: – Verlagerung des Sicherstellungsauftrags in der ambulanten medizinischen Versorgung von der Selbstverwaltung der Kassenärzte auf die kommunale Selbstverwaltung ... – Verlagerung der gesamten Zuständigkeit (also auch für stationäre und teilstationäre Einrichtungen nach § 100 BSHG) auf den örtlichen Träger der Sozialhilfe. – Verbesserung der Finanzierung der Kommunen durch Steuerrechtsänderung ... – Kommunalisierung der Gesundheitsämter und der Krankenhausbedarfsplanung. Die Finanzierung der gemeinschaftlichen Gesundheitssicherung hat auch "gemeinschaftlich" auf kommunaler Ebene stattzufinden. Unser Vorschlag ist deshalb die Einrichtung von kommunalen Gesundheitsbudgets. Es wird ein Pool gebildet, in den die Steuermittel der Gebietskörperschaften und die Beitrags-

mittel der Krankenversicherung, der Unfall- und Arbeitslosenversicherung, die bisher für die Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung und Rehabilitation verwendet wurden, zusammenfließen. Geregelt werden müssen ein Finanzausgleich zwischen strukturstarken und -schwachen Regionen und die Art der Beitragserhebung." Entschieden werden soll über die Gesundheitspolitik im "kommunalen Gesundheitsrat", der dem kommunalen Gesundheitsausschuß und dem Parlament Vorschläge für Inhalte und Finanzierung der Gesundheitsförderung, der Versorgungseinrichtungen usw. machen soll. Eine weitere Entwicklung soll dann ein "gemeinschaftlicher Gesundheitsrat" sein, dem neben den Nutzern des Gesundheitswesens die im Gesundheitswesen Tätigen und die Finanzbeauftragten der Kommune angehören.

Quellenhinweis: "Gesund sein 2000"-Verlagsgesellschaft Gesundheit mbH – (urw)

wirklichen Interessen stehende Berechtigung behauptet?

In der theoretischen Formulierung der Befreiungstheologie lassen sich gewisse Anhaltspunkte dafür finden.

Ausgangspunkt ist die Kritik der historischen Rolle der Kirche, ihr richtiger Platz sei an der Seite der Armen: "In einer Gesellschaft, die soziale Klassen einander gegenüberstellt, lassen wir Gott dadurch wahr werden, daß wir Partei ergreifen für die Armen ... Wenn wir den ausgebeuteten Industrie- und Landarbeitern unseres Landes die gute Nachricht verkünden, dann spüren sie, daß ihre Lage dem Willen Gottes widerspricht ... (3) Gefordert ist "Liebe und Solidarität mit den Armen, für die beide Jesus Christus ja Zeugnis abgelegt hat." Und: "Wie andere Menschen entdeckten auch die Christen ... nach und nach den a n d e r e n: die ausgebeuteten Klassen des Volkes ... (4)

Es geht der Befreiungstheologie also um das richtige Verhältnis des Christen zum Armen. Mit dem "Armen" sind die ausgebeuteten Klassen gemeint, wenngleich der Begriff die Tatsache der Ausbeutung, der Arbeit für andere, hinter dem "nichts haben" zurücktreten läßt.

Diese Parteinaahme hat der Befreiungstheologie die Feindschaft des hl. Stuhls und der bürgerlichen Reaktion eingetragen (s. Pol. Ber. 19/84, S. 34).

Der Christ als Praktiker der Befreiungstheologie ist aber nicht identisch mit dem "Armen", er ist ein "a n d e r e r", der den "Armen" erst entdecken mußte. Der Christ entwickelt auch kein unmittelbar eigenes Interesse an der "Befreiung der Armen" als Befreiung von eigener Armut. Er macht sich vielmehr das Interesse des Armen als das eines anderen zueigen, woraus dann die "Solidarität mit dem Armen" als Verhaltensimperativ resultiert. Allein, die vom Christen geforderte "Solidarität mit dem Armen" hat in dessen wirklichen, materiellen Interessen noch keinen hinreichenden Grund, sie erhält erst durch das "Zeugnis des Sohnes" ihre gültige Approbation.

Der Standpunkt des Christen ist also einer, der ein Bündnis mit den Armen, den ausgebeuteten Klassen sucht. Die wiederum sind dieser Zuwendung des Christen, der Verkündung der "Guten Nachricht" bedürftig. Selbständige Emanzipationsbemühungen, die auch gegen die Religion gerichtet sind, enden nach Ansicht der Befreiungstheologie notwendig in neuer Unterdrückung.

Der Christ ist gefordert: der Glaube verliert "sich dabei nicht in intuitivem und sakralem Erkennen. Vielmehr kommt er am Ende immer in einer Initiative zum Ausdruck, die die bestehende Lage umgestaltet." (5)

Der göttliche Heilplan bedarf der menschlichen Übersetzer, er muß "erkannt" und zum Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Praxis gemacht werden. Diese Praxis ist aber ausdrücklich nicht konservativ, sondern soll verändern; darin bestimmt die Befreiungstheologie ihren Unterschied zur apologetischen Beschränkung auf das bloß "intuitive Erkennen", das die Dinge so läßt, wie sie sind.

Die gesellschaftliche Umwälzung hat ihren Ausgangspunkt im Kopf, genauer in der wissenschaftlichen Erkenntnis "im Dienst der umgestaltenden Praxis des Glaubens". (6)

Hinter dem "Christen", den die Befreiungstheologie als Abstraktion von jedem besonderen Klasseninteresse vorführt, kommen bei näherem Hinsehen sehr wirkliche gesellschaftliche Charaktere zum Vorschein. Das Bild des "Christen" hat einen Grund bei jenen Klassen, die im weitesten Sinn als Leiter der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion – kopfarbeitend – tätig sind, ohne als Privateigentümer eine Parasitenexistenz zu führen. Daher erklärt sich die breite Anhängerschaft dieser Theologie unter der Intelligenz, dem – niederen – Klerus und dem nicht geringen Personal, das in kirchlichen Sozial- und Bildungseinrichtungen tätig ist.

Der Gegensatz dieser Klassen zum Imperialismus, den lateinamerikanischen Bourgeois und Großgrundbesitzern läßt sie das Bündnis mit den Arbeitern und Bauern suchen. Die Mystifikation dieser Allianz und der eigenen Leitungstätigkeit läßt aber das Interesse an Suprematie dieser Klasse über Arbeiter und Bauern erkennen. So erklären

Nicaragua, Polen

KRITIKPUNKTE DER WIRKUNGEN VON KIRCHE UND RELIGION

Wenn ein Pfarrer an der gesellschaftlichen revolutionären Entwicklung teilnimmt, wie in Nicaragua, hört er dann, im praktischen Handeln, auf, Funktionär der Kirche zu sein? Bewegt er sich dann von der religiösen Weltanschauung weg und ist einfach fortschrittlich oder vielleicht zweiseitig? Oder werden – im Gegensatz zu solchen Annahmen – die Religion und ihr Einfluß gerade nicht abgeschwächt, sondern gestärkt? Enthält nicht das Zusammengehen von fortschrittlichen und revolutionären Kräften mit religiöser Ideologie in der Religion das rückschrittliche Moment, von dem her Entwicklungen bestimmt werden, die sich gegen die Interessen der arbeitenden Klassen richten? – Die katholische Kirche in Polen kritisiert gesellschaftliche Verhältnisse, die Arbeits- und Lohnbedingungen. Ist sie deswegen als Schutz für die Arbeiterbewegung zu verstehen, oder ist sie nicht vielmehr als Organisation zu kritisieren, die die Arbeiterklasse in Polen an der Emanzipation der Arbeit hindert und deren Kräfte religiös in rückschrittliche Richtung bindet?

Die "Theologie der Befreiung".

Die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika sind Bündnisse verschiedener Klassen, Bauern, Arbeiter, Intelligenz bis hin zu Teilen der Bourgeoisie, deren Ziel zuvörderst die Aufhebung ihrer Ausbeutung und Kontrolle durch den Imperialismus ist.

Eine ganze Reihe von Theologen haben sich diesen Kämpfen angeschlossen und einen Beitrag zum Fortschritt dieser Bewegungen geleistet, z.B. der jüngst gemaßregelte Kulturminister von Nicaragua, E. Cardenal, der die Alphabetisierungskampagne geleitet hat. In der katholischen Kirche hat sich die "Befreiungstheologie" als Richtung entwickelt. Über den bestimmenden sozialen Inhalt hinaus gewinnen diese Befreiungskämpfe für die Befreiungstheologen einen spirituellen Zweck, der dem gesellschaftlichen übergeordnet wird. E. Cardenal: "Wir Christen finden einen österlichen Sinn in der jüngsten Geschichte unseres Landes, nämlich den von Tod und Auferstehung." (1) Ebenso die Theoretiker der Befreiungstheologie: "Heil ist ein umfassender Begriff. Er beschränkt sich nicht auf soziökonomische und politische Befreiungen, ohne die er aber auch nicht verwirklicht werden kann." (2)

Diese Theologie produziert offensichtlich Illusionen über die wirklichen Klassenkämpfe und mystifiziert die darin verfolgten Interessen. Wo liegt der Grund für das Bedürfnis nach solcher Mystifikation? Für welche der an diesem Befreiungskampf beteiligten Klassen besteht die Notwendigkeit, diesem Kampf und damit auch ihrer Beteiligung daran eine Begründung zu geben, die eine über den

sich wohl auch Äußerungen z.B. Cardenals, die gesellschaftliche Umwälzung in Nicaragua sei vollbracht, eine Bedrohung käme nur mehr von Außen. Solange die imperialistische Ausbeutung nicht beseitigt ist, mag dieser Widerspruch zurücktreten. Seine religiöse Verkleisterung und spirituelle Verleugnung ist jedenfalls alles andere als der Emanzipation der Arbeiterklasse förderlich.

(1) E. Cardenal, Rede bei Verleihung des Friedenspreises des Dt. Buchhandels 1980; (2) L. Boff, in: K. Rahner, Befreende Theologie, S. 54; (3) G. Gutiérrez: Die historische Macht der Armen, S. 24; (4) Boff, a.a.O, S. 48; (5) ebd. S. 49; (6) ebd. S. 58.

Katholische Kirche und "Pflicht der Arbeit"

Welche Interessenspunkte verfolgt die katholische Kirche in Polen, woher kommt der weite Einfluß der Religion auch in der Industriearbeiterschaft, und wie entwickelt die Kirche diesen Einfluß?

Als ein Wirkungsdokument betrachten wir das Aktionsprogramm der Gewerkschaft "Solidarnosc", veröffentlicht am 17.4.81. Hier ist ausdrücklich festgehalten, daß die "ethischen Prinzipien des Christentums" eine der "Hauptquellen unserer Inspiration" sind. Von daher ist zu bestimmen, wenn in dem Aktionsprogramm festgelegt ist: "Wir gründen die soziale Gerechtigkeit auf dem Prinzip der natürlichen Würde des Menschen, der Würde des Werktätigen und seiner Arbeit."

Die katholische Kirche versteht unter der "natürlichen Würde des Menschen", daß ein Schöpfer alles dessen, was überhaupt existiert, sie dem je Einzelnen verliehen hat. Dieser Einzelne hat die Pflicht gegenüber diesem Gott, seine Person und damit seine Gotteskindschaft zu entwickeln. Er hat die göttlichen Gebote zu halten. Die Arbeit ist dabei göttlich auferlegte Pflicht und das Mittel, durch das der Einzelne sich läutert und zur von Gott geforderten höheren Sittlichkeit streben kann.

Bei dieser Konstruktion der "natürlichen Würde des Menschen und seiner Arbeit" kann die Kirche die Befreiung der Arbeit durch die Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse als nicht möglich und nicht notwendig erklären.

Was betrachtet die Kirche in Polen stattdessen im gesellschaftlichen Bereich für notwendig? Zunächst ist festzuhalten: Die Kirche ist nicht die anstoßende Kraft, sie reagiert auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die von den Bewegungen der Arbeiterklasse bestimmt werden. Dadurch, daß größere Teile der Intelligenz, die von der kirchlichen Lehre ihre Interessen zutreffend ausgedrückt empfanden, sich in der Gewerkschaft "Solidarnosc" organisierten, hatte die Kirche von vornherein starken Einfluß auf die Formulierung der Interessen.

Die Arbeiterklasse in Polen hat auf ihre zunehmende gesellschaftliche Entmündigung, das wachsende Gefälle zwischen der Handarbeit und der Leitung der Produktion und der Gesellschaft und auf sprunghafte Verschlechterungen der Reproduktion geantwortet mit – im wesentlichen – Forderungen nach einer Änderung der Verteilungsverhältnisse des erarbeiteten Produktes. Forderungen nach Bestimmung der gesellschaftlichen Produktion durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen waren nicht leitend.

Die zunehmende gesellschaftliche Entmündigung der Arbeiterklasse in Polen wurde von Wojtyla, als er noch Bischof in Kraków war, in seiner Schrift "Person: Subjekt und Gemeinschaft" theologisch reflektiert und so zusammengefaßt: "Die Entfremdung – als Antithese zur Teilnahme – bringt es mit sich, daß der Mensch in gewissem Grad der Möglichkeit zur Selbstverwirklichung in der Gemeinschaft beraubt wird." Wojtyla bestimmte: "Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Entfremdung in ihrem Wesen ein Problem der Person ist." Mit der "Gemeinschaft von Personen" als Aufhebung der Entfremdung können Wojtyla und das polnische Episkopat gerade die tatsächliche Entfremdung der Arbeit propagieren: Nach dem zweiten Polenbesuch des Papstes 1983 stellte



"Befreiungstheologie" und sandinistische Revolution, ein Bündnis unter der Losung "Kein Widerspruch zwischen Christentum und Sozialismus" (D. Ortega und E. Cardenal).

das polnische Episkopat in einem Kommuniqué fest (25.8.83): "Der Heilige Vater hat unsere Lage bewertet, hat ein religiös-gesellschaftliches Programm für alle Polen und Brüder im Glauben abgesteckt... Es wird zu unserem Programm für heute und morgen werden." Das Episkopat faßte für die "Arbeit" zusammen: "Arbeit ist eine Pflicht des Menschen Gott gegenüber wie auch den Menschen gegenüber: Sowohl der eigenen Familie gegenüber als auch gegenüber der Nation und Gesellschaft, der der Mensch angehört." Und Wojtyla erläutert in seiner Enzyklika zur Arbeit "Laborem exercens", daß für die Arbeit gilt: "Schweiß und Mühsal, welche die Arbeit in der gegenwärtigen Heilsordnung der Menschheit unvermeidlich mit sich bringt, ermöglichen dem Christen und jedem zur Nachfolge Christi berufenen Menschen die liebende Teilnahme an jenem Werk, das zu vollziehen Christus gekommen ist."

Die Beseitigung der gesellschaftlichen Bedingungen, die auf der Arbeiterklasse lasten, dadurch daß die tatsächlichen Produzenten über die Produktionsmittel und die Entwicklung der Gesellschaft bestimmen, ist so theologisch abgeschnitten. Nicht die Arbeit einer entmachteten Arbeiterklasse ist Quell der Entfremdung, sondern daß der Arbeiter auf der Grundlage der entfremdeten Arbeit nicht teilnimmt an der Gemeinschaft von Personen. Welche Gemeinschaft, deutet Wojtyla in der Enzyklika an: "Für die Arbeit ist vor allem kennzeichnend, daß sie die Menschen eint; darin besteht ihre gesellschaftliche Kraft, sie bildet Gemeinschaft. In dieser Gemeinschaft müssen sich letzten Endes alle irgendwie zusammenfinden, sowohl jene, die arbeiten, wie auch jene, die über die Produktionsmittel verfügen oder deren Besitzer sind." Die Form der Entfremdung der Arbeit in Polen ist das Staatseigentum, verbunden mit Ausschluß von der Planung und schlechter Versorgung der Werktätigen. Der Produktionsdruck, der auf der Arbeiterklasse lastet, setzt starke Gegenkräfte frei und fördert das Emanzipationstreben der Arbeiterklasse. Daß die Kirche das Familieneigentum, verknüpft mit Arbeit, propagiert, konterkariert praktisch das Staatseigentum und katalogisiert – in Übereinkunft mit den Leitenden in der Gesellschaft Polens – die Gegenkräfte in Richtung Freiräume. Angesichts des zunehmenden Gefälles von Hand- und Kopfarbeit in den Fabriken kann das familiäre Kleineigentum den Handarbeitern als Milderung ihrer Abhängigkeit scheinen. Diese kirchliche Antwort erhält ihre Wirkungsmöglichkeit durch die Eigentumsverhältnisse insbesondere in der Landwirtschaft. Die Kirche verweist darauf, daß der "bäuerliche Familienbetrieb die Grundlage der Landwirtschaft in Polen" ist. Insgesamt existierten 1981 3 Mio. private Bauernhöfe in Polen, in der überwiegenden Mehrzahl Familienbetriebe, davon 59% unter 5 ha. 242000 private Handwerksbetriebe gab es, 1978 erst 201000.

Quellenhinweis: K. Wojtyla, Person: Subjekt und Gemeinschaft; Enzyklika "Laborem exercens"; Europa-Archiv 1984, D158 – (chf, gba, uls – AK Konservatismus)

Aus der Diskussion des Zentralen Komitees PARTEIBILDUNGSPROZESS UND ANTIFASCHISTISCHER KAMPF

Die Delegiertenkonferenz steht bevor. Die von der Delegiertenkonferenz gebildeten Körperschaften sind verpflichtet, ihre Ansicht über die Aufgaben in der nächsten Zeit darzulegen. Dazu sind ziemlich viele Ansätze bereits da. Im folgenden Vortrag werden auf dieser Grundlage einige Folgerungen zur Diskussion gestellt.

Der Zustand der proletarischen Partei ist unerfreulich. Sie erscheint in der Öffentlichkeit als ein Rest, irgendwie bei der Parteibildung der GRÜNEN übriggeblieben und ohne weitere Perspektive. Es erscheint aber auch als Tatsache, daß revolutionäre Kräfte da sind, die sich weder bei den GRÜNEN, noch in der SPD, noch "als Gewerkschaftsbewegung" sammeln, sondern in einem Zustand des Miteinander-Redens und der Zusammenarbeit. Für einen Fortschritt in der Bildung der proletarischen Partei zu einer handlungsfähigen Kraft ist von Belang festzustellen, auf was für einer Grundlage das "Miteinander-Reden" und die "Zusammenarbeit" stattfinden. Darauf zielt die folgende Untersuchung.

Kommunismus des Proletariates und Faschismus der Bourgeoisie

Wir haben zur vorigen Delegiertenkonferenz festgestellt, daß unsere Politik auf dem spontanen Streben des Proletariates hin zum Kommunismus fußen kann und muß. Damit haben wir unsere Basis beschrieben. Die Festschreibung von Aufgaben daher allein ist schwierig. Proletarische Politik muß ihre Anliegen so fassen, daß alle Kräfte, die gegen die Bourgeoisie aufgeboten werden können, interessiert werden. Wir müssen einen Fortschritt machen in der Beschreibung des Klassengegners, damit wir den ganzen Widerstand begreifen können, den sein Treiben auslöst.

Den Hang des Proletariates zum Kommunismus kann man aus dem Kollektivismus begründen, der im Arbeitsprozeß entsteht. Aus dem kapitalistischen Produktionsverhältnis kann man aber auch den Faschismus der Bourgeoisie erklären. Im Arbeitsprozeß wird die Arbeitskraft als Ware erhandelt und verkonsument. Der Mensch erscheint in diesem Prozeß als angeeignete und verkonsumentierbare Sache, über ihn wird wie über eine Sache verfügt. Faschismus nennt man einen Gesellschaftszustand, in dem dies Verhältnis von Ausbeuter zum Ausgebeuteten als ein allgemeines Verhältnis von Personen zu Sachen, von "Herrenmenschen" zu "Herdemenschen", vom Herren zum Vieh politisch fixiert ist. Ein solches politisches Verhältnis steht in mannigfältigen Gegensätzen zu anderen Momenten der kapitalistischen Produktionsweise, ist aber in ihr angelegt und in Keimform stets vorhanden. Dem latenten Kommunismus des Proletariates steht der latente Faschismus der Bourgeoisie gegenüber.

Wechsel von Reformismus und Konservatismus

Die meiste Zeit sind in den imperialistischen Gesellschaften entweder reformistische oder konservative Parteien an der Regierung gewesen, und nicht etwa herrschte Revolution oder Faschismus. Die reformistischen Parteien sind immer eng mit der Arbeiterbewegung verbunden, die konservativen immer eng mit den bürgerlichen Kreisen. Warum funktioniert die Ablösung der einen durch die anderen fast immer ganz gelinde?

Die kapitalistische Produktionsweise produziert die Lohnhierarchie, die gleichzeitig eine Hierarchie des Zugangs zu menschlicher Entfaltung bzw. des Ausschlusses

davon ist. Die Durchlässigkeit der Lohnhierarchie erscheint als Weg der individuellen Emanzipation. Für das Kapital ist die Lohnhierarchie unverzichtbar zur Organisierung seines Fabrikbetriebes. Daß die Lohnhierarchie auch als Stufenleiter zur persönlichen Emanzipation betrachtet werden kann, treibt den Reformismus hervor. Wächst im Gang der imperialistischen Entwicklung die Nachfrage nach Arbeitskräften höherer Qualifikation, entstehen Aufstiegsmöglichkeiten, der Reformismus hat Blüte. Die Traditionsschranken, die gewöhnlich die Qualifikationsstufen voneinander trennen, müssen abgeschafft werden. Da die Kapitalistenklasse die Qualifikationschranken als Organisationsmittel braucht, bedarf die bürgerliche Gesellschaft der reformistischen Arbeiterbewegung, um das vorübergehende Interesse an Erleichterung von Umschichtungen sich erfüllen zu können. Diese tritt im Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie (Freie Bahn ...) an. Bei den Konservativen hetzt man gegen die (unvermeidlich dabei aufscheinende) Tendenz zur Gleichmacherei, das proletarische Emanzipationsbedürfnis gibt so den Stoff her für eine Auseinandersetzung bürgerlicher Richtungen. Die Entwicklung des kapitalistischen Arbeitsmarktes selber sorgt dann dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und der bürgerliche Rahmen nicht gesprengt, d.h. die Emanzipationswünsche nicht verallgemeinert werden. Irgendwann sind nämlich die rentierlichen Proportionen verschiedener Arbeitskräftearten erreicht, ein Produktivitätsschub setzt ein, Rationalisierungsmöglichkeiten tun sich auf. In der Lohnhierarchie entsteht Konkurrenzdruck, ein starkes Schutzbedürfnis bildet sich, man will die erreichte Position wenigstens halten. Solche Absicherungsinteressen schaffen dem Konservatismus eine Massenbasis, ähnlich wie die aus den Emanzipationsbedürfnissen erwachsenden Laufbahnteressen eine Massenbasis des Reformismus ausmachen. Und ein sich selbst treu bleibender Liberalismus leitet den nötigen Wechsel ein, je wie die Vorzeichen der Nachfrage stehen (freie Bahn nach oben bzw. unten).

Folge: Steigerung sozialer Gegensätze

Die oben beschriebenen Wechsel sind Ergebnis der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit durch Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses auf Basis der durch das Lohnsystem gebildeten Zusammenfassung von Arbeitsfunktionen zu "Berufen". Sie scheiden Arbeitsprozesse auf der Basis des Lohnsystems. Sie scheiden eine werktätige, zumeist lohnabhängige Mittelklasse ab. Das bewirkt eine Steigerung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Funktionen des Arbeitsprozesses, die vorher dem Eigentum, d.h. den Eigentümern zukamen, wandern ins Lager der Arbeit ab, der Gegensatz von Eigentum und Arbeit wird immer reiner, tendenziell ausschließlich, die überkreuzenden Momente nehmen ab.

Inzwischen kämpft die werktätige Intelligenz um die Führung der Gesellschaft. Sie bestreitet den Kapitalisten generell die Fähigkeit und das Recht zur Investition, indem sie den Ökologismus als Maßstab setzt.

Konservatismus und Faschismus

Der Konservatismus bezieht sich ganz allgemein auf das Interesse, einen gegebenen Lebensstandard (eingeschlossen die Lebensart) zu erhalten. Der latente Faschismus der Bourgeoisie tritt in solchen Bewegungen zutage als Versuch, ein sachliches Argument zu finden, wonach ein jeder bleiben muß, was er ist, bzw. andere keinerlei Anspruch darauf hätten. Solch sachliche Argumente finden sich in der Vererbungslehre und in der Rassenlehre. Daraus gewonnene Prioritäten wirken auf das Ausgangsinteresse zurück. Der Erhalt des gegebenen Standards auf Kosten und zu Lasten biologisch, rassisches, völkisch für diesen

Zweck prädestinierter Leute, die so eigentlich keine Menschen mehr sind, scheint begründet. Die weitere Steigerung – angemessen viehische Behandlung dieser zur herrenmenschlich großartigen Entfaltung jener – ist logisch kein Problem mehr. Der Konservatismus weckt durch sein Anliegen den latenten Faschismus der Bourgeoisie, macht ihn virulent und populär, ohne selbst Faschismus werden zu müssen, ja unter lauthalsiger Verleugnung des Sprößlings.

Christlicher- bzw. liberaler Konservatismus und Faschismus

Der Konservatismus kann als umhüllende Ideologie praktisch sehr verschiedener Interessen wirken. Es ist ein Unterschied, ob man zu verhungern fürchtet oder um einen Karriereknick, ob um Aktien oder um im Eigentum befindliche Arbeitsmittel, die sog. Existenz. Der christliche Konservatismus bezieht sich auf Massen, die den Sturz in die Abgründe der Inhumanität fürchten, die das System der Lohnsklaverei ausmachen. Er gerät in Gegensatz zum Faschismus, weil die christliche Ideologie aus der Kritik der Sklavenhalterei entstanden ist und auf die Gleichheit der Menschen vor Gott und vor Gottes Gebot nicht verzichten kann. Er erweist sich als Hindernis faschistischer Massenmobilisierung.

Der bürgerliche, im Grunde liberale Konservatismus bezieht seine Grundgedanken aus der Vergötzung der freien Konkurrenz, die den Eigentümer allen Ernstes mit dem Verlust seiner Freiheit, d.h. seines Eigentums bedroht. Besonders im internationalen Zusammenhang ergibt sich ein enger Parallelismus von liberalem Konservatismus, dem daraus mühelos wachsendem Nationalismus, Expansionismus, Neokolonialismus, Militarismus und dem Faschismus.

Problematisches Verhältnis von Konservatismus und Faschismus

Oft heißt es, der Faschismus widerstrebe Grundbedürfnissen des kapitalistischen Verwertungsprozesses, und das mache einen Unterschied zum Konservatismus. Dem kapitalistischen Verwertungsprozeß widerstrebt aber periodisch auch der Konservatismus. Das problematische Verhältnis von Konservatismus und Faschismus hat andere Gründe.

Der politische Konservatismus findet seine Massenbasis, wenn das Bestreben nach Erhalt der persönlichen Lebensumstände bei einer großen Zahl von Werktätigen andere Bedenken erstickt. Der Besitz der Regierungsmacht ist für den Konservatismus nicht so ein abnutzendes Moment, eher ein förderndes, da zusätzliche Möglichkeiten zur Belohnung der Parteigänger da sind.

Der Konservatismus als allgemeine Ideologie muß "allen" Schutz versprechen. Die "Schutzwürdigkeit" der Person beginnt dabei "ganz oben", muß sich aber, begrifflich, bis "ganz unten" erstrecken. "Oben" und "unten" meint das Einkommen, es steckt aber "Eigentum" und "Arbeit" darin. Die Praxis konservativer Politik schützt das Eigentum zu Lasten der Arbeit. Die faschistische Theorie verallgemeinert diese Praxis und setzt das Recht der einen, durch Verbrauch der anderen zu leben. Sie ist ein Enthüllung der konservativen Politik, und zwar im Gegensatz zur konservativen Ideologie. In ihr scheint die Bedrohung eines beachtlichen Teils der konservativen Massenbasis eben durch diese Politik auf. Das ist ein Schwäche des sonst sehr starken Regierungsbündnisses.

Reformisten, Christen, GRÜNE und konservative Regierung

Wie oben schon gesagt, stärkt sich der gesellschaftliche Konservatismus durch den Besitz der Regierungsmaschine, schafft eine Treibhausatmosphäre für Faschismus, wird von der werktätigen Bevölkerung als Bedrohung empfun-

den. Der Wunsch nach Beseitigung dieser Regierung ist in der werktätigen Bevölkerung sehr verbreitet.

Der Weg wäre nach dem oben Gesagten zu finden in einer Kritik des Faschismus, die die Praxis konservativer Politik trifft.

Der Faschismus tritt, wie man weiß, gegen den Reformismus auf. Er tritt gegen die Anthroposophen auf und tritt heute gegen die GRÜNEN auf. Er tritt und tritt gegen das Christentum auf. Dennoch sind all diese Strömungen nicht zu einer allgemeinen Kritik des Faschismus in der Lage:

– die christliche Kritik sagt, daß die Obrigkeit von Gott sei. Sie erlaubt der Obrigkeit Sachen, die dem einzelnen verboten sind (z.B. Hinrichtungen, Krieg usw.). Damit zerstört sie die allgemeine Anwendbarkeit ihrer kritischen Vorstellungen.

– der Reformismus basiert auf der Hierarchie des Lohnsystems und kritisiert im wesentlichen die Methoden der Funktionszuweisung, das macht den materialistischen Gleichheitsbegriff kaputt.

– der Ökologismus setzt den Erhalt der Naturbedingungen als oberstes Prinzip und kommt auf diesem Wege zu einer Gleichsetzung von Mensch und Natur, die bis zur Verwischung des Unterschiedes zwischen Mensch und Tier reicht.

Das sind einige Stichworte, um darauf hinzuweisen, daß die verschiedenen Richtungen der politischen Opposition zu einer radikalen Kritik des Faschismus der Bourgeoisie nicht imstande sind.

Daß eine Koalition aus Reformisten, Christen und Ökologen imstande wäre, die konservative Regierung zu stürzen, ist (deswegen) eine unrealistische Hoffnung, dazu müßten große Umwälzungen auf sozialem Sektor eintreten, die aber nicht absehbar sind.

Der Antifaschismus des Proletariats Anhaltspunkt für die gesamte Opposition

Die proletarische Ideologie bedarf keiner Vorbehalte zwecks Rechtfertigung von Unmenschlichkeit und kann auf der Zusammengehörigkeit von materiellen Ansprüchen und politischen Rechten bestehen. Die proletarische Partei wird sich also in der Kritik des und im Kampf gegen den Faschismus der Bourgeoisie entwickeln und wird so auf den ihr gebührenden Platz in den Reihen der politischen Opposition treten. Da der Humanismus des Proletariates materielle und rechtliche Ansprüche miteinander verbindet, kann er den Faschismus der Bourgeoisie, die ausgehend von der Ausbeutung die Möglichkeit zur Totalvernutzung sucht, radikal (und umfassend) kritisieren und einen Anhaltspunkt für die politische Opposition in ihrer ganzen Breite hergeben.

Darin besteht die Gemeinsamkeit, die die proletarischen Revolutionäre miteinander verbindet.

Praktische Aufgabe des BWK: Entwicklung der Volksfrontpolitik

Die proletarischen Revolutionäre treffen sich in ihrer Volksfrontpolitik. Die Entwicklung der Volksfrontpolitik ist deswegen die Voraussetzung für die Entwicklung der proletarischen Partei zur handlungsfähigen Kraft. In der Volksfrontpolitik müssen materielle und politische Momente enthalten sein. Ihr Anhaltspunkt sind die Klassenkämpfe, die stattfinden, und die Kritik der konservativen Politik. Die Entwicklung der Volksfrontpolitik verlangt große Anstrengungen auf den Sektoren:

- Theoriebildung
- Politische Berichterstattung
- Nachrichtenwesen
- organisatorische Schlagkraft

Diese Anstrengungen müssen wir nicht alleine unternehmen. Sowohl zentral wie auch örtlich können diese Aufgaben in Zusammenarbeit wahrgenommen werden.

Niedersächsische Landtagswahlen 1986

EINIGES ÜBER DIE MÖGLICHKEITEN, ERNST ALBRECHT
DAS LÄCHELN VERGEHEN ZU LASSEN

Im Wendland, gemeinhin besser bekannt als "ewig glühende Heideggend" rund um Gorleben und Dragahn, ist sein Leumund mittlerweile dermaßen schlecht, daß sich kein Pferdehändler mehr mit ihm zu Handschlaggeschäften einlassen würde. Seit Veröffentlichung seiner berüchtigten Thesen ("Die Entlohnung des investierten Kapitals ist zu gering, die Entlohnung der Arbeit zu hoch") wissen viele und haben es auch schon zu spüren bekommen, daß er den Zugriff auf das Portemonnaie der arbeitenden Klassen sucht und die Kapitalisten mästet. An seiner Liebhaberschaft zu Privatrundfunk und Kabelbäumen stören sich nicht unbeträchtlich Leute, denen am Erhalt der öffentlich-rechtlichen Medienwelt liegt. Seine Tätigkeit als Weißwäscher der NPD – seiner Meinung nach keine neonazistische und antideokratische Partei – samt Aufblühen des ultra-rechten Sumpfs in Niedersachsen ruft heftigen antifaschistischen Protest hervor. Ja selbst die zahlenmäßig nicht gar kleine Liga der Tierfreunde kommt allmählich in Wallung, ist doch CDU-Landtagspräsident Brandes autopsiegenau des Hermelin-Mordes überführt und weiß man noch, daß vor Jahren er persönlich ein für wissenschaftliche Zwecke unübersehbar gekennzeichnetes Mufflon-Schaf zur Strecke gebracht hat. Nach der DWK Wackersdorf-Entscheidung für die Wiederaufbereitungsanlage sehe selbst die Atomindustrie schwarz für seine Zukunft – meinte mindestens ein Sprecher der Grünen. Alles in allem, für ihn, Niedersachsens Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und die seinerseits geführte Landesregierung, scheint die Stunde geschlagen zu haben. So meinen jedenfalls verschiedene politische Kräfte im Hinblick auf die nächstes Jahr anstehende Landtagswahl, und der Rest seien lediglich wahltaktische Fragen (rot-grün...).

Allerdings, obiges, und die Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig, ist seit 1976 bekannt, als der Regierungsantritt Albrechts ganz wider parlamentarische Gepflogenheiten durch "Überlaufen" einiger sozial-liberaler Abgeordneter fast putschmäßig inszeniert wurde. Ganz im Gegen teil. Seither ist die stimmenmäßig ablesbare Anhangbildung der CDU in Niedersachsen fortgeschritten. Bei den Landtagswahlen 1982 erreichte die CDU hier ihr bisher bestes Ergebnis mit 50,7 Prozent und einem zweiprozentigen Zuwachs gegenüber 1978. Bei den Bundestagswahlen 1983 kam sie auf 5,8 Prozent mehr als 1980. Absolut konnte sie 300000 Wähler zu-

sätzlich mobilisieren. Besonders auffällig: Obwohl der Wähleranteil bei den unter 25jährigen am geringsten war, erzielte die CDU hier die größten Zuwachsraten (1). Auch läßt sich von keiner wesentlichen Auseinandersetzung gegen die Politik der Landesregierung berichten, in der diese hätte in die Schranken verwiesen werden können. Eine begründete Ansicht, warum ausgerechnet 1986 Ernst Albrecht und die CDU in die Defensive geraten sollten, liegt nach oben Gesagtem nicht vor. Darüber, wie das trotzdem zu bewerkstelligen sein könnte, im Folgenden einige Überlegungen.

*

"Christlich-demokratisches Verständnis vom Menschen erlaubt uns

von Unternehmern und Arbeitnehmern angemessen entlohnen, und zwar angemessen nach Quantität und Qualität". (3)

Wessen Rauch nun Albrecht, Breuel und die Landesregierung gedenken himmelwärts steigen zu lassen – um mal im Christlichen zu bleiben – und wer das Opferlamm machen soll, ist nach fast einem Jahrzehnt Albrechtscher Regierungspolitik kein Geheimnis mehr. Der Vergleich der "Einkommenslandschaften" 1977 zu 1980 (der weniger Rückschlüsse auf individuelle Schicksale zuläßt als vielmehr Zustandsbeschreibung für die jeweilige Einkommensgruppe ist) zeigt, daß im wesentlichen die Gruppe der nur vom Lohneinkommen Lebenden ärmer geworden ist. Jeder fünfte Lohnsteuer-



Rund fünftausend Gewerkschafter der ÖTV demonstrierten am 19.11.83 gegen die Privatisierungspolitik der niedersächsischen Landesregierung.

nicht, unseren Bürgern das Paradies auf Erden in Aussicht zu stellen, eröffnet aber die Chance für jeden, ein menschenwürdiges Leben zu führen", formuliert Albrecht die Quintessenz seiner 82er Regierungserklärung (2). Wohlgemerkt, die Chance für die einen bedeutet die Zumutung für die anderen zu menschenunwürdiger Existenz. Birgit Breuel, niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, hat's da weniger philosophisch verklärt: "Es gibt angesichts der geschilderten Tendenzen nur eine Konsequenz, um wirtschaftlich und gesellschaftlich zu überleben: Die – trotz Leistungsfähigkeit – nicht mehr so Leistungswilligen müssen finanzielle Opfer bringen. Das heißt umgekehrt: Wir müssen Arbeit und Leistung

pflichtige hatte z.B. 1980 weniger als 9600 DM Bruttoarbeitsverdienst im Jahr, fast jeder achtte sogar weniger als 4800 DM. Die Durchschnittseinkünfte der nicht zur Einkommensteuer Veranlagten machte mit 21971 DM nicht einmal die Hälfte der von den Einkommensteuerpflichtigen durchschnittlich verdienten Einkünfte (46579 DM) aus (4).

Eine kaum Beachtung findende, aber umso bedeutendere Erscheinung läßt die Statistik deutlich werden: Die Einkommensquellen außerhalb des Lohneinkommens gewinnen drastisch an Bedeutung. Eine Tendenz, die, wenn auch auf verändertem Niveau, übrigens bundesweit zu beobachten ist. Die Bedeutung dieser Einkommensquellen streut zwar bis weit in

den untersten Einkommenbereich hinein, entfaltet aber seine Wirkung erst richtig in den Einkommensbereichen, die vornehmlich von wissenschaftlich ausgebildetem Personal belegt werden (5). Diese Entwicklung ist bedeutsam zum Verständnis der Anhangbildung für konservative Ideologie. Etwa wenn die Zinsbewegungen auf dem Rentenmarkt eine ebensolche Bedeutung für die Reproduktion bekommen wie die Gehaltserhöhung und die Aussicht auf Beteiligung an der Ausbeutung der Arbeiter kraft Aktienbesitzes die Bedenken gegen deren weitere Drangsalierung beiseite schieben läßt.

Schließlich, und hier steigt der Rauch nun tatsächlich am steilsten und reinsten gen Himmel, die immer schmäler werdende Schicht der wirklich Reichen und bestimmenden Klientel Albrechtscher Politik, die großen Kapitalmagnaten, meist vornehm im Hintergrund gehalten.

Es gibt sie also, die wahrgenommene Chance, die Albrecht versprochen hat, und das für gar nicht so wenige. Verstärkter Druck auf die Arbeiterbewegung, Gewinnung der Mittelschichten dafür ist wohlberechnete Politik. So überrascht es nicht, wenn im Jahreswirtschaftsbericht der Landesregierung zwei Absichten im Breuel-schen Vorwort besonderen Raum einnehmen: 1. Erhöhung von Flexibilisierung und Individualisierung der Tarifabschlüsse und 2. Förderung der Vermögensbildung (6).

*

Wesentlich für die Abwärtsentwicklung der unteren Einkommensklassen war die Zunahme von unsteten Arbeitsverhältnissen, Teilzeitarbeit u.ä. "Zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage werden wir deshalb auch prüfen müssen, ob es nicht notwendig ist, die vorhandene Arbeit anders zu verteilen ..." erklärt Albrecht programmatisch (7) und: "Arbeit ist nicht gleichzusetzen mit der Ausfüllung eines hochbezahlten Arbeitsplatzes ... Jeder hat ein Recht auf sinnvolle Arbeit. Nicht jeder kann einen hochbezahlten Arbeitsplatz haben". (8) Weiter also mit



Albrecht und sein Kabinett bei der Vereidigung vor dem niedersächsischen Landtag am 22.6.82 (Nicht im Bilde: z.B. Schnipkowitz für "Soziales").

der Schaffung von solch widerwärtigen Beschäftigungsverhältnissen, die eine eigenständige Lebensführung nicht zulassen.

Der zweite Angriffsstoß wird gerade umfassend eingeleitet: "Der Faktor Arbeit ist zu teuer geworden. Dies gilt weniger für die direkten Löhne als für die Lohnnebenkosten einschließlich der Kosten, die durch Urlaub, Krankheit, sonstige Fehlzeiten, soziale betriebliche Einrichtungen u.a.m. ausgelöst werden". (9) Die Senkung der Zuwachsrate für Lohnfortzahlung um 28,6 Prozent im Vergleich der Zeiträume 1978 zu 1981 und 1975 zu 1978 dürfte bereits einiges mit der Politik der Landesregierung zu tun haben, die Durchlaufzeiten in den Krankenhäusern durch Bettenabbau usw. zu beschleunigen. Auch die Verschlechterung bezüglich Bildungsurlaub gehört hierher.

*

Das auf niedersächsische Initiative zurückzuführende und 1984 in Kraft getretene Vermögensbildungsgesetz sei ein erster Schritt, "um den Grundanliegen der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, der

partnerschaftlichen Integration der Arbeitnehmer in die Unternehmen, der Verbesserung der Eigenkapitalbasis der Wirtschaft und der Stabilisierung der freien und sozialen Marktwirtschaft Rechnung zu tragen", schreibt Birgit Breuel (10). Und Albrecht: "Die Verteilungsmechanismen müssen neu überdacht werden ... Es ist fraglich, ob der Maßstab des betrieblichen Arbeitslohnes hierfür noch ausreichend ist. Auf jeden Fall wird die Beteiligung zunächst der Arbeitnehmerschaft, dann aber des ganzen Volkes am Produktivvermögen zu einer vorrangigen gesellschaftspolitischen Aufgabe". (11)

Neben solch direkter Beförderung des Eigentumgedankens geht die Landesregierung mit ihrer "neuen Strukturpolitik" daran, geradezu die Stimmung eines Gründer-Fiebers anzuheizen. Zum Frommen der großen Industrie wird speziell die wissenschaftliche Intelligenz angesprochen: "Junge, technologiebewußte Unternehmer sollen sich in modernen Technologieparks ... ansiedeln. Insbesondere die Bereiche Mikroelektronik, Biotechnologie, Kommunikationstechnologie,

**Steuerpflichtige mit Einkommen überwiegend aus Lohn:
Fälle von Nebeneinkünften 1977 und 1980, Niedersachsen und BRD**

Art des Nebeneinkommens neben dem Haupteinkommen aus nichtselbstständiger Arbeit	Niedersachsen				BRD gesamt			
	1980		1977		1980		1977	
	abs. Tsd.	in %	abs. Tsd.	in %	abs. Tsd.	in %	abs. Tsd.	in %
Lohn	2 260,5	100,0	2 092	100	19 101	100,0	18 467	100,0
Land- und Forstwirtschaft	13,9	0,6	10,5	0,5	134	0,7	82	0,5
Gewerbebetrieb	43,3	1,9	38,7	1,8	433	2,3	367	2,0
selbstständige Arbeit	36,2	1,6	30,7	1,5	368	1,9	313	1,7
Kapitalvermögen	88,6	3,9	51,9	2,5	1 056	5,5	625	3,4
Vermietungen, Verpachtung	83,8	3,7	72,6	3,5	894	4,7	783	4,2
sonstige Einkünfte	91,2	4,0	77,0	3,7	838	4,4	729	3,9
Summe der Fälle	357,0	15,8	208,9	10,0	3 723	19,5	2 898	15,7

Einkommen 1977 und 1980 in Niedersachsen (nach Fünfteln der Steuerpflichtigen in Preisen von 1980, in Tausend DM)						
Durchschnittseinkommen (Tsd. DM)			1977	28,79	1980	30,93
Anzahl der Steuerpflichtigen (Mio.)			1977	2,342	1980	2,515
Steuerpflichtige			1980 zu 1977	+ 7,4%	1980 zu 1977	+ 15,3%
Summe der Einkünfte						
Gruppe ... Fünftel	1977		1980		Änderung des Durch- schnitts in %	
	Einkommen von bis	Durch- schnitt	Einkommen von bis	Durch- schnitt		
1.	0,0	11,2	5,4	10,3	4,8	- 10,27
2.	11,2	18,1	14,6	18,6	14,6	- 0,17
3.	18,1	26,2	22,0	27,8	22,9	+ 4,17
4.	26,2	38,0	31,5	42,9	34,5	+ 9,51
5.	38,0	477,9	70,2	925,0	77,3	+ 10,14

Zur Tabelle:

Die Entwicklung der "Einkommenslandschaft" in Niedersachsen läßt folgende Rückschlüsse zu:

1. Das Angebot an Arbeitskraft, das den Kapitalisten zur Verfügung steht, ist gestiegen. Die Zunahme der Steuerpflichtigen um über sieben Prozent beruht vor allem auf einer Zunahme der Lohnsteuerpflichtigen.

2. Die Kapitalisten haben von diesem vermehrten Angebot Gebrauch gemacht, ihre Ideologen sprechen von "günstiger Angebotsstruktur": Die Geldsumme, die 1980 an das unterste Fünftel von Erwerbstätigen floß, war inflationsbereinigt um über zehn Prozent geringer als 1977. Nun war das nicht das Ergebnis gewaltiger Lohnsenkungen für einzelne Individuen in dieser Einkommensgruppe, sondern vielmehr Folge vermehrter Zufuhr von zusätzlichen Arbeitskräften, die sich in Teilzeit, unstet und ähnlichen Verhältnissen zu Summen, die keine selbständige Reproduktion erlauben, verkaufen mußten. Beachtet werden sollte allerdings, daß die Beschreibung der ärmeren Schichten unvollständig ist, da die Einkommensteuerstatistik keine Auskunft über die Renten- und Sozialversicherungseinkommen gibt.

3. Die oberen drei Fünftel der Steuerpflichtigen mit Einkommen, die für die Reproduktion von zunächst einer, dann auch mehreren Personen hinreichen und schließlich die Anhäufung von Überschüssen erlauben, konnten im Schnitt 1980 inflationsbereinigt über höhere Einkünfte als 1977 verfügen. Die "Nachfragestruktur" nach Arbeitskraft bewirkte eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten mit akademischer Ausbildung und so eine Hebung des Durchschnitts in den betreffenden Gruppen.

4. Schließlich ist die Geldsumme, die als Ergebnis der Ausbeutung von Lohnarbeit an die Reichen floß, ebenfalls gestiegen.

Zu den Schaubildern:

Oben sind dargestellt die Fälle verschiedener Einkunftsarten (in % der insgesamt bei der jeweiligen Einkunftsart aufgetretenen Fälle) geschichtet nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte, die ein Steuerpflichtiger erzielt hat. Verschiedene Schwerpunkte der unterschiedlichen Einkommensquellen sind feststellbar.

Unterteilt nach Zonen (im Wechsel schraffiert) kann die Änderung der Anzahl der Fälle je nach Einkunftsart (Zahlen unter den Bildern) abgelesen werden:

Auffällig ist dabei die Zunahme von Kleinaktionären und kleinem Hauseigentum, während die Zunahme bei den kleinen Bauern eine Folge der Ruinierung ehemals selbständiger Bauern und jetziger Nebenerwerbsbauern ist.

Auch die Abnahme der Fälle von "nur Lohneinkommen" in der Zone bis 50 Tsd. DM ist eine Folge des Steuergesetzes: Die Grenze für das Lohneinkommen, ab dem eine Veranlagung zur Einkommenssteuer erfolgt und somit eine Einordnung in die Kategorie "Lohn und Einkommen", blieb von 1977 auf 1980 unverändert. Insgesamt haben die Fälle von Lohnarbeit stark zugenommen.

Deutlich ist eine Konzentrationsbewegung in der Einkommenszone über 25000 DM Jahreseinkünfte erkennbar.

Aus den unteren Bildern kann die Häufigkeit bestimmter Einkunftsarten nach der Höhe der Einkünfte abgelesen werden. So tritt z.B. der Fall, ausschließlicher Lohnarbeit bei Jahreseinkünften von rd. 16000 DM bei weit mehr als der Hälfte aller Steuerpflichtigen auf, bäuerliches Einkommen bei rund 4%.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 7.1, Einkommensteuer 1980 u. 1977; Statistik Niedersachsen, Bruttolohn und Lohnsteuer 1977 u. 1980

Geowissenschaften, Lasertechnik, Rohstoffsicherung, Rohstoffwiedergewinnung oder Entsorgungstechnik können zum 'Hefeteig' für die Schaffung von wettbewerbsfähigen und damit weltweit absetzbaren Produkten und Dienstleistungen werden. Hierdurch eröffnet sich die Chance, viele zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen – sowohl für Selbständige als auch für Arbeitnehmer." (12) "Wir züchten unsere Unternehmer selbst" nennt die Stadt Hildesheim diese Politik schon ganz treffend. So ist der Werbeslogan im Hochglanzprospekt des Wirtschaftsministeriums ein ebenso kurz wie präzise beschriebenes Programm: "Arbeitskosten und Krankenstand unterdurchschnittlich, Mobilität hochqualifizierter Fachkräfte durch Umstrukturierung, Wachstumsreserven in Niedersachsen für neue strukturpolitische Akzente". (13)

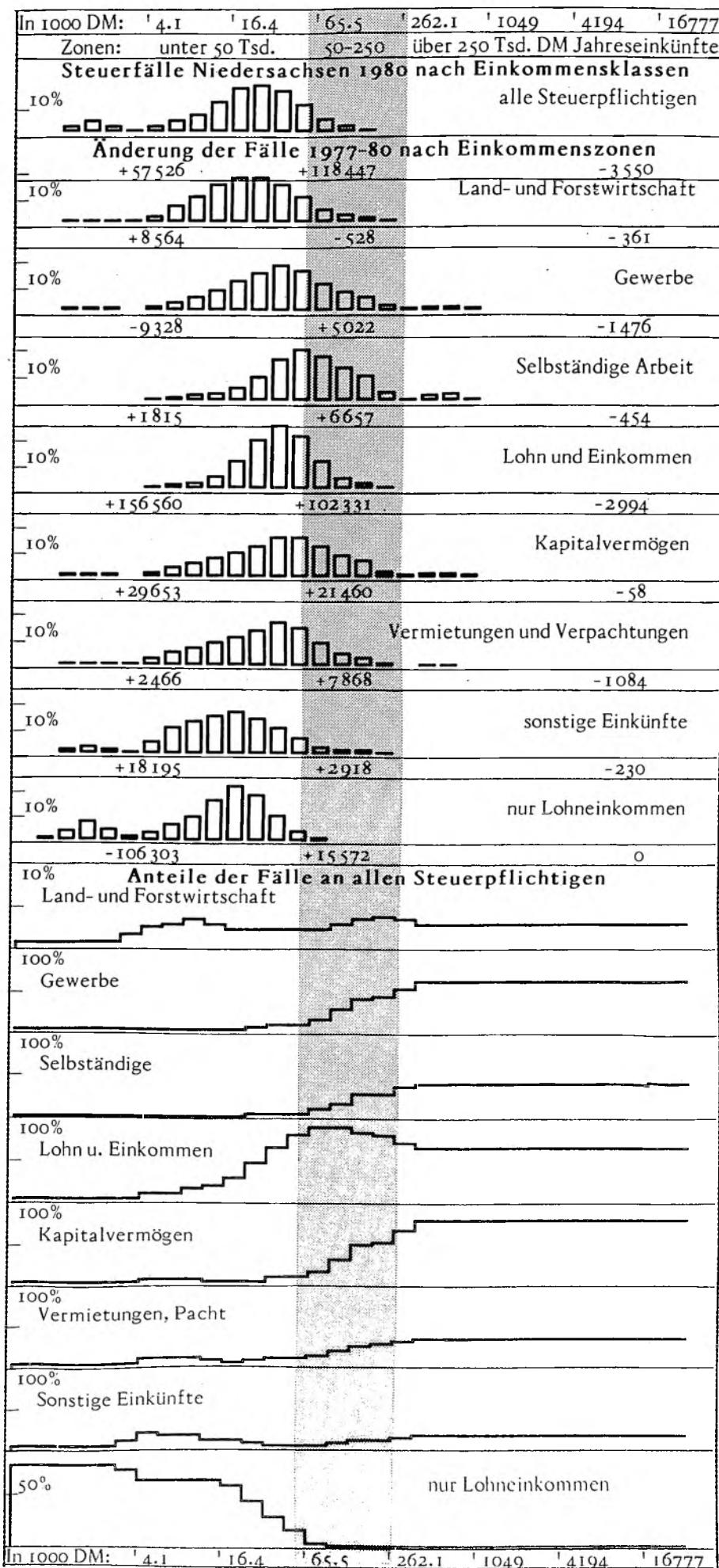
Der Widerstand gegen die Albrecht-Politik zählt nach tausenden Zusammenschlüssen, und der Wunsch, die Reaktion zu besiegen, ist weit verbreitet. Welche Anhaltspunkte bieten sich dieser Opposition nun, um auch Wirkung zu entfalten und zur Abwechslung auch mal siegreich zu sein? Wenn SPD-Fraktionsführer Ravens der Albrecht-Regierung entgegenschmettert: "Spüren sie eigentlich nicht, wie gefährlich es für unsere weitere Entwicklung ist, den sozialen Frieden in diesem Land zu einem Zeitpunkt zu belasten, zu dem die Zusammenarbeit aller das Gebot der Stunde ist" (14) und der als "Neues Gesicht" mit Linksimage aufgebaute Ministerpräsidentenkandidat der SPD, Schröder, der Landesregierung inkonsistente Förderung neuer Technologien vorwirft und an die Vorbilder Späth und Strauß verweist (15), gleichzeitig den verbeamteten Lehrern Stunden- und Gehaltskürzungen zwecks Arbeitsplatzschaffung anräät – das und der schon triefende Nationalismus der niedersächsische SPD machen sie wenig geeignet, die Interessen der Arbeiterbewegung zu formulieren und durchzusetzen. Die Grünen haben ihre bisherige Zeit im Landtag zu vielen nützlichen Anfragen und so mancher Unterstützung fortschrittlicher sozialer Bewegungen genutzt. Eine wesentliche offene Flanke macht aber die Äußerung des Grünen-Abgeordneten Neddermeyer und die CDU-Replik darauf deutlich. Neddermeyer: "Ein wachsender Anteil der Bevölkerung, meine Damen und Herren, ist bereit, für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen auch finanzielle Opfer zu tragen..." (16) Auf diese, für die wenig Verdienenden wie der blanke Zynismus erscheinende Ausführung, reagiert CDU-Fraktionschef Remmers: "Das ist meine Frage an die Grünen: Sie kultivieren ganz bestimmte Themen, und ich habe den Eindruck gehabt, bestimmte Gedanken im Hinblick auf die Weiterent-

wicklung des Sozialstaates, wie z.B. Selbsthilfe, alternative Formen, neue Netze knüpfen usw., seien durchaus Überlegungen, die wir als CDU in die Behandlung der Frage der Weiterentwicklung des Sozialstaates einbeziehen sollten". (17)

Am entschiedensten gegen die Reaktion auftreten kann aufgrund der geringsten "Eigentumsbindung" die Arbeiterbewegung. Zur Bedingung für einen siegreichen Schlag gegen die Albrecht-Regierung wird deshalb auch das Zusammenwirken all derjenigen Kräfte werden, die Arbeiterinteressen zu ihrem Anliegen gemacht haben. Und die übrigen werktätigen Klassen?

Ernst Albrecht führt in seinem Buch "Der Staat – Idee und Wirklichkeit" aus: "In der Alleinherrschaft kann die Einsicht ein theoretisches Maximum erreichen, wenn der Alleinherrscher eine absolut überragende Persönlichkeit ist, sich des Rates der besten Männer und Frauen des Staates bedient und die Konfrontation der Meinungen nicht scheut". (18) Bei diesen Ratgebern dürfte er mit Sicherheit nicht an Lehrer oder Ingenieure denken, schon eher an Leute, wie sie der CDU-Wirtschaftsrat in seinen Reihen hatte oder hat: Werner Bahlsen, Hans Birnbaum (ehem. Vorstandsvorsitzender Peine-Salzgitter AG) und ähnliche, schon zu den größeren Kapitalisten zählende. Gegen deren Interessen stehen auch die werktätigen Mittelklassen, trotz Aktie oder Hausbesitz, in Widerspruch. Die Bauern in Gorleben mußten das schon erfahren, der "Erfinder-Unternehmer" im Technologiezentrum wird auch zu spüren bekommen, daß das Verwertungsinteresse des großen Kapitals letztendlich mehr zählt als sein Forschungsdrang. So sind diese Klassen für die Frontbildung gegen die Reaktion zu mobilisieren. Ohne Stärkung des politischen Gewichts der Arbeiterklasse, und zwar um einiges, wird's aber insgesamt nicht klappen können.

Quellenhinweis: (1) vgl. Stat. Monatshefte Nds., 4/82, 5/82, 2/83, 5/83; (2) Nds. Landtagsberichte, 22.06.82, S. 40; (3) in: IBM-Nachrichten, 33/83, S. 11; (4) vgl. Stat. Monatshefte Nds. 12/84, S. 354ff; (5) s.a. Pol. Berichte 26/84 – 02/85, jeweils S. 30f; (6) Nds. Jahreswirtschaftsbericht 1984, Vorwort; (7) Nds. Landtagsberichte, 22.06.82, S. 30; (8) These 09, HB v. 29.08.83; (9) These 07, ebenda; (10) Jahreswirtschaftsbericht 1984, S. 11; (11) These 10, ebenda; (12) Jahreswirtschaftsbericht 1984, S. 30; (13) Nds. Wirtschaftsmin., Strukturen, Statistik, Standorte, o.J.; (14) Nds. Landtagsberichte, 13.10.84, S. 2839; (15) HAZ, 16.08.84; (16) Nds. Landtagsberichte, 30.03.84, S. 4570; (17) ebenda, S. 4573; (18) Bittner u.a., Sturmfest und erdverwachsen, Göttingen 1980, S. 17 – (gka, alk, maf, mal)





Vernichtungshaft

Die politischen Gefangenen aus der RAF haben ihren Hungerstreik beendet. Nachdem sie lange die Hauptlast des Kampfes gegen die Isolationshaft getragen haben, ist nun die politische Opposition zu umso größeren Anstrengungen gefordert, um die unerträglichen Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD zu bessern.

Den Gesetzentwurf der GRÜNEN gegen die Folter und gegen die Isolationshaft haben wir in der letzten Ausgabe der "Politischen Berichte" dokumentiert. Wie sind die Haftbedingungen der Gefangenen nach dem Hungerstreik, wie ist ihre gesundheitliche Situation, mit welchen Mitteln versuchen die Justizvollzugsbehörden, den Widerstand der politischen Gefangenen zu brechen?

Sozialversicherung in Kanada

Der kanadische Staat, der wie schon seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg seine Legitimation immer noch aus der Abgrenzung gegen die USA ziehen muß, ist stolz auf seine Sozialversicherung. Die Krankenversicherung ist im wesentlichen staatliche Leistung, die aus der Steuer finanziert wird, freilich ergänzt durch Privatliquidation. Es gibt die Versicherung erst seit dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Organisation und Finanzierung war stets ein Streitpunkt zwischen Zentralregierung und Provinzen. Wie hat sich dieses Versicherungswesen entwickelt? Aus welchen Auseinandersetzungen ging es hervor? Wie ist seine Auswirkung auf die Lage der Werktätigen?



Jugendbewegung Punk

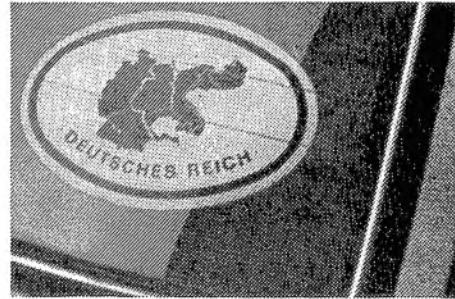
"Wir werden die Punkschweine in Hannover weder tolerieren noch ignorieren. Wir werden sie zerschlagen und verjagen." Dies kündigten faschistische Banden anlässlich der von Punks veranstalteten "Chaos-Tage" im August '84 an. Die Punks wollten "phantasievolle Aktionen, die Spaß machen", durchführen. Sie richteten



sich gegen "Bullen, Bonzen und Nazischweine". Festzustellen ist, daß kommunistische, autonome, sozialistische, grüne Organisationen große Probleme mit der Jugendbewegung Punk haben, oft mit der Begründung, die Rebellion der Punks finde nicht notwendig fortschrittliche Ausdrucksformen. Was wollen Punks? Wie die Punks gegen Angriffe von Staat und Faschisten unterstützen?

Friedensvertrag: Keine Reorganisation des Deutschen Reiches

Zahlreiche reaktionäre Politiker betonen im Rahmen der revanchistischen Kampagne der Bundesregierung, daß die deutsche Frage deshalb immer noch "offen" sei, weil es keinen Friedensvertrag mit den alliierten Siegermächten geben würde. Die Bundesregierung arbeitet an einem umfänglichen Zerrbild über einen Friedensvertrag in der Öffentlichkeit. Als ob nichts feststehen würde, nichts geregelt sei und über alles gesprochen werden müsse. Das entspricht aber überhaupt nicht den Tatsachen: Den Bestrebungen nach Reorganisierung eines Deutschen Reiches widersprechen zahlreiche internationale Vereinbarungen und Friedensverträge.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,50 DM bis 1,20 DM

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: **Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabo 38,- DM, Jahresabo 76,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 44,50 DM, Jahresabo 89,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 6,50 DM, Jahresabo 13,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichten-

heft zu 0,80 DM: Halbjahresabo 48,50 DM, Jahresabo 97,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 10,50 DM, Jahresabo 21,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft zu 1,20 DM: Halbjahresabo 53,50 DM, Jahresabo 107,- DM. Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabo 16,- DM, Jahresabo 32,- DM.

Einzelabo Nachrichtenheft zu 0,50 DM: Halbjahresabo 12,- DM, Jahresabo 24,- DM; zu 0,80 DM: 16,- DM bzw. 32,- DM; zu 1,20 DM: 21,- DM bzw. 42,- DM

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Bei Bestellungen von Politischen Berichten bitte angeben, ob diese mit oder ohne **Lokalbeilage** geliefert werden sollen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.